

Deutschland

Dieser Artikel bezieht sich auf die Beschreibung der verschiedenen Aspekte des heutigen Deutschland, im engeren Sinn der Bundesrepublik Deutschland; für weitere Bedeutungen siehe [Deutschland \(Begriffsklärung\)](#).

Deutschland ist ein in [Mitteleuropa](#) gelegener [Bundesstaat](#), der aus den 16 [deutschen Ländern](#) gebildet wird. [Bundeshauptstadt](#) ist [Berlin](#). Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied der [Europäischen Union](#) und mit über 82 Millionen Einwohnern deren bevölkerungsreichster Staat, ferner unter anderem Mitglied der [Vereinten Nationen](#), der [OECD](#), der [NATO](#), der [OSZE](#) und der [Gruppe der Acht \(G8\)](#). Gemessen am [Bruttoinlandsprodukt](#) ist Deutschland die drittgrößte [Volkswirtschaft](#) der Welt, nach den [Vereinigten Staaten](#) und [Japan](#).

Begriffsgeschichte

Der Begriff *Deutschland* wird in dieser Form erst seit der [Frühen Neuzeit](#) verwendet, beispielsweise in [Samuel von Pufendorfs](#) *Die Verfassung des deutschen Reiches* von 1667. Davor sind nur nicht zusammengesetzte Verbindungen des [Attributs deutsch](#) mit *Land* belegt, beispielsweise in der unbestimmten Singularform *ein deutsches Land* oder der bestimmten Pluralform *die deutschen Länder*, nicht aber in der bestimmten Singularform *das deutsche Land*. Gemeint waren möglicherweise Länder mit einer Führungsschicht, die sich auf den politischen Herrschaftsanspruch bezog, der durch das [\(Ost-\)Fränkische](#), später [Heilige Römische Reich](#), als begründet angesehen worden war.

Alle diese Ausdrücke wurden auch als [Synonym](#) vor allem für die folgenden (vor-)staatlichen Gebilde verwendet, die in wesentlichen Bereichen des deutschen [Sprach-](#) und/oder Herrschaftsgebiets entstanden waren:

- Das sogenannte [Alte Reich](#) existierte unter starken Wandlungen von etwa 962 bis 1806, hatte sich aus dem Ostteil des in der Spätantike gegründeten [Fränkischen Reiches](#) entwickelt und sich anfangs auch als Erneuerung des [Römischen Reiches](#) verstanden, später mit den Namenszusätzen *Heilig* ([Heiliges Römisches Reich](#)) und *Deutscher Nation* ([Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation](#)) zwischen dem 12. Jahrhundert und 1648 zu einer Art [Staatenbund](#) entwickelt
- Zwischen 1806 und 1815 dominierten [Österreich](#), [Preußen](#) und der [Rheinbund](#) das staatliche Geschehen im Vorstellungsraum Deutschlands
- [Deutscher Bund](#), 1815–1866, von Österreich und Preußen dominierter Staatenbund
- Mit den modernen bundes- bzw. zentralstaatlichen Staatsformen seit 1871 wurden große Teile des deutschen Sprachraums in einem Staat zusammengefasst. Der Ausdruck *Deutschland* wurde, nicht zuletzt durch die Wahl der Staatsbezeichnung *Deutsches Reich* 1871, identisch mit diesen Staaten:
 - [Deutsches Reich](#), 1871–1945, von Preußen initiiert ([Bismarck](#)) und dominiert
 - Bundesrepublik Deutschland, seit 1949, durch die [USA](#) und das [Vereinigte Königreich](#) initiiert
 - [Deutsche Demokratische Republik](#), 1949–1990, durch die [UdSSR](#) initiiert

Aus verschiedenen Gründen traten im Laufe der Jahrhunderte unter anderem die folgenden, überwiegend deutschen Sprachgebiete aus dem Vorstellungsraum der deutschen Länder bzw. Deutschlands heraus oder wurden herausgelöst: in [Spätmittelalter](#) und Frühneuzeit die [Niederlande](#) (vgl. Ausdruck *dutch*), mit den Eckdaten 1499 und 1648 die [Schweiz](#), vor allem seit 1648 und 1789 – mit Unterbrechungen – das [Elsass](#) und (Nordost-)[Lothringen](#) (frz.: *Moselle*),

1866 und 1945 [Österreich](#). Die Gebiete östlich der [Oder-Neiße-Linie](#) (vor allem [Schlesien](#), [Pommern](#) und [Ostpreußen](#)) kamen ab 1945 unter [sowjetrussische](#) und vor allem [polnische](#) Verwaltung; sie wurden schließlich einseitig in deren Staatsgebiete integriert. 1990 wurde der von verschiedenen Interessengruppen in der Bundesrepublik vertretene Anspruch auf die vormaligen [deutschen Ostgebiete](#) im Zuge der als [Wiedervereinigung Deutschlands](#) bezeichneten Entwicklung auch formell mit dem [Zwei-plus-Vier-Vertrag](#) aufgegeben.

Trotz der [Kontinuität](#) des Begriffes *Deutschland* vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart sowie [völkerrechtlicher](#)^[8] Identität und [staatsrechtlicher](#) Kontinuität seit dem 19. Jahrhundert besteht *de facto* keine durchgehende lineare politisch-historische Entwicklung eines *Deutschland*. Vielmehr eignet(e) sich der Begriff, vermutlich auch unter Eindruck des [französischen](#) Vorbilds, in der Entwicklung der politischen Macht des wohlhabenden [Bürgertums](#) als einigende Idee für regionale und lokale Eliten.

Nach dem [Ersten Weltkrieg](#) und dem Sturz der [Monarchie](#) in der [Novemberrevolution](#) am 9. November 1918 wurde diskutiert, mit der Staatsbezeichnung *Deutsche Republik* oder *Republik Deutschland* die [ausgerufene Staatsform](#) zu unterstreichen, jedoch behielt auch die [Weimarer Republik](#) die offizielle Bezeichnung *Deutsches Reich* bei. Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzten die Siegermächte ausschließlich den Begriff *Deutschland (als Ganzes)* für das von ihnen [besetzte Deutsche Reich](#) (ohne Österreich). Der Begriff *Deutschland* fand dann 1949 in der Bezeichnung der damals konstituierten [Bundesrepublik](#) namentliche Verwendung. Die DDR nutzte das Wort *Deutschland* zwar nicht direkt im Staatsnamen, jedoch wurde *Deutschland* ausdrücklich als synonymem Begriff für *DDR* im Artikel 1 der [Verfassung](#) von 1949 verwendet. Später verwendete die DDR fast nur noch das Attribut *deutsch* beziehungsweise den Namenszusatz „... der DDR“ für staatliche Hoheitsbezeichnungen.

Siehe auch: [Deutsch \(Etymologie\)](#)

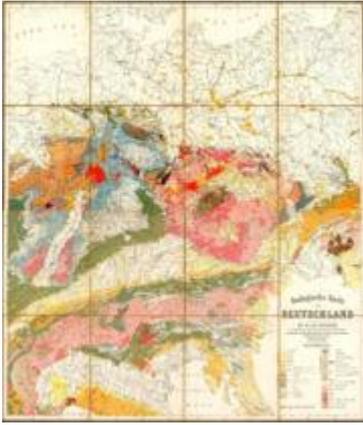
Physische Geographie

→ Hauptartikel: [Geographie Deutschlands](#)

Allgemeines



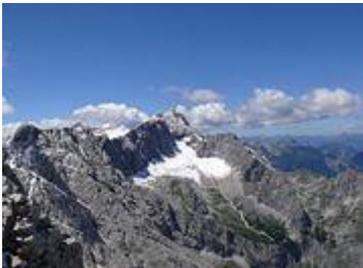
Topographische Karte



Geologische Karte Deutschlands (1869)



[Maare](#) in der Vulkaneifel



Die [Zugspitze](#) (deutsche Seite mit dem oberen [Höllental](#) und dem [Höllentalferner](#))

Die [naturräumlichen Großregionen](#) sind von Nord nach Süd [Norddeutsches Tiefland](#), [Mittelgebirgszone](#) und [Alpenvorland](#) mit [Alpen](#).

Deutschland hat insgesamt neun [Nachbarstaaten](#): [Dänemark](#), [Polen](#), [Tschechien](#), [Österreich](#), die [Schweiz](#), [Frankreich](#), [Luxemburg](#), [Belgien](#) und die [Niederlande](#). Damit ist Deutschland das Land mit den meisten europäischen Nachbarstaaten.

Im Norden grenzt Deutschland an Dänemark (auf einer Länge von 67 Kilometern), im Nordosten an Polen (442 Kilometer), im Osten an Tschechien (811 Kilometer), im Südosten an Österreich (815 Kilometer; ohne Grenze im Bodensee), im Süden an die Schweiz (316 Kilometer; mit Grenzen der Exklave [Büdingen](#), aber ohne Grenze im Bodensee), im Südwesten an Frankreich (448 Kilometer), im Westen an Luxemburg (135 Kilometer) und Belgien (156 Kilometer) und im Nordwesten an die Niederlande (567 Kilometer). Die Grenzlänge beträgt insgesamt 3.757 Kilometer.

Während der wechselvollen Geschichte veränderte sich auch der [Mittelpunkt Deutschlands](#).

Geologie

Auf die Zeit des [Paläozoikums](#) (Erdaltertum) gehen die kristallinen Gesteine Deutschlands wie [Gneis](#) und [Granit](#) zurück, wie sie in den deutschen [Mittelgebirgen](#) anzutreffen sind, wie zum Beispiel dem [Harz](#). Auch die Sedimentgesteine des [Rheinischen Schiefergebirges](#) stammen aus diesem [Erdzeitalter](#) und lagerten sich in der Zeit von [Devon](#) und [Unterkarbon](#) ab. Die Heraushebung der Gesteine und damit die Gebirgsbildung setzte jedoch erst im späten [Pliozän](#) ein. Am Nordrand des Rheinischen Schiefergebirges finden sich Gesteinsschichten aus dem Karbon, in denen die gewaltigen [Steinkohlevorkommen](#) im [Ruhrgebiet](#) eingelagert sind (Ruhrkarbon).

Im [Mesozoikum](#) (Erdmittelalter) wurden jene Gesteinsschichten gebildet, die in zahlreichen süd- und ostdeutschen Regionen überwiegen. In der Pfalz, in Thüringen, Teilen Bayerns und Sachsens wird der Untergrund von Gesteinen der [Trias](#) dominiert, des frühen Mesozoikums. Die Juragebirge (vor allem [Schwäbische](#) und [Fränkische Alb](#)) gehen auf die [Jurazeit](#) zurück. Anders als in der Trias in Deutschland, die von [Sandstein](#) geprägt ist, herrscht bei den jurassischen Gesteinen der [Kalkstein](#) vor.

Im [Känozoikum](#) (Erdneuzeit) erfolgte vor allem die Verfüllung der Flussniederungen und -becken.

Aktiver [Vulkanismus](#) wird nicht beobachtet, jedoch zeigen vulkanische Gesteine ehemaligen Vulkanismus an. Diese finden sich insbesondere in der [Vulkaneifel](#) und auf dem [Vogelsberg](#), aber auch im Bereich des [Schwäbischen Vulkans](#). In der Vulkaneifel treten bis in die Gegenwart Kohlenstoffdioxidquellen ([Mofetten](#)) zutage, deren eindrucksvollstes Beispiel der [Geysir Andernach](#) ist, der mit 50 bis 60 Metern höchste [Kaltwassergeysir](#) der Erde.

Obwohl Deutschland vollständig auf der [Eurasischen Platte](#) liegt, kommen schwache [Erdbeben](#) vor, insbesondere im Bereich der [Riftzonen](#) im Südwesten und Westen ([Oberrheingraben](#), [Rheingraben](#), [Hohenzollerngraben](#)).

Geomorphologie

Das [Faltengebirge](#) der [Alpen](#) ist das einzige Hochgebirge, an dem Deutschland Anteil hat. Der mit Österreich geteilte Gipfel der [Zugspitze](#) (2.962 Meter) ist der höchstgelegene Punkt des Landes.

Die [Mittelgebirge](#) nehmen tendenziell von Nord nach Süd an Höhe und Ausdehnung zu. Höchster Mittelgebirgsgipfel ist der [Feldberg im Schwarzwald](#) (1.493 Meter), gefolgt vom [Großen Arber](#) im [Bayerischen Wald](#) (1.456 Meter). Gipfel über 1.000 Meter besitzen außerdem das [Erzgebirge](#), das [Fichtelgebirge](#), die [Schwäbische Alb](#) und als Sonderfall der [Harz](#), der sich recht isoliert als nördlichstes Mittelgebirge in Deutschland mit dem [Brocken](#) auf 1.142 Meter erhebt. Nördlich der Mittelgebirgsschwelle erheben sich nur noch vereinzelte Formationen über 100 Meter, von denen der [Hagelberg](#) im [Fläming](#) mit 200 Meter die höchste ist. (Details finden sich in der [Liste der höchsten Berge Deutschlands](#) und der [Liste der Gebirge und Höhenzüge in Deutschland](#).)

Die niedrigste begehbbare Landesstelle Deutschlands liegt bei 3,54 Meter unter [Normalnull](#) in einer [Senke](#) bei [Neuendorf-Sachsenbande](#) in der [Wilstermarsch](#) (Schleswig-Holstein). Ebenfalls in diesem Bundesland befindet sich die tiefste [Kryptodepression](#): Sie liegt mit 39,10 Meter unter

Normalnull am Grund des [Hemmelsdorfer Sees](#) nordnordöstlich von [Lübeck](#). Die tiefste künstlich geschaffene Stelle liegt bei 293 Meter unter Normalnull am Grund des [Tagebaus Hambach](#) östlich von [Jülich](#) in Nordrhein-Westfalen.

Klima

Deutschland gehört vollständig zur [gemäßigten Klimazone](#) Mitteleuropas im Bereich der Westwindzone und befindet sich im Übergangsbereich zwischen dem [maritimen Klima](#) in [Westeuropa](#) und dem [kontinentalen Klima](#) in [Osteuropa](#). Das [Klima in Deutschland](#) wird unter anderem vom [Golfstrom](#) beeinflusst, der die klimatischen Werte für die Breitenlage ungewöhnlich mild gestaltet.

Der mittlere jährliche Niederschlag (bezogen auf die Jahre 1961–1990) beträgt 700 Millimeter. Die mittlere monatliche Niederschlagsmenge liegt zwischen 40 Millimeter im Februar und 77 Millimeter im Juni.

Die tiefste jemals in Deutschland gemessene Temperatur betrug $-45,9\text{ °C}$; sie wurde am 24. Dezember 2001 am [Funtensee](#) registriert. Die bisher höchste Temperatur betrug $40,3\text{ °C}$ und wurde am 8. August 2003 in [Nennig](#) im Saarland erreicht. Zum Teil widersprechen sich die Angaben; so lag laut dem [Deutschen Wetterdienst](#) die absolute Höchsttemperatur in Deutschland mit gemessenen $40,2\text{ °C}$ am 27. Juli 1983 in [Gärnersdorf](#) bei Amberg ([Oberpfalz](#)), am 9. August 2003 in [Karlsruhe](#) sowie am 13. August 2003 in [Freiburg im Breisgau](#) und Karlsruhe.^[9]

Siehe auch: [Zeitreihe der Lufttemperatur in Deutschland](#)

Gewässer



Die [Elbe](#)



[Chiemsee](#) bei Urfahrn

Die ins Meer mündenden Fließgewässer mit den größten Einzugsgebieten sind [Rhein](#), [Donau](#), [Elbe](#), [Oder](#), [Weser](#) und [Ems](#). Sie entwässern entweder in die [Nordsee](#), in die [Ostsee](#) oder ins [Schwarze Meer](#), deren Einzugsgebiete durch die [europäische Wasserscheide](#) geschieden werden.

Der 865 Kilometer in Deutschland bzw. als Grenzfluss fließende Rhein dominiert den Südwesten und Westen. Seine wichtigsten Zuflüsse sind [Neckar](#), [Main](#), [Mosel](#) und [Ruhr](#). Die wirtschaftliche

Bedeutung des Rheines ist enorm, er ist eine der am stärksten befahrenen [Wasserstraßen](#) Europas. Die Donau im Süden entwässert auf 647 Kilometer fast das gesamte [Alpenvorland](#) und fließt weiter nach Österreich und [Südosteuropa](#). Ihre wichtigsten Zuflüsse sind [Iller](#), [Lech](#) und [Inn](#). Im Osten Deutschlands befindet sich auf 725 Kilometern die Elbe. Ihre wichtigsten Nebenflüsse sind [Saale](#) und [Havel](#). Die Oder tritt ausschließlich als Grenzfluss zu Polen in Erscheinung. Ihr wichtigster Zufluss ist die [Neiße](#). Das Einzugsgebiet der Weser liegt vollständig in Deutschland. Sie speist sich aus den Flüssen [Werra](#) und [Fulda](#) und entwässert den mittleren Norden. Die Ems fließt im äußersten Nordwesten.

Die natürlichen [Seen](#) sind überwiegend glazialen Ursprungs. Daher finden sich die meisten der großen Seen im [Alpenvorland](#) und in [Mecklenburg](#); der größte vollständig zum deutschen Staatsgebiet gehörende See ist die [Müritz](#), die Teil der [mecklenburgischen Seenplatte](#) ist. Der größte See mit deutschem Anteil ist der [Bodensee](#), an den auch Österreich und die Schweiz grenzen.

Im Osten Deutschlands befinden sich viele große, künstliche Seen in ehemaligen Braunkohleabbaugebieten.

Siehe auch: [Liste der Flüsse in Deutschland](#), [Liste der Seen in Deutschland](#)

Inseln



Kreidefelsen auf der Insel [Rügen](#)

In der Nordsee dominieren die Inselgruppe der [Nordfriesischen Inseln](#) und die Inselkette der [Ostfriesischen Inseln](#). [Helgoland](#) und [Neuwerk](#) sind ebenfalls bewohnt. Die Nordfriesischen Inseln stellen Festlandsreste dar, die durch Landsenkung und nachfolgende Überflutung von der Küste getrennt wurden. Die Ostfriesischen Inseln sind Barriereinseln, die durch die [Brandungsdynamik](#) aus Sandbänken entstanden.

Die größten deutschen Inseln in der Ostsee sind (von West nach Ost) [Fehmarn](#), [Poel](#), [Hiddensee](#), [Rügen](#) und [Usedom](#); größte [Halbinsel](#) ist [Fischland-Darß-Zingst](#). Mit Ausnahme von Fehmarn sind sie Teil einer [Boddenküste](#).

Die wohl größten und bekanntesten Inseln in Binnengewässern sind [Reichenau](#), [Mainau](#) und [Lindau](#) im [Bodensee](#) sowie [Herrenchiemsee](#) im [Chiemsee](#).

Siehe auch: [Liste deutscher Inseln](#)

Böden

Die Zusammensetzung und Qualität der Böden ist regional sehr unterschiedlich. In Norddeutschland bildet ein küstennaher Gürtel aus fruchtbaren [Marschböden](#) die Grundlage für ertragreiche Landwirtschaft, während die dahinter liegende, eiszeitlich geprägte [Geest](#) nur sehr magere Böden aufweist. In [Heidelandschaften](#) wie der [Lüneburger Heide](#) ist dieser durch jahrhundertelange [Weidewirtschaft](#) zum [Podsol](#) degeneriert, so dass Ackerbau kaum möglich ist. Sehr unergiebig sind auch die Gebiete der Alt- und Jungmoränenlandschaft, in denen sich Flugsand angelagert hat. [Brandenburg](#) beispielsweise wurde schon in historischer Zeit als des „Heiligen Reiches Streusandbüchse“ verspottet.

Zwischen der Moränenlandschaft und der Mittelgebirgsstufe zieht sich von West nach Ost eine Reihe von [Börden](#): In diesen Gebieten ist durch eiszeitliche [Lössablagerungen](#) äußerst fruchtbarer Boden entstanden. Dieser besteht zumeist aus [Braunerden](#), im Osten teils auch aus [Schwarzerden](#), und wird in besonderem Ausmaße landwirtschaftlich genutzt. In den Mittelgebirgen herrschen magere Böden vor, die landwirtschaftlich nur [extensiv bewirtschaftet](#) werden. Die weitaus größte Fläche ist bewaldet. Ergiebige Böden finden sich in Süddeutschland insbesondere entlang der Flüsse [Rhein](#), [Main](#) und [Donau](#).

Humangeographie

→ Hauptartikel [Geographie Deutschlands](#)

Flächennutzung

Insgesamt werden 53,5 Prozent [landwirtschaftlich](#) genutzt, [Wälder](#) bedecken weitere 29,5 Prozent. 12,3 Prozent werden als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt (Tendenz weiterhin steigend). Wasserflächen kommen auf 1,8 Prozent, die restlichen 2,4 Prozent verteilen sich auf sonstige Flächen, zumeist [Ödland](#) und auch [Tagebaue](#).

Ballungsgebiete



Berlin ist mit 3,4 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt in Deutschland.

Um [Ballungsgebiete](#), also [Einwohnerkonzentrationen](#), zu veranschaulichen, können [Gemeindegrößen](#), [Agglomerationen](#) und die sogenannten [Metropolregionen](#) herangezogen werden.

In Deutschland gibt es etwa 80 [Großstädte](#), das sind Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern.^[10] Davon haben 14 Städte mehr als 500.000 Einwohner. Eine Besonderheit Deutschlands ist die überwiegend randlastige, dezentrale Verteilung der Großstädte. Die fünf einwohnerreichsten [Metropolen](#) des Landes sind (Stand: Dezember 2005, Köln 2007):

1. [Berlin](#), 3,41 Millionen

2. [Hamburg](#), 1,76 Millionen
3. [München](#), 1,34 Millionen
4. [Köln](#), 995.397
5. [Frankfurt am Main](#), 667.000

Unter Agglomerationen versteht man vereinfacht größere zusammenhängende [Siedlungsgebiete](#). Da Gemeinde- und Siedlungsgrenzen meist erheblich voneinander abweichen, gibt die Betrachtung der Agglomerationen einen authentischeren Aufschluss über Bevölkerungskonzentrationen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern werden in Deutschland Agglomerationen jedoch nicht statistisch genau definiert und abgegrenzt. Die meisten Agglomerationen sind monozentrisch, das [Ruhrgebiet](#) hingegen ist ein klassisches Beispiel für einen polyzentrischen Verdichtungsraum. Die fünf einwohnerreichsten Agglomerationen sind:

1. Agglomeration [Ruhrgebiet](#), 5,8 Millionen
2. Agglomeration Berlin, 4,2 Millionen
3. Agglomeration [Stuttgart](#), 2,6 Millionen
4. Agglomeration Hamburg, 2,6 Millionen
5. Agglomeration München, 1,9 Millionen

Von der [Ministerkonferenz für Raumordnung](#) (MKRO) wurden elf sogenannte [Europäische Metropolregionen](#) (EMR) festgelegt. Diese gehen über den Begriff der Agglomeration weit hinaus. Die fünf einwohnerreichsten EMR sind^[11]:

1. [Metropolregion Rhein-Ruhr](#), 11,5 Millionen
2. [Metropolregion Berlin-Brandenburg](#), 6,0 Millionen
3. [Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main](#), 5,3 Millionen
4. [Metropolregion Stuttgart](#), 4,7 Millionen
5. [Metropolregion Hamburg](#), 4,3 Millionen

Siehe auch: [Liste der Großstädte in Deutschland](#), [Liste der Agglomerationen in Deutschland](#), [Liste der Metropolregionen in Deutschland](#)

Natur und Landschaft

Flora



Die [Lüneburger Heide](#) bei Niederhaverbeck

Da Deutschland in der [Gemäßigten Klimazone](#) liegt, ist seine Flora von Laub- und Nadelwäldern geprägt. Örtlich weist die Flora in Deutschland eine hohe [Diversifikation](#) durch Standortfaktoren des Geländeprofiles, der -höhe und -geologie sowie der mesoklimatischen Lage auf. Von West nach Ost kennzeichnet die natürliche Vegetation den Übergang vom [Westseitenseeklima](#) zum [Kontinentalklima](#).

Die Laubwälder bestehen meist aus [Rotbuchen](#), daneben sind die heute selten gewordenen [Auwälder](#) im Bereich der Flüsse und Seen und [Eichen](#)-Buchen-Mischwälder typisch; die Alpen und Mittelgebirge sind geprägt durch [Schluchtwald](#). Der [Pionierwald](#) wird, besonders auf sandigen Flächen, vor allem von [Birken](#) und [Kiefern](#) gebildet. Allerdings werden die früher sehr verbreiteten Laubwälder mittlerweile oft durch Fichtenholzforste ersetzt.

Ohne menschlichen Einfluss würde die Vegetation in Deutschland, wie in den meisten Ländern der gemäßigten Breiten, hauptsächlich aus Wald bestehen. Davon ausgenommen sind die nährstoffarmen [Heideniederungen](#) und Moorlandschaften sowie die alpinen ([Bayerische Alpen](#)) und subalpinen ([Hochschwarzwald](#), [Hochharz](#) und [Westerzgebirge](#)) Hochlagen, die äußerst vegetationsarm sind und in ihrem Klima kaltgemäßigt ausgeprägt sind.

Derzeit sind 29,5 Prozent der Staatsfläche [bewaldet](#), damit ist Deutschland eines der walddreichsten Länder in der [EU](#), wobei die Baumarten im Wesentlichen durch die angestrebte Nutzung bedingt sind, das heißt der Anteil an [Fichten](#)- und Kiefernwäldern entspricht nicht den natürlichen Gegebenheiten, nach denen Buchenmischwälder vorherrschen sollten. Neben den natürlich vorkommenden Pflanzen spielen heute eine Reihe von eingeführten Arten wie die [Robinie](#) eine zunehmende Rolle in der Vegetation. Der größte Anteil des un bebauten Landes dient der Erzeugung von [Nutzpflanzen](#). Dies sind überwiegend [Getreide](#) ([Gerste](#), [Hafer](#), [Roggen](#) und [Weizen](#)), die [Kartoffel](#) und der [Mais](#), die aus Amerika eingeführt wurden, der Apfelbaum, sowie zunehmend Raps. In den Flusstälern, unter anderem von Mosel, Ahr und Rhein wurde die Landschaft für den Weinanbau umgestaltet.

Fauna

Die meisten in Deutschland heimischen [Säugetiere](#) leben in den gemäßigten Laubwäldern. Im Wald leben unter vielen anderen Arten verschiedene [Marderarten](#), [Dam](#)- und [Rothirsche](#), [Rehe](#), [Wildschweine](#) sowie [Füchse](#). [Biber](#) und [Otter](#) sind seltener gewordene Bewohner der Flussauen, mit teilweise wieder steigenden Beständen. Andere ehemals in Mitteleuropa lebende Großsäuger wurden ausgerottet: [Auerochse](#) (1846), [Braunbär](#) (19. Jahrhundert), [Elch](#) (im Mittelalter noch zahlreich), [Wildpferd](#) (19. Jahrhundert), [Wisent](#) (17./18. Jahrhundert), [Wolf](#) (1904). In neuerer Zeit wandern gelegentlich einige Elche und Wölfe aus [Polen](#) und [Tschechien](#) ein, deren Bestände sich dort wieder vermehren konnten. Speziell im Fall von Wolf und Braunbär ist die Wiederansiedlung jedoch problematisch aufgrund des schlechten Rufs der Tiere.

Vom [Wappenvogel](#) Deutschlands, dem [Seeadler](#), gibt es derzeit wieder etwa 500 Paare, vor allem in [Mecklenburg-Vorpommern](#) und [Brandenburg](#). Der [Steinadler](#) kommt nur noch in den Bayerischen [Alpen](#) vor, der ehemals dort heimische [Bartgeier](#) wurde ausgerottet. Die häufigsten Greifvögel in Deutschland sind derzeit [Mäusebussard](#) und [Turmfalke](#), dagegen ist der Bestand an [Wanderfalken](#) deutlich geringer. Über 50 Prozent des Gesamtbestandes an [Rotmilanen](#) brütet in Deutschland, der Bestand ist aber auf Grund der intensiven Landwirtschaft rückläufig. Dem gegenüber steht eine Vielzahl von Vögeln, die als [Kulturfolger](#) von der Anwesenheit des Menschen profitieren, insbesondere die in vielen Städten lebenden [Stadttauben](#), [Amseln](#) (frühere Waldvögel), [Spatzen](#) und [Meisen](#), für deren Überleben auch die [Winterfutter-Industrie](#) sorgt, sowie [Krähen](#) und [Möwen](#) auf [Müllkippen](#). Eine Besonderheit ist die weltweit nördlichste [Flamingo](#)-Kolonie im [Zwillbrocker Venn](#).

Der früher in den Flüssen häufig vorkommende [Lachs](#) wurde im Zuge der [Industrialisierung](#) im 19. Jahrhundert weitgehend ausgerottet, konnte aber in den 1980er Jahren im [Rhein](#) wieder angesiedelt werden. Der letzte [Stör](#) wurde 1969 in Deutschland gefangen. In vielen Teichen werden die erst von den [Römern](#) eingeführten [Karpfen](#) gehalten.

Der an der Nord- und Ostseeküste lebende [Seehund](#) wurde zeitweise nahezu ausgerottet, mittlerweile gibt es im [Wattenmeer](#) wieder einige tausend Exemplare. Das Wattenmeer ist insbesondere im Winter Rastplatz für Vögel aus den nördlichen Breiten.

Zu den lange heimischen Tieren hat sich eine beachtliche Anzahl an [Neozoen](#) angesiedelt. Zu den bekanntesten Vertretern gehören [Waschbär](#), [Marderhund](#) und [Halsbandsittich](#).

Naturschutz

→ *Hauptartikel:* [Naturschutz](#)

Ziel des Naturschutzes in Deutschland ist es, Natur und Landschaft zu erhalten (§ 1 [Bundesnaturschutzgesetz](#)). Der Naturschutz ist somit öffentliche Aufgabe und dient dem im Grundgesetz [Art. 20a](#) verankerten Staatsziel. Wichtige Gegenstände des Naturschutzes sind Landschaften, Pflanzen und Tiere. Zu den wichtigsten Institutionen geschützter Gebiete und Objekte gehören derzeit unter anderem 14 [Nationalparks](#) (siehe [Nationalparks in Deutschland](#)), 19 [Biosphärenreservate](#), 95 [Naturparks](#) sowie tausende von [Naturschutzgebieten](#), [Landschaftsschutzgebieten](#) und [Naturdenkmälern](#).

Politik

→ *Hauptartikel:* [Politisches System Deutschlands](#), [Föderalismus in Deutschland](#)

Staatsgründung

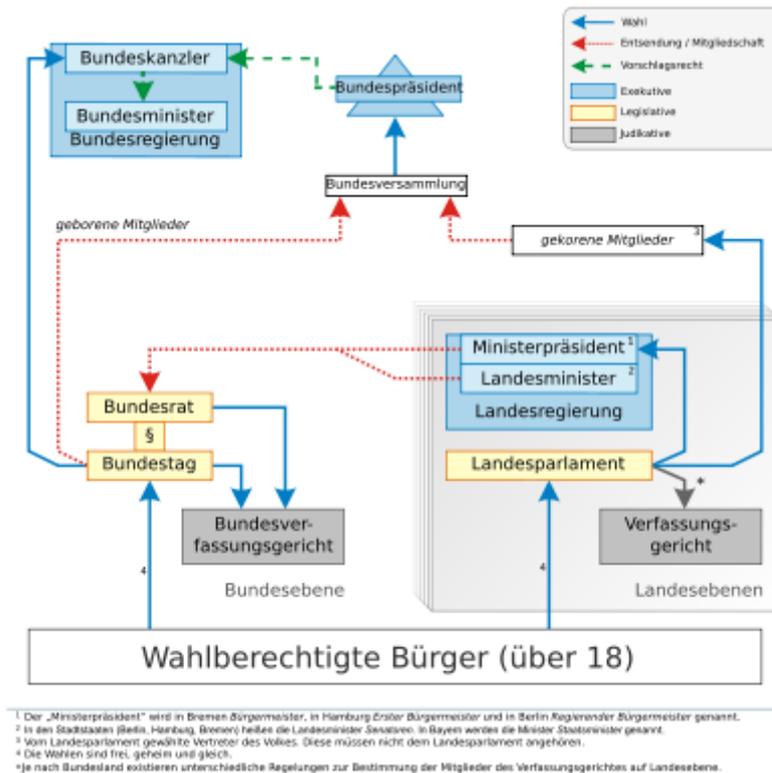
Im Rahmen der Geschichte [völkerrechtlicher](#) Identität, zu der die Bundesrepublik Deutschland zählt, wurden bisher sechs Verfassungen in Kraft gesetzt; die Daten ihrer [Konstituierung](#) können vor allem unter staatsrechtlichen, aber auch [ideengeschichtlichen](#) Aspekten als Gründungsakte der Geschichte des seit 1871 existierenden [Nationalstaates](#) „Deutschland“ betrachtet werden. Nichtsdestoweniger macht die Tatsache, dass an diesem Tag die noch heute gültige [Verfassung](#) in Kraft getreten ist, den 24. Mai 1949 zum für die Gegenwart bedeutendsten Gründungsdatum.

Der [Norddeutsche Bund](#), der 1866 als [Militärbündnis](#) gegründet worden war, erhielt zum 1. Juli 1867 eine Verfassung, die ihn in einen [monarchischen Bundesstaat](#) unter [preußischer Führung](#) umwandelte. Auf dieser Verfassung beruhen die nachfolgenden Verfassungen des [Deutschen Reiches](#) von 1871 und 1919 sowie das Grundgesetz der [Bundesrepublik](#) von 1949, ferner gilt sie als Begründungsakt des von der Bundesrepublik noch heute innegehaltenen [Völkerrechtssubjekts](#). Nach der Proklamation am [18. Januar 1871](#) trat am 16. April 1871 die [Verfassung des Deutschen Reiches](#) in Kraft. Verfassungsrechtlich handelte es sich dabei vor allem um den Beitritt souveräner Staaten ([Bayern](#), [Württemberg](#), [Baden](#), [Hessen](#)) zum Norddeutschen Bund, dessen „Umbenennung“ in „Deutsches Reich“ und die Einführung des [Kaisertitels](#). 1918/1919 erfolgte der Übergang zu einer neuen [Staatsform](#): am 9. November 1918 wurde die „[Deutsche Republik](#)“ proklamiert, die mit dem In-Kraft-Treten der [Verfassung am 11. August 1919](#) konstituiert wurde. Die auch *Weimarer Verfassung* genannte Konstitution galt [während der Herrschaft der NSDAP 1933–1945](#) formell fort, war jedoch materiell überwiegend außer Kraft gesetzt. Im [Nachkriegsdeutschland](#) von 1945–1949 galt das [Besatzungsrecht](#) der Militärgouverneure und später der [Hohen Kommissare](#) des [Alliierten Kontrollrats](#) ([Kontrollratsgesetze](#)). 1949 wurden zwei Verfassungen in Kraft gesetzt. Das [Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland](#) wurde am 23. Mai 1949 verkündet und zum 24. Mai 1949 in Kraft gesetzt, wobei es aufgrund des Geltungsbereichs bis zur [Deutschen Wiedervereinigung](#) nur provisorischen Charakter besaß. Die erste [Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik](#) trat am 7. Oktober 1949 in Kraft und wurde am 9. April 1968 durch eine neue Verfassung ersetzt

sowie 1974 revidiert. Zum 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei.

Siehe auch: [Rechtslage des Deutschen Reiches nach 1945](#)

Staatsrecht



Als [Völkerrechtssubjekt](#) (Rechtspersönlichkeit im [Völkerrecht](#)) gilt die Bundesrepublik Deutschland nach [herrschender Meinung](#) als identisch mit dem 1867 zu einem Bundesstaat umgewandelten [Norddeutschen Bund](#), der ab 1871 [Deutsches Reich](#) hieß.

Die [Bundesrepublik](#) ist die historisch jüngste Ausprägung des deutschen [Nationalstaates](#), dessen Geschichte sich bis zur Einführung der [bundesrepublikanischen Prinzipien des Grundgesetzes](#) in verschiedene Phasen einteilen lässt:

- [Norddeutscher Bund](#), 1867–1871 (1866 [Militärbündnis](#))
- [Deutsches Kaiserreich](#), 1871–1918
- [Weimarer Republik](#), 1919–1933
- [Zeit des Nationalsozialismus](#), 1933–1945: „[Drittes Reich](#)“ bzw. (ab 1943 offiziell) [Großdeutsches Reich](#)
- „[Deutschland als Ganzes](#)“ [unter fremder Besatzung/Alliierten Kontrollrat](#), 1945–1949

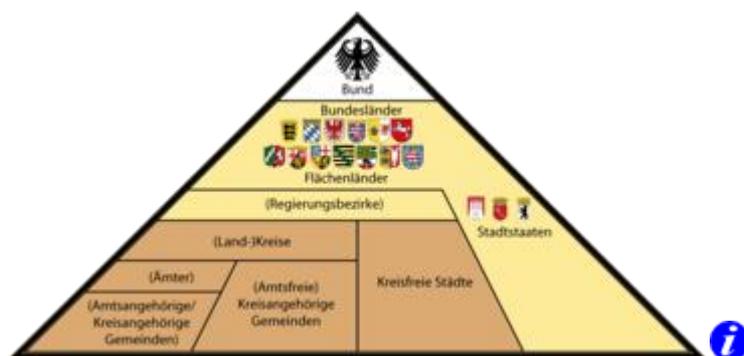
Die [deutschen Länder](#) (Bundesländer) sind beschränkte Völkerrechtssubjekte, die mit Einwilligung der Bundesregierung eigene Verträge mit anderen Staaten eingehen dürfen ([Art. 32](#) Absatz 3, [Art. 24](#) Absatz 1 [GG](#)).^[12] Die Bundesrepublik kann als die [staatsrechtliche Verbindung](#) ihrer Bundesländer angesehen werden. Demnach erhält sie erst durch diese Verbindung selbst Staatscharakter.^[13]

[Hauptstadt](#) und [Regierungssitz](#) der Bundesrepublik Deutschland ist gemäß [Art. 22](#) Absatz 1 des Grundgesetzes [Berlin](#). Nach [Artikel 20 des Grundgesetzes](#) ist die Bundesrepublik Deutschland ein [demokratischer, sozialer Bundesstaat](#). Bei diesem [föderalen Rechtsstaat](#) handelt es sich um

eine [parlamentarische Demokratie](#). Es gibt 16 [Länder](#), von denen fünf wiederum in insgesamt 22 [Regierungsbezirke](#) untergliedert sind. Die Länder haben sich eigene [Verfassungen](#) gegeben.

Die Verfassung der *Bundesrepublik Deutschland* ist das [Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland](#). [Staatsoberhaupt](#) ist der [Bundespräsident](#) mit vor allem repräsentativen Aufgaben. [Protokollarisch](#) gesehen folgen ihm der [Präsident des Deutschen Bundestages](#), der [Bundeskanzler](#) und der jeweils amtierende [Bundesratspräsident](#), der gemäß Grundgesetz den Bundespräsidenten vertritt.

Der [Regierungschef](#) Deutschlands ist der [Bundeskanzler](#). Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt ([Art. 63 GG](#)), seine Amtszeit endet mit der Wahlperiode des Bundestages ([Art. 69 Abs. 2 GG](#)). Vor Ablauf der Wahlperiode des Bundestages kann der Bundeskanzler gegen seinen Willen nur dadurch aus dem Amt scheiden, dass der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt ([Art. 67 GG](#), sogenanntes [Konstruktives Misstrauensvotum](#)). Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernannt ([Art. 64 Abs. 1 GG](#)), sie und der Bundeskanzler bilden die [Bundesregierung](#) ([Art. 62 GG](#)). Der Bundeskanzler besitzt die [Richtlinienkompetenz](#) für die Politik der Bundesregierung ([Art. 65 Satz 1 GG](#)). Die sehr starke Stellung des Bundeskanzlers hat dazu geführt, dass das politische System der Bundesrepublik Deutschland als „Kanzlerdemokratie“ bezeichnet wird.



Als Bundesstaat ist Deutschland [föderativ](#) organisiert, das heißt, dass zwei [Ebenen](#) im [politischen System](#) existieren: die [Bundesebene](#), die den Gesamtstaat Deutschland nach außen vertritt, und die [Länderebene](#), die in jedem Bundesland einzeln existiert. Jede Ebene besitzt eigene Staatsorgane der [Exekutive](#) (ausführende Gewalt), [Legislative](#) (gesetzgebende Gewalt) und [Judikative](#) (rechtsprechende Gewalt). Die Länder wiederum bestimmen die Ordnung ihrer Städte und Gemeinden.

Die Kompetenz zur Gesetzgebung liegt bei den Bundesländern, wenn nicht eine Gesetzgebungsbefugnis des Bundes besteht ([Art. 70 GG](#)). In Fällen der ausschließlichen Gesetzgebung hat nur der Bund die Gesetzgebungskompetenz ([Art. 71 GG](#)), in den Fällen der konkurrierenden Gesetzgebung liegt die Gesetzgebungsbefugnis vom Grundsatz her bei den Ländern, der Bund kann aber Gesetze erlassen, wenn dies zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder zur Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit erforderlich ist ([Art. 72 GG](#)).

[Gesetzgebungsorgane](#) des Bundes sind der [Bundestag](#) und der [Bundesrat](#). Bundesgesetze werden vom Bundestag mit einfacher Mehrheit beschlossen. Sie werden wirksam, wenn der Bundesrat keinen Einspruch eingelegt hat oder, wenn das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wenn der Bundesrat dem Gesetz zustimmt ([Art. 77 GG](#)). Eine Änderung des Grundgesetzes ist nur mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates möglich ([Art. 79 GG](#)).

In den Bundesländern entscheiden die [Länderparlamente](#) über die Gesetze ihres Landes.

Obwohl die Abgeordneten der Parlamente nach dem Grundgesetz nicht weisungsgebunden sind, dominieren in der Praxis Vorentscheidungen in den [Parteien](#) die Gesetzgebung.

Die [Exekutive](#) wird auf Bundesebene durch die [Bundesregierung](#) gebildet, die durch den [Bundeskanzler](#) geleitet wird. Auf der Ebene der Länder leiten die [Ministerpräsidenten](#), in Hamburg und Bremen die [Präsidenten des Senats](#); in Berlin der [Regierende Bürgermeister](#), die Exekutive. Auch die Länder sind [parlamentarische Demokratien](#) und deren Regierungschefs durch die [Landtage](#) und [Senate](#) gewählt. Die Verwaltungen des Bundes und der Länder werden jeweils durch die [Fachminister](#) geleitet, sie stehen an der Spitze der Behörden.

Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Ausführung der Bundesgesetze obliegt grundsätzlich den Bundesländern, sofern das Grundgesetz keine abweichende Regelung trifft oder zulässt ([Art. 30](#), [Art. 83](#) GG).

Siehe auch: [Rechtslage des Deutschen Reiches nach 1945](#), [Föderalismus in Deutschland](#)

Staatsgebiet

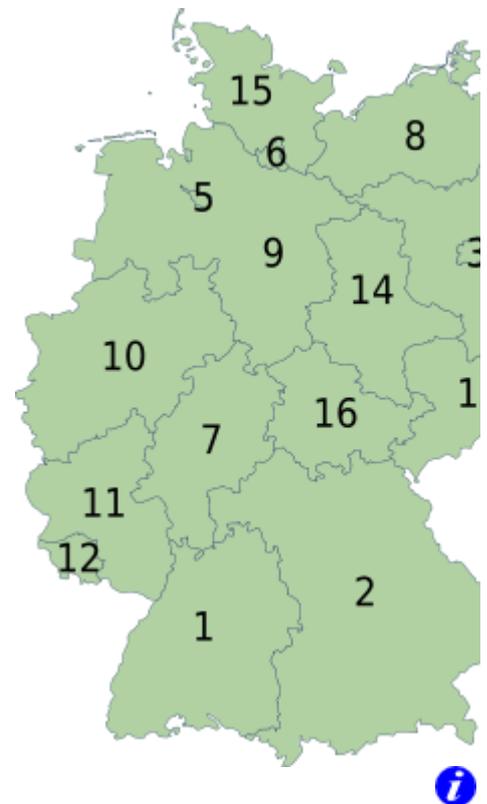
Das [Staatsgebiet](#) der Bundesrepublik ergibt sich aus der Gesamtheit der Staatsgebiete seiner Länder. Anders als in anderen Bundesstaaten – beispielsweise in Australien ([Capital Territory](#)), Kanada ([Territorien Kanadas](#)) oder den Vereinigten Staaten von Amerika ([District of Columbia](#)) – gibt es in Deutschland kein Gebiet des Bundes, das nicht zugleich Gebiet eines seiner Länder wäre ([bundesunmittelbare Gebiete](#)) und auch keine Gebiete eines seiner Länder, die nicht zugleich Bundesgebiet wären (bundesfreies Gebiet).

Der Grenzverlauf der Bundesrepublik ist heute bis auf Teile des [Bodensees](#) linear festgelegt.

Liste der Länder

Die oft als „Bundesländer“ bezeichneten [Gliederstaaten](#) der Bundesrepublik Deutschland werden offiziell als *Länder* bezeichnet.

Nr. 1	Land	Landeshauptstadt	Fläche (km ²)	Einwohner	Bevölkerungsdichte (EW/km ²)
1	Baden-Württemberg	Stuttgart	35.752	10.736.000	300
2	Bayern	München	70.552	12.469.000	177
3	Berlin ²		892	3.395.000	3.806
4	Brandenburg	Potsdam	29.479	2.559.000	87
5	Bremen ³	Bremen	404	663.000	1.641
6	Hamburg ²		755	1.744.000	2.309
7	Hessen	Wiesbaden	21.115	6.092.000	289
8	Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23.180	1.707.000	74
9	Niedersachsen	Hannover	47.624	7.994.000	168
10	Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34.085	18.058.000	530
11	Rheinland-Pfalz	Mainz	19.853	4.059.000	204
12	Saarland	Saarbrücken	2.569	1.050.000	409
13	Sachsen	Dresden	18.416	4.274.000	232
14	Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20.446	2.470.000	121
15	Schleswig-Holstein	Kiel	15.799	2.833.000	179
16	Thüringen	Erfurt	16.172	2.335.000	144
ges.			357.114	82.438.000	231



Stand der Einwohner- und Bevölkerungszahlen: 30. November 2006
Quelle: [Statistisches Bundesamt Deutschland](#) (abgerufen am 5. Januar 2007)

¹ Bezogen auf die beistehende [Deutschlandkarte](#).

² Die [Stadtstaaten](#) Berlin und Hamburg bestehen ausschließlich aus den gleichnamigen Gemeinden.

³ Bremen gilt als Stadtstaat, jedoch besteht das Land Bremen aus den Gemeinden Bremen und Bremerhaven.

Gemeinden

→ Hauptartikel: [Gemeinde \(Deutschland\)](#)

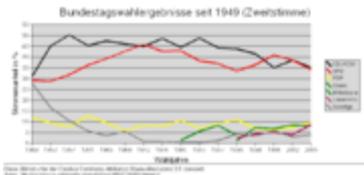


Zweisprachiges Ortsschild der Stadt [Bautzen](#)

Die Gemeinden stellen die kleinräumigsten selbständigen Gebietskörperschaften der politischen Gebietsgliederung dar. Sie sind, ausgenommen von den meisten [kreisfreien Städten](#), in [Gemeindeverbänden](#) organisiert. Die Gemeinden unterliegen dem jeweiligen [Kommunalrecht](#) der 16 Bundesländer und sind daher nicht deutschlandweit gleich organisiert. Einzig die [Kreisstadt](#) als Verwaltungssitz eines [Landkreises](#) findet man deutschlandweit. Die Einheitsgemeinden [Berlin](#) und [Hamburg](#) sind als [Stadtstaaten](#) gleichzeitig auch Bundesländer.

Parteienlandschaft

→ Hauptartikel: [Politische Parteien in Deutschland](#), [Geschichte der Parteien in Deutschland](#)



Zweitstimmen der Bundestagswahlen 1949–2005

Das [politische Spektrum](#) in Deutschland wird maßgeblich durch die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien geprägt, es sind derzeit in fünf [Fraktionen](#) sechs Parteien vertreten: [CDU/CSU](#), gemeinsame Fraktion der [Unionsparteien](#). Fraktionen mit einer Partei sind die [SPD](#), die [FDP](#), [Die Linke](#) und [Bündnis 90/Die Grünen](#).

Nahezu allen einflussreichen Parteien stehen – mehr oder weniger selbständig – [Jugendorganisationen](#) zur Seite. Die wichtigsten sind die [Junge Union](#) (CDU/CSU), die [Jusos](#)

(SPD), die [Jungen Liberalen](#) (FDP), [Linksjugend \[ʼsolid\]](#) (Die Linke) sowie die [Grüne Jugend](#) (Bündnis 90/Die Grünen).

Außen- und Sicherheitspolitik

→ Hauptartikel: [Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland](#)

Die wichtigsten Leitlinien [deutscher Außenpolitik](#) sind die [Westbindung](#) und die europäische Integration. Deutschland hat am Aufbau europäischer Organisationen einen entscheidenden Anteil; Ziel war dabei auch, den Nachbarn Angst vor Deutschland zu nehmen und die Beschränkungen durch die Besatzungsmächte überflüssig zu machen. Die Bundesrepublik ist seit 1950 Mitglied des [Europarates](#) und unterschrieb 1957 die [Römischen Verträge](#), den Grundstein für die heutige [Europäische Union](#). Zentraler Aspekt für die Sicherheitspolitik und Ausdruck der Westbindung ist die Mitgliedschaft in der [NATO](#), der die Bundesrepublik 1955 beiträt.



[Auswärtiges Amt](#), Berlin

Während des [Kalten Krieges](#) war der Spielraum deutscher Außenpolitik begrenzt. Als eines der wichtigsten Ziele galt die [Wiedervereinigung](#). Militäreinsätze im Ausland kamen nicht in Frage. Laut [Grundgesetz](#) darf sich die Bundeswehr an [Angriffskriegen](#) nicht beteiligen, ihre Aufgabe besteht lediglich in der Landes- und Bündnisverteidigung. Durch die der sozialliberalen Koalition ab 1969 initiierte „Neue [Ostpolitik](#)“ unter dem Motto *Wandel durch Annäherung*, die zunächst von wichtigen Verbündeten sehr skeptisch betrachtet wurde, konnten dennoch eigenständige politische Akzente gesetzt werden. Später wurde diese Politik grundsätzlich auch von der liberalkonservativen Kohl-Regierung seit 1982 fortgesetzt.

Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland seine außenpolitischen Grundsätze erweitert und einen Weg zu größerer internationaler Verantwortung eingeschlagen. So nimmt die [Bundeswehr](#) seit 1991 mit Zustimmung des Bundestages und zusammen mit verbündeten Armeen an verschiedenen friedenserhaltenden und -erzwingenden Einsätzen auch außerhalb Deutschlands und des Territoriums der NATO-Verbündeten teil (*Out-Of-Area-Einsätze*).

Traditionell spielt Deutschland zusammen mit Frankreich eine führende Rolle in der Europäischen Union. Deutschland treibt die Bemühungen voran, über die [Wirtschafts- und Währungsunion](#) hinaus ein einheitliches und wirkungsvolles System der [europäischen Außen- und Sicherheitspolitik](#) zu schaffen.

Weitere außenpolitische Ziele sind die Verwirklichung des [Kyoto-Protokolls](#) zum Klimaschutz sowie die weltweite Anerkennung des [Internationalen Strafgerichtshofs](#). Bedeutendes Interesse hat Deutschland auch an einer friedlichen Lösung des [Nahostkonflikts](#). Aufgrund der schwierigen Materie und den Begrenzungen deutscher Politik besteht der Beitrag vor allem in der Bereitstellung informeller Kontaktmöglichkeiten zwischen den beteiligten Parteien.

Die Bundesregierung lehnte den [Irak-Krieg](#) 2003 ab, da sie die Existenz von Massenvernichtungswaffen bezweifelte, eine diplomatische Lösung bevorzugte und um erhebliche Gefahren für die politische Stabilität des gesamten als fragil eingestuften Raumes fürchtete. Dafür wurde sie von wichtigen Verbündeten stark kritisiert. Zusammen mit den Verbündeten Großbritannien und Frankreich bemüht sich die Bundesrepublik, den [Iran](#) im Dialog dazu zu bewegen, auf die Weiterführung seines Kernenergieprogramms zu verzichten.

Die Bundesregierung strebt einen ständigen Sitz im [Sicherheitsrat](#) der [Vereinten Nationen](#) an. Die Durchsetzung dieses Zieles wird jedoch aufgrund des Widerstands anderer, teils verbündeter Staaten erschwert und hat nur geringe Aussicht auf Erfolg. So würden zwar Frankreich und Großbritannien die G4-Staaten (Deutschland, Indien, Japan und Brasilien) grundsätzlich unterstützen; jedoch beziehen die USA zu einem deutschen Sitz bisher keine Stellung.

Im Jahr 2006 veröffentlichte das [Bundesverteidigungsministerium](#) ein neues [Weißbuch](#), welches die Einbettung der Bundeswehr in friedenssichernde Maßnahmen auch in entlegenen Regionen der Erde vorsieht.

Militär

→ Hauptartikel: [Bundeswehr](#)



[Leopard 2A5](#)

Nach ihrer Gründung 1949 durfte die Bundesrepublik Deutschland zunächst keine eigenen Streitkräfte aufstellen. Unter dem Eindruck des [Koreakrieges](#) und der [sowjetischen](#) Politik in Osteuropa wurde es der Bundesrepublik im Rahmen der [Wiederbewaffnung](#) gestattet, zunächst 1951 eine [Grenzschutzpolizei](#) und 1955 Streitkräfte aufzustellen, um der NATO beizutreten. Nach der Wiedervereinigung wurden Teile der [Nationalen Volksarmee](#) der DDR in diese Streitkräfte eingegliedert.

Die als *Bundeswehr* bezeichnete militärische Gesamtorganisation besteht aus den Streitkräften und ihrer Verwaltung. Die Streitkräfte gliedern sich in die [Teilstreitkräfte Heer](#), [Luftwaffe](#) und [Marine](#) und die unterstützenden Organisationsbereiche [Streitkräftebasis](#) und [Zentraler Sanitätsdienst](#).

In der Bundeswehr dienten im Dezember 2007 245.000 [Soldaten](#) und 120.000 [zivile](#) Mitarbeiter. Seit 2001 haben auch Frauen uneingeschränkten Zugang zum Dienst in den Streitkräften. Ihr Anteil beträgt 7,9 Prozent der Soldaten (Stand: 2007). Die Bundesrepublik Deutschland gibt im Jahr 2008 29,45 Milliarden Euro für die Bundeswehr aus, was einen Anteil von etwa 1,2 Prozent am [BIP](#) entspricht. Dies liegt unter dem Durchschnitt der NATO-Mitgliedsstaaten von 2,3 Prozent.

Es besteht eine grundsätzliche [Wehrpflicht](#) für Männer, der Dienst dauert neun Monate. Alternativ kann als [Ersatz](#) ein [Zivildienst](#) (Dauer ebenfalls neun Monate), ein [Auslandsjahr](#)

(zwölf Monate) oder eine mindestens sechsjährige Mitarbeit im [Katastrophenschutz](#) oder in der [Feuerwehr](#) abgeleistet werden.

Bis 2005 waren auf dem [US-Stützpunkt Ramstein](#) und dem [Luftwaffenstützpunkt Büchel](#) (beide in Rheinland-Pfalz) noch 150 US-amerikanische [Kernwaffen](#)^[14] stationiert. Heute lagern noch 20 Sprengköpfe in Büchel^[15], an deren Einsatzplanung Deutschland im Rahmen der [nuklearen Teilhabe](#) beteiligt ist.

Polizei und Nachrichtendienste

→ *Hauptartikel:* [Polizei \(Deutschland\)](#), [Bundespolizei \(Deutschland\)](#), [Bundesnachrichtendienst](#), [Bundeskriminalamt](#)



Zunehmend werden seit 2005 alte grün-weiße Polizeifahrzeuge durch blau-silberne ersetzt.

Polizei

Zuständig für die [Innere Sicherheit](#) der Bundesrepublik sind die Polizeien der Länder, welche zum Teil in Vollzugs- und [Ordnungspolizei](#) geteilt werden. Dabei übernimmt die Ordnungspolizei verwaltungstechnische Aufgaben, während die Vollzugspolizei den Großteil der Aufgaben zur Gefahrenabwehr übernimmt. Zur Vollzugspolizei gehören etwa die [Schutzpolizei](#), die [Bereitschaftspolizei](#) sowie die [Kriminalpolizei](#). Der Kriminalpolizei steht zudem das [Bundeskriminalamt](#) beziehungsweise die einzelnen [Landeskriminalämter](#) vor. Das Bundeskriminalamt ist direkt dem [Bundesministerium des Innern](#) unterstellt und damit die höchste Ermittlungsbehörde in Deutschland. Zur [Bundespolizei](#) (ehemals [Bundesgrenzschutz](#)) gehören unter anderem die Spezialeinheit [GSG 9 der Bundespolizei](#) sowie die [Mobile Fahndungseinheit](#).

Nachrichtendienste

Für die [nachrichtendienstliche](#) Informationsbeschaffung, [Spionageabwehr](#) und Verfassungsschutz sind in Deutschland drei verschiedene Dienste zuständig. Der [Bundesnachrichtendienst](#) (BND) als klassischer Auslandsgeheimdienst, das [Bundesamt für Verfassungsschutz](#) und die nachgeordneten [Landesbehörden für Verfassungsschutz](#) als Inlandsgeheimdienst und der [Militärische Abschirmdienst](#) (MAD) als militärischer Nachrichtendienst.

Im weiteren Sinne:

Siehe auch: [Bundeszollverwaltung](#), [Zollkriminalamt](#), [Zollfahndungsdienst](#), [Wirtschaftskontrolldienst](#)

Geschichte

→ Hauptartikel [Geschichte Deutschlands](#)

Frühgeschichte und Antike



Karte der germanischen Stämme um 50 n. Chr. (ohne Skandinavien)



Das römische Köln, mit Rheinbrücke



Die römische [Porta Nigra](#) in Trier

Die ältesten Siedlungsbelege auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland sind etwa 700.000 Jahre alt, man geht von einer dauerhaften Besiedlung seit rund 500.000 Jahren aus. In Deutschland existieren bedeutende Fundstätten aus der Urzeit: Nach dem [Neandertal](#) in [Mettmann](#) ist der frühe menschliche Vertreter der [Spezies](#) *Homo sapiens neanderthalensis*, der [Neandertaler](#), benannt. Diese wurden vor etwa 40.000 Jahren von dem zugewanderten *Homo sapiens sapiens*, dem modernen Menschen, verdrängt. In der Jungsteinzeit entwickelten sich Ackerbau, Viehzucht und feste Siedlungsplätze. Aus dieser Zeit sind einige bedeutende kulturelle Funde erhalten, wie etwa die [Himmelscheibe von Nebra](#), die darauf deutet, dass schon um 2000 vor Christus in dieser Region Astronomie betrieben wurde.

Erste schriftliche Erwähnung finden [keltische](#) und [germanische](#) Stämme bei den [Griechen](#) und [Römern](#) in der vorchristlichen Zeit. Um 500 vor Christus war das heutige Süddeutschland keltisch und das heutige Norddeutschland germanisch besiedelt. Die Germanen wanderten im Laufe der Jahrhunderte südwärts, so dass um Christi Geburt die [Donau](#) die ungefähre Siedlungsgrenze zwischen Kelten und Germanen war. Hierdurch gelangten [keltische](#) Orts- und Gewässernamen sowie keltische Lehnwörter in die germanischen Mundarten.

Von [58 v. Chr.](#) bis etwa [455 n. Chr.](#) gehörten die Gebiete links des [Rheins](#) sowie südlich der [Donau](#) zum [Römischen Reich](#), von etwa 80 bis 260 n. Chr. auch der größte Teil des heutigen Baden-Württemberg südlich des [Limes](#). Die Gebiete im heutigen Deutschland verteilten sich auf die Provinzen [Germania Superior](#), [Germania Inferior](#) und [Raetia](#). In diesem Gebiet gründeten die Römer viele Legionslager, die sich später zu Städten entwickelten. Wichtigste Städte zu römischer Zeit waren [Köln](#), [Trier](#) (die [ältesten Städte Deutschlands](#)), [Mainz](#) und [Augsburg](#). Zur Sicherung der Grenzen siedelten die Römer befreundete germanische Stämme in den Provinzen an. Außerdem wanderten Siedler aus anderen Teilen des [Römischen Reiches](#), insbesondere aus Italien, ein und wurden westlich des Rheins und südlich der Donau sesshaft. Weitreichende Neuerungen, die auch das deutsche Vokabular beeinflussten, führten die Römer insbesondere in Hausbau, Handwerk, Wein- und Ackerbau sowie Verwaltung und Militär ein. Eine erste Geschichte Gesamtgermaniens verfasste der römische Schreiber [Tacitus](#) im Jahr [98](#).

Völkerwanderung und Mittelalter

→ Hauptartikel: [Völkerwanderung](#), [Mittelalter](#) und [Frühmittelalter](#)



Die Gebietsaufteilung im [Vertrag von Verdun](#) (843)

Nach dem Einfall der [Hunnen](#) 375 und zeitgleich mit dem Niedergang [Westroms](#) ab 395 setzte die [Völkerwanderung](#) ein, in deren Verlauf die germanischen Stämme immer weiter nach Südwesten zogen. In die fast menschenleeren Gebiete des heutigen Ostdeutschland wanderten am Ende der [Spätantike](#) im 7. Jahrhundert bis zur Elbe-Saale-Linie [slawische Stämme](#) ein. Weite Teile der Bevölkerung der heutigen ostdeutschen Bundesländer waren daher bis ins hohe [Mittelalter slawisch](#) geprägt ([Germania Slavica](#)). Erst im Zuge der hochmittelalterlichen [Ostsiedlung](#) wurden sie assimiliert und akkulturiert. Sprachforscher schätzen, dass etwa ein Drittel der heutigen deutschen Familiennamen slawischen Ursprungs sind. Der Hauptteil West- und Mitteleuropas wurde vom [Frankenreich](#) eingenommen, das heutige Norddeutschland wurde von den [Sachsen](#) beherrscht.

Nach der blutigen Unterwerfung und Zwangsmisionierung der Sachsen unter Karl dem Großen erstreckte sich das Frankenreich bis zur Nordsee, der [Eider](#) und dem heutigen Österreich. Auf dem Höhepunkt der fränkischen Macht stellte [Karl der Große](#) einen Anspruch auf die Führungsmacht in Europa. 800 ließ er sich in Rom zum Kaiser krönen. Doch die Einheit seines Reiches währte nicht lange: Streitigkeiten unter seinen Nachfolgern bewirkten im [Vertrag von](#)

[Verdun](#) (843) die Dreiteilung des Reiches in das [Ostfrankenreich](#), unter König Ludwig Germanicus (später: „dem Deutschen“), das [Westfrankenreich](#) unter König Karl dem Kahlen und dem zwischen ihnen liegenden Königreich Lothars I., das den Namen [Lotharingen](#) erhielt.

Heiliges Römisches Reich (962–1806)

→ Hauptartikel: [Heiliges Römisches Reich](#)



Das [Heilige Römische Reich](#) im 10. und 11. Jahrhundert



Köln im Jahr 1531

Als traditioneller Beginn der deutschen staatlichen Tradition wird oft der 2. Februar 962 angesehen, an dem [Otto I.](#) in [Rom](#) zum [römisch-deutschen Kaiser](#) gekrönt wurde. Der Terminus *regnum teutonicum* („deutsches Reich“) wurde ab dem 10. Jahrhundert als Bezeichnung für das Ostfrankenreich benutzt.

Während sich das Westfrankenreich mit der Zeit zum französischen Zentralstaat entwickelte, blieb das Ostfrankenreich durch [Territorialfürsten](#) geprägt. Obwohl die Kaiser wiederholt versuchten, ihre Position zu stärken, blieb das Reich ein [supranationaler](#) Verband souveräner großer, mittelgroßer und vieler Klein- und Kleinstterritorien sowie [Freier Reichsstädte](#). Nach der [Reformation](#) und dem [Dreißigjährigen Krieg](#) hatte der Kaiser nur noch eine formale Machtstellung.

Im 17./18. Jahrhundert entwickelte sich nach französischem Vorbild der [Absolutismus](#), der jedoch anders als dort nicht die Zentralgewalt, sondern einzelne (Landes-)Fürstentümer zu bürokratisch organisierten, modernen Staaten werden ließ. Manche Herrscher, insbesondere König [Friedrich II. von Preußen](#), aber partiell auch seine kaiserlichen Dauerrivalen [Maria Theresia](#), [Franz I.](#) und [Joseph II.](#), öffneten sich dem philosophischen Zeitgeist ([Aufgeklärter Absolutismus](#)).

Dieser Zustand währte bis 1806, als [Napoléon I.](#) in seinen Eroberungskriegen Mitteleuropa überrannte und das schwache Reichsgebilde zum Einsturz brachte.

Der letzte Kaiser des faktisch nur noch formell bestehenden [Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation](#), [Franz II.](#), der erst 1804 auch Kaiser des [österreichischen Vielvölkerstaates](#) geworden war, legte daher die Reichskrone nieder. Damit erlosch das Reich.

Rheinbund/Österreich/Preußen (1803/1806–1815)

→ *Hauptartikel:* [Rheinbund](#)

Unter Napoléons Einfluss war zwischen 1803 und 1806 die Anzahl der Staaten im Gebiet des „Alten Reiches“ von etwa 300 auf etwa 60 verringert worden. Flächenmäßige Nutznießer dieses Prozesses waren vor allem [Preußen](#), [Bayern](#), [Württemberg](#) und [Baden](#). Die neuen Staaten waren teilweise im von Napoléon geschaffenen und kontrollierten [Rheinbund](#) vereinigt. Eigenständig blieben nur Österreich und Preußen.

Deutscher Bund (1815–1866)

→ *Hauptartikel:* [Deutscher Bund](#), [Deutscher Zollverein](#), [Bundesheer](#) und [Deutsche Revolution](#)



Der [Deutsche Bund](#) 1815–1866

Nach der Niederlage Napoléons restaurierte der [Wiener Kongress](#) (1814–1815) weitgehend die alten monarchischen Herrschaftsverhältnisse. Im [Deutschen Bund](#), einem von Österreich und Preußen dominierten [Staatenbund](#), organisierten sich 38 Staaten. Der [Bundestag](#), mit Sitz in [Frankfurt am Main](#), bildete das Entscheidungsgremium. 1833/1834 wurde der [Deutsche Zollverein](#) geschaffen, in dem das wieder erstarkte Preußen dominierende Macht war.



[Zug zum Hambacher Schloss](#)

In der Ära des Vormärz bewahrte der Hochadel mit Hilfe einer in den Karlsbader Beschlüssen gipfelnden, konsequent betriebenen Repression und Restauration seine Macht. Das wirtschaftlich weiter erstarkende Bürgertum forderte jedoch weiter Teilhabe an der politischen Macht. Im Oktober 1817 trafen sich Professoren und Studenten zum Wartburgfest. „Höhepunkt“ war die Verbrennung von Werken von Autoren, die gegen einen deutschen Staat waren, wie zum Beispiel August von Kotzebue. Zum später sogenannten Hambacher Fest trafen sich 1832 über 30.000 Menschen aus vielen Bevölkerungskreisen und Staaten. Dort wurden die Farben Schwarz-Rot-Gold gehisst, die später zu den Nationalfarben wurden (*siehe auch* Flagge Deutschlands).



Jubelnde Revolutionäre nach Barrikadenkämpfen am 19. März 1848 in Berlin

Am 1. März 1848 begann mit der Besetzung des Ständehauses des badischen Landtags in Karlsruhe die Märzrevolution. Durch Aufstände der Bürger mussten viele konservative Politiker ihren Platz räumen, unter ihnen der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich, der noch im Wiener Kongress die Monarchie nach Napoléons Abtreten mitrestauriert und die Epoche seitdem geprägt hatte.

Unter dem Druck der revolutionären Ereignisse in Berlin seit dem 6. März 1848 gab der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zunächst nach, machte Zugeständnisse und akzeptierte vorerst die Einrichtung der Frankfurter Nationalversammlung. Die von jener ausgearbeitete Paulskirchenverfassung, die Deutschland in eine geeinte konstitutionelle Monarchie umgewandelt hätte, lehnte er jedoch ebenso ab wie die ihm angetragene Kaiserkrone, die er als bürgerliche „Lumpenkrone“ bezeichnete.

Am 23. Juli 1849 endete die Märzrevolution mit der Einnahme von Rastatt durch preußische Truppen.

Bald danach kam es zur Kollision Preußens mit der Großmacht Österreich um die Vormachtstellung im Deutschen Bund, die zum Preußisch-Österreichischen Krieg (später auch „Deutscher Krieg“) von 1866 führte. Nachdem Preußen diesen Krieg für sich entschieden hatte, kam es zur Auflösung des Deutschen Bundes. Preußen annektierte etliche nord- und mitteldeutsche Kriegsgegner, so dass sich die Zahl der deutschen Staaten weiter verringerte.

Norddeutscher Bund (1866–1871)

→ *Hauptartikel:* [Norddeutscher Bund](#)

1866 wurde zunächst als Militärbündnis der Norddeutsche Bund gegründet. Er bekam 1867 eine Verfassung, die ihn zum Bundesstaat machte.

Die Gründung des [Norddeutschen Bundes](#) als souveränen Staat zum 1. Juli 1867 unter preußischer Führung leitete die sogenannte [kleindeutsche Lösung](#) ein. Diese zielte entsprechend der Intention Bismarcks auf eine staatliche Einigung deutscher Einzelstaaten unter der Hegemonie Preußens ohne die damalige Großmacht [Österreich](#).

Deutsches Kaiserreich (1871–1918)

→ Hauptartikel: [Deutsches Kaiserreich](#)



[Deutsches Kaiserreich, 1871–1918](#)



Reichsgründung, [Versailles](#), 1871

Das [Deutsche Reich](#) wurde nach dem gewonnenen [Deutsch-Französischen Krieg](#) 1870/1871 und der Proklamation des preußischen Königs [Wilhelm I.](#) vom ehemaligen Amt des *Vorsitzenden des Bundesrates* zum [Deutschen Kaiser](#) im Spiegelsaal von [Versailles](#) ausgerufen.

Mit der [Reichsgründung](#) wurden Gebiete eingegliedert, die noch nie oder lange nicht mehr zum [Heiligen Römischen Reich](#) gehört hatten. Dazu gehörten [West-](#), [Ostpreußen](#), das überwiegend polnischsprachige Gebiet [Posen](#) und [Schleswig](#). [Frankreich](#) trat (deutsch- und französischsprachige) Teilgebiete der Regionen [Lothringen](#) und [Elsass](#) ab, welche als direkt von der Zentrale verwaltetes „[Reichsland Elsass-Lothringen](#)“ ohne [Gliederstaatsrechte](#) konstituiert wurden.

[Otto von Bismarck](#) hatte als preußischer Ministerpräsident auf die Reichsgründung hingewirkt, maßgeblich die Verfassung entworfen und wurde nun erster [Reichskanzler](#). Seine Politik stützte die Macht des monarchischen Staates, war aber flexibel und letztlich zwiespältig:

- Gegen die katholische Kirche führte er einen sogenannten [Kulturkampf](#), in dessen Folge sogar Bischöfe inhaftiert wurden; inhaltlich waren die entsprechenden Gesetze (zur Schule, zur Ehe) oft eher liberal.

- Um die Liberalen zu schwächen, führte Bismarck bei Reichstagswahlen das demokratische Wahlrecht für alle Männer ein. [Nationalliberale](#) waren andererseits lange Zeit Partner Bismarcks.
- Bismarck bekämpfte die [Sozialdemokratie](#) seit 1878 mithilfe der [Sozialistengesetze](#), versuchte aber, die Arbeiter durch eine moderne [Sozialgesetzgebung](#) an den Staat zu binden.

Seine anfangs aggressive Außenpolitik änderte sich ab der Reichsgründung zu einer [Bündnispolitik](#), die ein defensives Bündnissystem schuf, mit Deutschland als [halbhegemonialer](#) Macht in der Mitte Europas. Frankreich wurde isoliert und ermutigt, sich auf seine Kolonien (und nicht auf das verlorene Elsass-Lothringen) zu konzentrieren.

Bismarck war gegenüber der Erwerbung von Kolonien skeptisch. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Kolonialpolitik deutscher Kaufleute führten trotzdem dazu, dass eine Gruppe auf der Berliner [Kongo-Konferenz](#) Deutschland 1884 sich bei der Teilung Afrikas Gebiete zusprach und damit in den Kreis der Kolonialmächte eintrat, nachdem schon in den frühen [1880er](#) Jahren deutsche Vereine [Territorien](#) in Afrika und Asien erworben hatten.

Im „[Dreikaiserjahr](#)“ 1888 kam [Wilhelm II.](#) an die Macht, der schon 1890 Bismarck zum Rücktritt zwang und die Außenpolitik in Richtung konfrontaler Großmacht- und Weltmachtspolitik änderte. Durch den neuen Kurs isolierte sich das Reich selber und ein neues Bündnissystem entstand. Das Attentat auf den [österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand](#) löste im Jahre 1914 den [Ersten Weltkrieg](#) aus. Mehr als zwei Millionen deutsche Soldaten starben im Ersten Weltkrieg, rund 800.000 Zivilisten starben an Hunger.

Weimarer Republik (1919–1933)

→ *Hauptartikel:* [Weimarer Republik](#)



Deutsches Reich 1919–1937

Mit der deutschen Kapitulation 1918 und der [Novemberrevolution](#) endete nicht nur der Erste Weltkrieg, sondern auch die [Monarchie](#) im Deutschen Reich. Im [Vertrag von Versailles](#) wurden erhebliche Gebietsabtretungen sowie [Reparationen](#) festgelegt.

Mit der Ausrufung der [Republik](#) wurde am 9. November 1918 das Kaisertum beendet. Am 30. November 1918 erhielten die Frauen mit der „Verordnung über die Wahlen zur Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz)“ aktives und passives Wahlrecht. Die Revolutionsregierung aus rechten und linken Sozialdemokraten nannte sich „[Rat der Volksbeauftragten](#)“. Nach der Wahl der verfassungsgebenden [Nationalversammlung](#) trat die [Weimarer Verfassung](#) am 11. August 1919 in Kraft.

Die Hypothek der Reparationszahlungen belastete von Beginn an das politische Klima der jungen Republik. Die von rechtsextremen Kräften verbreitete [Dolchstoßlegende](#) führte zu politischen Morden und Putschversuchen, von denen die wichtigsten der [Kapp-Putsch](#) 1920 und der [Hitler-Ludendorff-Putsch](#) 1923 waren. Wichtige Vertreter der demokratischen Kräfte wie [Matthias Erzberger](#) und [Walther Rathenau](#) wurden von nationalistischen Attentätern ermordet. Der erste Reichskanzler [Philipp Scheidemann](#) überlebte einen Anschlag nur knapp. Andererseits gab es mehrere Aufstände von Kommunisten, wie den [Ruhraufstand](#) 1920, die [Märzkämpfe in Mitteldeutschland](#) 1921 und den [Hamburger Aufstand](#) 1923.

In den kurzen „[goldenen Zwanzigern](#)“ blühte die Kultur und ab 1924 auch die Konjunktur auf und das mittlerweile über vier Millionen Einwohner zählende Berlin wurde zu einer der dynamischsten Städte Europas.

Ein jähes Ende erfuhr die Prosperität 1929 im Gefolge des [Schwarzen Donnerstags](#), als durch den Zusammenbruch der [New Yorker Börse](#) die [Weltwirtschaftskrise](#) ausgelöst wurde. Zu deren Höhepunkt 1932 gab es in Deutschland mehr als sechs Millionen [Arbeitslose](#), die größtenteils in Elend lebten. In der Folge fanden extremistische Parteien noch stärkeren Zulauf als zuvor, sodass es für die gemäßigten Parteien zunehmend schwieriger wurde, stabile Regierungen zu bilden. Nach dem Erdrutschsieg der Nationalsozialisten 1930 verfügten die Reichskanzler, die in rascher Folge wechselten, über keine parlamentarische Mehrheit mehr. Die sogenannten [Präsidialkabinette](#) waren nur noch vom [Reichspräsidenten Paul von Hindenburg](#) und dessen [Notverordnungen](#) abhängig.

Die Spar- und [Deflationspolitik](#) des Reichskanzlers [Brüning](#) verschärfte die wirtschaftliche Krise noch weiter. Dessen Nachfolger [Franz von Papen](#) (Juni–November 1932) unterstellte die demokratische Regierung Preußens einem Reichskommissar („[Preußenschlag](#)“) und ließ Neuwahlen abhalten, bei denen die [Nationalsozialisten](#) noch stärker wurden. Reichskanzler [Kurt von Schleicher](#) versuchte durch eine „[Querfront](#)“ von Gewerkschaften und Teilen der Nationalsozialisten eine [Machtübernahme Adolf Hitlers](#) zu verhindern, scheiterte aber an [Franz von Papen](#), der Hindenburg dazu überredete, Hitler trotz starken Widerwillens zum Reichskanzler zu ernennen.

Hitlers Regierung vom 30. Januar 1933 war zunächst eine Koalition von Nationalsozialisten und Teilen der Konservativen, darunter [Franz von Papen](#) und [Alfred Hugenberg](#). Am 27. Februar kam es zum [Reichstagsbrand](#), dessen Ursache immer noch nicht geklärt ist. Hitler nutzte die Brandstiftung, um die sogenannte [Reichstagsbrandverordnung](#) zu verabschieden, die auf unbestimmte Zeit die Grundrechte außer Kraft setzte. Die nun folgenden Massenverhaftungen politischer Gegner, insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten, prägten das Vorfeld der [Reichstagswahl 1933](#). Trotz erheblicher Stimmengewinne verfehlte die NSDAP auch hier die absolute Mehrheit und ging daher ein Bündnis mit der reaktionär geprägten [DNVP](#) ein. Die endgültige Machtübernahme erfolgte fünf Tage später, als der neu zusammengetretene Reichstag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen allein die Stimmen der [SPD](#) ein [Ermächtigungsgesetz](#) verabschiedete, welches Hitlers Regierung das Recht zubilligte, Gesetze auch ohne den Reichstag zu beschließen.

Nationalsozialistische Diktatur (1933–1945)

→ *Hauptartikel: [Deutsches Reich 1933 bis 1945](#) zu der [Zeit des Nationalsozialismus](#)*



Großdeutsches Reich 1943–1945

Die NSDAP errichtete im Deutschen Reich innerhalb kürzester Zeit einen totalitären Einparteiensstaat unter Führung Adolf Hitlers. Missliebige Personen wurden aus allen staatlichen Organisationen entfernt. Es wurden erste Konzentrationslager errichtet, um politische Gegner zu beseitigen, insbesondere Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Eine Reihe von Direktiven sorgte für die völlige Gleichschaltung der öffentlichen Meinung im Sinne der NSDAP. Missliebige Publikationen wurden, beispielsweise in der öffentlichkeitswirksamen Bücherverbrennung, aus dem Verkehr gezogen und der gesamte Kunstbetrieb auf Parteilinie gebracht – unerwünschte Kunstwerke wurden für „entartet“ erklärt. Innerhalb kürzester Zeit durchdrang die Partei auch das Privatleben, indem die von Joseph Goebbels gesteuerte Propaganda allgegenwärtig wurde und bereits auf Kinder Druck ausgeübt wurde, den Parteiorganisationen beizutreten.

Persönlich sicherte sich Hitler ab, indem er auch innerparteiliche Gegner und ehemalige Weggefährten ermorden ließ. Im angeblichen Röhm-Putsch ließ er am 30. Juni 1934 den SA-Führer Röhm und eine Reihe innenpolitischer Gegner töten, woraufhin auch die ihm lästig gewordene SA entmachtet wurde. Stattdessen setzte er auf die ihm bedingungslos ergebene SS und die Reichswehr, deren Generalität auf ihn persönlich ihren Treueeid ablegte. Die Gestapo wurde als politische Polizei zur Bekämpfung der politischen und ideologischen Gegner eingesetzt.

Von Beginn an verfolgte Hitler zwei Ziele: einen Angriffs- und Vernichtungskrieg zur Schaffung neuen „Lebensraumes im Osten“ und die Verfolgung der Juden, die mit Diskriminierung, Demütigung und Ausgrenzung begann und später im Holocaust endete. Nachdem sich Hitler der Gefolgschaft des Militärs versichert hatte, begann schon ab 1934 die Ausrichtung der Wirtschaft auf einen bevorstehenden Krieg: Die Rüstungsausgaben wurden innerhalb kürzester Zeit auf gewaltige Summen getrieben. Arbeitsprogramme, eine enthemmt expansive Geldpolitik und Schuldenwirtschaft waren die wirtschaftspolitischen Instrumente hierfür. Die dadurch sinkende Arbeitslosigkeit wurde von der Bevölkerung begrüßt und als Einlösung wirtschaftlicher Versprechen aufgenommen.



Das Eingangstor und Hauptgleis zum [Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau](#) (Fotografie der heutigen Gedenkstätte)

Das Schicksal der Juden verschlimmerte sich kontinuierlich: 1935 wurden die [Nürnberger Rassengesetze](#) verabschiedet, die persönliche Beziehungen zwischen „[Ariern](#)“ und Juden als „[Rassenschande](#)“ brandmarkten und schwer bestrafen. Juden verloren zuerst alle öffentlichen Ämter, wurden willkürlich verfolgt, bestohlen und erpresst und schließlich mit einem völligen Berufsverbot belegt. Unter dem Begriff „[Arisierung](#)“ wurden alle jüdischen Unternehmen enteignet. Immer häufiger wurden nun auch Juden in Konzentrationslager eingewiesen. Viele fassten den Entschluss zur [Emigration](#), die meisten aber blieben in Deutschland, weil sie sich als Deutsche fühlten und ihre Heimat nicht verlassen wollten.

Die rassistische Weltsicht der Nationalsozialisten und ihre Bemühungen zur Züchtung einer „Herrenrasse“ betraf auch andere Bevölkerungsgruppen: [Roma](#), [Sinti](#), [Jenische](#), [Polen](#), [Russen](#). [Homosexuelle](#) und [Behinderte](#) wurden ebenso Opfer von Repression, Gewalt und Mord.

Währenddessen feierte das Regime einige Propagandaerfolge. 1935 stimmte das [Saarland](#) für eine Rückkehr ins Reich und wurde eingegliedert, 1936 verbesserten die [Olympischen Spiele](#) das Ansehen im Ausland, im gleichen Jahr wurde das entmilitarisierte [Rheinland](#) wieder besetzt. Die aggressive Expansion über die deutschen Grenzen hinaus begann mit dem [Anschluss](#) von [Österreich](#) im Jahr 1938, der unter dem Jubel großer Teile der Bevölkerung betrieben wurde, woraufhin Deutschland als „[Großdeutsches Reich](#)“ bezeichnet wurde – ab dem 26. Juni 1943 trug das Deutsche Reich hinfort auch offiziell den Namen *Großdeutsches Reich*. Gemäß dem [Münchener Abkommen](#) erreichte Hitler im November 1938 die [Annexion](#) des mehrheitlich von Deutschen besiedelten [Sudetenlandes](#).

Erst als Deutschland im März 1939 auch in das restliche [Tschechien](#) einmarschierte und es als „[Protectorat Böhmen und Mähren](#)“ dem Reichsgebiet zuschlug, ebenso wie das von [Litauen](#) rückabgetretene [Memelland](#), erkannten die anderen Staaten den Fehler, den sie mit ihrer Beschwichtigungspolitik (*Appeasement*) begangen hatten.

Als Deutschland schließlich am 1. September 1939 [Polen angriff](#), war die Geduld der Alliierten erschöpft. Großbritannien und Frankreich erklärten Deutschland den Krieg. Der [Zweite Weltkrieg](#) forderte in sechs Jahren 55 Millionen Tote. Mit einer Serie erfolgreicher Aktionen, die als [Blitzkrieg](#) in die Geschichte eingingen, gelangen Deutschland zunächst bedeutende militärische Erfolge. [Polen](#) wurde im [Nichtangriffspakt](#) zwischen Hitler und [Stalin](#) aufgeteilt, die Wehrmacht warf anschließend ihre Armeen nach Westen, überfiel die neutralen Staaten Luxemburg, Belgien und Niederlande und besetzte innerhalb von sechs Wochen Frankreich. Zu diesem Zeitpunkt erreichte Hitlers Popularität im Volk seinen Höhepunkt, und das Deutsche Reich erstreckte sich nun vom [Elsass](#) bis nach [Krakau](#).

Mit Kriegsbeginn war auch das Schicksal der [Juden](#) und der anderen verfolgten Minderheiten besiegelt. Die Ausreise wurde verboten, die Juden wurden in [Ghettos](#) gezwungen und mussten den „[Judenstern](#)“ tragen. Bei unzureichender Verpflegung und ständig ausbrechenden Seuchen mussten sie [Zwangsarbeit](#) in der Kriegswirtschaft verrichten. Viele von ihnen starben an Entkräftung, Hunger oder Misshandlungen.

Im Jahre 1941 begann die systematische Ermordung der Juden – der genaue Zeitpunkt oder ein einzelner Befehl Hitlers dazu ist nicht bekannt. Auf der [Wannseekonferenz](#) im Januar 1942 wurden dazu administrativ die Weichen gestellt. Die mit der Ausführung vor allem beauftragte SS errichtete auf ehemals polnischem oder sowjetischem Gebiet [Vernichtungslager](#), in denen die meisten Opfer, in Viehwaggons herangebracht, sofort vergast wurden. Allein in [Auschwitz-](#)

[Birkenau](#) wurden auf diese Art über eine Million Menschen ermordet. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Ermordeten auf ungefähr sechs Millionen.

Zwischenzeitlich hatte Hitler der Sowjetunion den Krieg erklärt ([Russlandfeldzug 1941–1945](#)). Seit Juni 1941 marschierte das Heer scheinbar unaufhaltsam auf Moskau vor und wurde erst im Dezember gestoppt. Nachdem der Kriegsverbündete Japan im selben Monat die amerikanische Marine in [Pearl Harbor](#) überfallen hatte, erklärte Deutschland auch den [USA](#) den Krieg. Mangelnde Ressourcen und die Übermacht des Gegners ließen schon bald die Kriegswende eintreten. Als überdeutliches Zeichen dafür wird gemeinhin die erbittert geführte und verlorene Schlacht um [Stalingrad](#) angeführt, die in der völligen Aufreibung der deutschen 6. Armee endete.

Je unvermeidlicher die Niederlage wurde, desto härter wurde die Politik nach innen geführt. Goebbels rief im Berliner Sportpalast 1943 den „[totalen Krieg](#)“ aus. Die gesamte Produktion wurde nun auf den Krieg ausgerichtet, während die deutschen Armeen an fast allen Fronten zurückwichen und die Alliierten die deutschen Städte [bombardierten](#). Erst als die sowjetischen Armeen schon Berlin eingenommen hatten, nahm sich Hitler am 30. April 1945 in seinem [Führerbunker](#) das Leben. Die deutsche [bedingungslose Kapitulation](#) folgte am 8. Mai. Die überlebenden politischen und militärischen Hauptverantwortlichen wurden später in den [Nürnberger Prozessen](#) verurteilt.

Siehe auch: [Rechtslage des Deutschen Reiches nach 1945](#)

Alliierte Besatzung (1945–1949)

→ *Hauptartikel: [Deutschland 1945–1949](#)*



Die vier [Besatzungszonen](#) gemäß dem [Potsdamer Abkommen](#) (das heißt bereits ohne die von der [Sowjetunion](#) unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellten [Ostgebiete](#))

Die [alliierten Siegermächte](#), zunächst die [USA](#), die [Sowjetunion](#) und das [Vereinigte Königreich](#), später auch [Frankreich](#), bemühten sich anfangs noch um eine gemeinsame Besatzungspolitik. Einig war man sich über eine Demilitarisierung und die sogenannte [Entnazifizierung](#). Aber schon bei der Frage, was man unter einer [Demokratie](#) zu verstehen habe, zeigten sich erste Meinungsverschiedenheiten zwischen der [Sowjetunion](#) einerseits und den Westmächten andererseits.

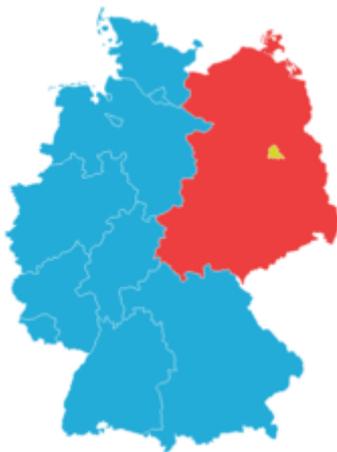
Auf Betreiben Stalins, der [Ostpolen](#) annektiert und der Sowjetunion zugeschlagen hatte, wurden [große Teile des deutschen Ostens](#) als Ausgleich unter polnische [Verwaltung](#) gestellt, wobei Polen die Verwaltungsgebiete direkt als polnisches Staatsgebiet behandelte. So fielen [Hinterpommern](#), [Schlesien](#), [Ostbrandenburg/Neumark](#) und das südliche [Ostpreußen](#) faktisch an [Polen](#), das nördliche Ostpreußen als [Gebiet Kaliningrad](#) an die Sowjetunion – ein Vorgehen, das von den Westmächten auf der [Konferenz von Potsdam](#) nur widerstrebend gebilligt wurde. Die meisten deutschen Bewohner im neuen Einflussbereich der [Sowjetunion](#) wurden aus [Polen](#), der [Tschechoslowakei](#) usw. [vertrieben](#). Dabei verlor Deutschland ein Viertel seines Gebietes, und ein Fünftel seiner Bevölkerung wurde zu Flüchtlingen.

Im Westen des besiegten Deutschen Reiches wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. In der [Sowjetischen Zone](#) (im Westen zunächst [Mitteldeutschland](#) genannt) entstand die [Deutsche Demokratische Republik](#) (DDR). Beide Staaten bezeichneten sich anfangs als staatsrechtlich identisch mit dem Deutschen Reich (vgl. [Deutsches Reich#Staatsrechtliche Fragen](#)), wovon die DDR später aber abrückte, da damit auch Verpflichtungen verbunden waren.

Die Republik Österreich wurde – abgesehen vom endgültigen Verlust [Südtirols](#) – in den früheren Grenzen wiederhergestellt. Die Grenzziehung der [Länder](#) in der Bundesrepublik Deutschland wurde teilweise durch die Grenzen der [Besatzungszonen](#) (vgl. auch [Besatzungsfreie Zone](#)) bestimmt, zum Beispiel zwischen Niedersachsen und Mecklenburg bzw. Sachsen-Anhalt sowie zwischen Thüringen und Hessen.

Teilung und Wiedervereinigung (1949–1990)

→ Hauptartikel: [Geschichte der Bundesrepublik Deutschland \(1945–1990\)](#) und [Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik](#)



Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, [West-Berlins](#) und der [DDR](#) ab 1957



Die [Berliner Mauer](#) (1986)

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 in den drei westlichen [Besatzungszonen](#) gegründet. An diesem Tag wurde das [Grundgesetz](#) als [Provisorium](#) für eine Verfassung in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz enthielt in der Präambel „(...) Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ ein „Wiedervereinigungsgebot“, das im Zuge der [Deutschen Wiedervereinigung](#) verwirklicht werden konnte. [Bonn](#) wurde am 3. November 1949 zur vorläufigen Hauptstadt erklärt.

Die Gründung der [DDR](#) erfolgte am 7. Oktober 1949 in der [Sowjetischen Besatzungszone](#). Nach einer Verwaltungsreform 1952 entstanden daraus 15 Bezirke.

Durch den [Kalten Krieg](#) wurden die Deutschen in Ost und West physisch immer mehr getrennt. Der [Eiserne Vorhang](#) zog sich quer durch Mitteleuropa und teilte auch Deutschland. Mit dem Bau der [Berliner Mauer](#) 1961 wurde der letzte freie Zugang in den Westen gesperrt.

Während in der DDR eine [Planwirtschaft](#) errichtet wurde, entschied sich die Bundesrepublik für die [soziale Marktwirtschaft](#). Das einsetzende [Wirtschaftswunder](#) führte zu anhaltend hohen Wachstumsraten, Vollbeschäftigung und Wohlstand.

Mit der Aufhebung des alliierten [Besatzungsstatuts](#) wurde die Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955 souverän. Diese [Souveränität](#) beschränkte sich auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes, das heißt, die Alliierten behielten ein [Vorbehaltsrecht](#) über *Deutschland als Ganzes* und die [Viersektorenstadt](#) Berlin ein. [Konrad Adenauer](#), der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, verkündete damals: „Heute, fast zehn Jahre nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Nationalsozialismus, endet für die Bundesrepublik Deutschland die Besatzungszeit.“

Die wichtigsten außenpolitischen Meilensteine dieser Ära waren die [Westintegration](#) – 1955 trat [Westdeutschland](#) der NATO bei – und die Beteiligung am wirtschaftlichen Zusammenschluss in Europa, der durch die [Römischen Verträge](#) 1957 einen entscheidenden Schub erhielt. Nach der gewaltsamen Niederschlagung des [Volksaufstandes des 17. Juni 1953](#) wurde die DDR Mitglied im [Warschauer Pakt](#) und dem [RGW](#).

Erst in den 1960er Jahren führten einige politische Affären und das Aufkommen kritischer Ideen insbesondere der Studenten zum Ruf nach einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Eine 1967 einsetzende [Wirtschaftskrise](#), die [Studentenunruhen](#) 1968 und die Wahlerfolge der [NPD](#) verstärkten den Eindruck einer politischen Krise. Die 1966 gebildete [Große Koalition](#) aus CDU und SPD unter Bundeskanzler [Kurt Georg Kiesinger](#) (CDU) verabschiedete eine Reihe grundlegender Gesetzesänderungen ([Notstandsgesetze](#)) und versuchte, sich mit Hilfe der [Globalsteuerung](#) an die wirtschaftlich schwierigeren Zeiten anzupassen.

Mit dem Antritt der [sozialliberalen](#) Regierung unter [Willy Brandt](#) (SPD) 1969 wurden eine Reihe sozialer, gesellschaftlicher und außenpolitischer Reformen umgesetzt. Die „Neue [Ostpolitik](#)“, die auf Verständigung mit Osteuropa setzte, führte zu außenpolitischer Entspannung und brachte Brandt 1971 den [Friedensnobelpreis](#) ein. Den symbolischen Auftakt hatte das [Erfurter Gipfeltreffen](#) 1970 gebildet. Diese Politik wurde aber von Konservativen teilweise scharf kritisiert. Brandt überstand im April 1972 ein konstruktives [Misstrauensvotum](#), und die SPD rettete sich in Neuwahlen.

Brandts zweite Amtszeit (1972–1974) war überschattet von wirtschaftlichen Problemen, zu denen die [Ölkrise](#) 1973 sowie inflationäre Tendenzen aufgrund hoher Tarifabschlüsse geführt hatten. Die versprochenen innenpolitischen Reformen waren nicht bezahlbar. Brandt trat nach der Aufdeckung einer Spionageaffäre um seinen Mitarbeiter [Günter Guillaume](#) zurück.

Sein Nachfolger [Helmut Schmidt](#) (SPD), seit Juni 1974 im Amt, hatte mit steigender Verschuldung und Arbeitslosigkeit, mehreren Wirtschaftskrisen und dem Terror der [RAF](#) zu kämpfen. Als Kanzler und Person bei den Deutschen geschätzt, verlor er jedoch den Rückhalt seiner Fraktion, die zunehmend gegen seine Unterstützung des [NATO-Doppelbeschlusses](#) opponierte.

Nach dem Auseinanderbrechen der Koalition wurde [Helmut Kohl](#) (CDU) nach einem [konstruktivem Misstrauensvotum](#) am 1. Oktober 1982 zum Kanzler gewählt. Er regierte länger als alle seine Vorgänger und gilt als Kanzler der deutschen Einheit. Diese wurde durch die Veränderungen in der Sowjetunion durch [Glasnost](#) und [Perestroika](#) ermöglicht und maßgeblich von den Massendemonstrationen in der DDR sowie der dortigen [Ausreisebewegung](#) vorangetrieben. Am 9. November 1989 musste die DDR-Führung die Mauer öffnen, nachdem ein [Sprecher durch ein Versehen](#) einen Massenansturm auf die Grenzübertrittsstellen ausgelöst hatte.

Bei den ersten freien Wahlen zur [Volkskammer am 18. März 1990](#) gewann das von der [Ost-CDU](#) geführte Parteienbündnis „Allianz für Deutschland“. (Letzter) Ministerpräsident der DDR wurde [Lothar de Maizière](#) (CDU). Nun war der Weg frei für die Deutsche Wiedervereinigung. Diese fand im Einvernehmen mit den Vertretern der Alliierten im Rahmen der „[Zwei-plus-Vier-Gespräche](#)“ statt.

Siehe auch: [Deutschlandvertrag](#), [Pariser Verträge](#)

Von der Bonner zur Berliner Republik (1990–Gegenwart)

→ Hauptartikel: [Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1990](#)



Deutschland seit 1990

Laut [Art. 1](#) Absatz 1 des [Einigungsvertrags](#)^[16] wurden mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß [Art. 23](#) des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen („[Neue Bundesländer](#)“) Länder der Bundesrepublik

Deutschland. Die [Vier Mächte](#) hatten mit dem [Zwei-plus-Vier-Vertrag](#) vom 12. September 1990 die Hoheitsbefugnisse abgegeben, und durch das In-Kraft-Treten am 15. März 1991 konnte das wiedervereinigte Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die volle staatliche [Souveränität](#) wiedererlangen.

Im Rahmen der Wiedervereinigung sollten bis Ende 1994 die fremden Militäreinheiten weitgehend durch den Vertrag vom 12. Oktober 1990 das Land verlassen – die noch verbliebenen der Westalliierten haben keinerlei Hoheitsbefugnisse mehr und unterliegen dem [NATO-Truppenstatut](#). Deutschland verpflichtete sich zur Abrüstung auf maximal 370.000 Soldaten. Mit dem am 14. November 1990 in Warschau unterzeichneten [Deutsch-Polnischen Grenzvertrag](#) wurde die [Oder-Neiße-Linie](#) eine anerkannte Grenze und das Territorium östlich davon endgültig völkerrechtlich [Polen](#) zugesprochen. Im Januar 1997 folgten Deklarationen zur Aussöhnung mit der [Tschechischen Republik](#).



Der [Reichstag](#), Symbol der „*Berliner Republik*“

Mit einer knappen Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen beschloss der Bundestag am 20. Juni 1991, [Bonn](#) als Regierungssitz aufzugeben und Regierung und Parlament nach [Berlin](#) zu verlegen. Durch die Umsetzung des [Berlin/Bonn-Gesetzes](#) ist neben der Hauptstadt Berlin die [Bundesstadt](#) Bonn zweites politisches Machtzentrum Deutschlands. Dort verblieben die ersten Dienstsitze von sechs Bundesministerien; alle anderen haben ihren Zweitsitz in Bonn. Die Mehrzahl der Ministeriumsbeschäftigten arbeiten vereinbarungsgemäß dort; zahlreiche Bundesinstitutionen sowie drei [Verfassungsorgane](#) haben ihren Dienstsitz in der Bundesstadt.

Der neue Sitz des Deutschen Bundestags ist das von Grund auf renovierte [Reichstagsgebäude](#) in Berlin, in dem erstmalig am 19. April 1999 wieder eine Parlamentssitzung stattfand. Bereits zu [West-Berliner](#) Zeiten, bis in die 1970er Jahre, tagten dort das Plenum und einige Ausschüsse; auch der Bundespräsident wurde dort von 1954 bis 1969 gewählt. Seit September 1999 ist die Bundesregierung in Berlin angesiedelt.

Die 1990er Jahre waren nach dem kurzen Boom der Wiedervereinigung von geringer wirtschaftlicher Dynamik, Massenarbeitslosigkeit und [Reformstau](#) geprägt. Insbesondere in den [neuen Bundesländern](#) entwickelte sich die Wirtschaft nicht wie erhofft und angekündigt. Mehrere Reformvorhaben der Bundesregierung scheiterten an der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat. Außenpolitisch setzte sich Kohl insbesondere für eine stärkere Zusammenarbeit im Rahmen der [Europäischen Union](#) und zum Beispiel die [EU-Osterweiterung](#) ein. Als die Bundesrepublik [Jugoslawien](#) 1991 zu zerfallen begann, war Deutschland eines der Länder, welches die Anerkennung der Unabhängigkeit von [Kroatien](#) und [Slowenien](#) durch die westlichen Staaten massiv unterstützte. Eine direkte Teilnahme am [Zweiten Golfkrieg](#) zur Befreiung [Kuwaits](#) lehnte die Bundesregierung mit Blick auf die historische Last ab. Stattdessen leistete Deutschland finanzielle Unterstützung und ersetzte Marineeinheiten der NATO-Partner im

Mittelmeer. Nach Beendigung der Kämpfe half ein Verband der Bundesmarine bei der Räumung von Seeminen im [Persischen Golf](#).

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte kam es in Folge der Bundestagswahl 1998 zu einem vollständigen Regierungswechsel. Die bisherigen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP verloren ihre Bundestagsmehrheit, die bisherigen Oppositionsparteien SPD und [Bündnis 90/Die Grünen](#) bildeten eine [Rot-Grüne Koalition](#) unter Bundeskanzler [Gerhard Schröder](#). Bei der Bundestagswahl 2002 wurde die Bundestagsmehrheit von SPD und Grünen knapp bestätigt.

Die [Rot-Grüne Koalition](#) setzte erste Ansätze für umfassende Veränderungen in der Sozial-, Renten- und Gesundheitspolitik (siehe [Agenda 2010](#)) durch. Mittels der Einnahmen aus der umstrittenen [Ökosteuer](#) gelang es, die [Lohnnebenkosten](#) ([Rentenversicherungsbeiträge](#)) zu reduzieren. Allgemein wurde das Thema Ökologie stärker gewichtet, beispielsweise mit dem Beginn des [Atomausstiegs](#) oder Gesetzesinitiativen zur Reduzierung von [Treibhausgasen](#). Andere Reformen der rot-grünen Regierung waren etwa das [Lebenspartnerschaftsgesetz](#), das neue Staatsbürgerschaftsrecht oder und das [Gewaltschutzgesetz](#). Während Schröder für einige Bundesratsabstimmungen CDU-regierte Länder durch Zugeständnisse dazu bewegen konnte, im Sinne der Bundesregierung abzustimmen, scheiterten andere Reformvorhaben von Rot-Grün, wie das Verbraucherinformationsgesetz, an der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat.

Der erste Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg – 1999 im [Kosovo-Krieg](#) – markierte einen Wendepunkt der deutschen Außenpolitik. Nach dem Anschlag auf das [World Trade Center in New York 2001](#) garantierte Bundeskanzler Schröder den USA die „uneingeschränkte Solidarität“. Deutschland unterstützte im Rahmen des Anti-Terrorkrieges den [Krieg in Afghanistan](#). Deutschland beteiligte sich im Jahre 2003 nicht am [Irakkrieg](#). Dies führte zu Konflikten vor allem mit den [USA](#), aber zu großen Sympathiebekundungen aus der deutschen Bevölkerung gegenüber dem „Friedenskanzler“ Schröder. Die Bundeswehr sicherte die Seewege am [Horn von Afrika](#), entsandte ABC-Spürpanzer nach Kuwait und zog gemäß ihrer internationalen Verpflichtungen deutsche Soldaten nicht aus NATO-[AWACS](#)-Flugzeugen ab, letzteres erkannte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 7. Mai 2008 wegen Verletzung der Rechte des Bundestages als verfassungswidrig. ^[17]

Die [Hartz-IV](#)-Gesetzgebung von 2004 hatte das Ziel, den Arbeitsmarkt zu beleben. Es wuchsen die Proteste gegen eine – insbesondere durch die direkt Betroffenen – als sozial ungerecht empfundene Politik, die Kritiker nicht von der SPD erwartet hatten. Nach durch Rot-Grün verlorenen Landtagswahlen in den Jahren 2004 und 2005 stellte Bundeskanzler Schröder schließlich am 1. Juli 2005 im Bundestag die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG mit dem Ziel, diese absichtlich zu verlieren. Daraufhin löste Bundespräsident [Horst Köhler](#) den 15. Deutschen Bundestag auf und setzte [Neuwahlen für den 18. September 2005](#) an. Da diese Wahl kein Ergebnis zugunsten einer der angestrebten Koalitionen (SPD/Grüne und Union/FDP) ergab und alle Versuche eine Dreiparteienregierung zu bilden scheiterten, einigten sich CDU/CSU und SPD auf die Bildung einer [Großen Koalition](#) unter der Kanzlerschaft von [Angela Merkel](#) (CDU).

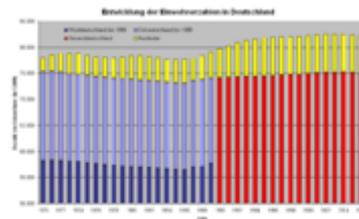
Bevölkerung

Demographie

→ Hauptartikel: [Demographie Deutschlands](#)



Entwicklung der Einwohnerzahlen Deutschlands seit 1800



Entwicklung der Einwohnerzahlen in Deutschland seit 1970, aufgeteilt in Ost-, West-, Gesamtdeutschland und Ausländer

Deutschlands [Geburtenrate](#) ist eine der niedrigsten weltweit. Am 31. Dezember 2006 lebten in der Bundesrepublik Deutschland 82.314.900 [Einwohner](#) auf der Fläche von 357.114 Quadratkilometern. Das Land gehört damit zu den am dichtesten besiedelten Flächenstaaten der Welt. Etwa 75 Millionen Menschen (91 Prozent) sind deutsche [Staatsbürger](#). Von diesen haben wiederum sieben Millionen Bürger einen [Migrationshintergrund](#), das heißt, sie sind

- „[Aussiedler](#)“ bzw. „[Spätaussiedler](#)“ deutscher Nationalität, von denen die meisten aus Staaten der ehemaligen [Sowjetunion](#) (51 Prozent, umgangssprachlich meist als „[Russlanddeutsche](#)“ bezeichnet) und aus Polen (34 Prozent) eingewandert sind. Zwischen 1950 und 2002 waren dies insgesamt 4,3 Millionen Menschen, oder
- im Land geborene oder seit langer Zeit in Deutschland lebende ehemalige Ausländer, die seit der Änderung des [Staatsbürgerschaftsrechts](#) auf eigenen Antrag [eingebürgert](#) wurden.

Von den Einwohnern mit ausschließlich anderer Staatsangehörigkeit (Ende 2006: 7.255.900) stellen die türkischen Staatsangehörigen (1.713.551) die größte Gruppe. Die übrigen sind überwiegend [EU](#)-Bürger (2,1 Millionen). Den größten Anteil haben hier Italiener (528.318), Polen (384.808) und Griechen (294.891). Der Anteil der europäischen Staatsbürger aus Nicht-EU-Ländern (3,2 Millionen) hat sich durch Migration aus dem ehemaligen Jugoslawien (1,0 Millionen; unter anderem durch [Kriegsflüchtlinge](#)) und aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren erhöht. 2006 erwarben 124.556 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft.

Die Zahl der gesamten polnischen [Diaspora](#) in Deutschland, die bereits seit dem 19. Jahrhundert existiert, beläuft sich auf weit über zwei Millionen, wobei die meisten seit Generationen von der einheimischen Bevölkerung assimiliert sind.

Somit ergibt sich ein Gesamtanteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von etwa 17 Prozent, ein Hinweis darauf, dass die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung nicht mehr über Nationalitäten erfasst werden kann. Ein gewisses Maß an Einwanderung wird von politischer Seite im Hinblick auf den Rückgang der [Geburtenzahl](#) und die daraus folgende negative [demographische](#) Entwicklung gewünscht, um die soziale Absicherung der Bevölkerung

nicht zu gefährden, zu starke Zuwanderung aufgrund der daraus resultierenden sozialen Spannungen jedoch abgelehnt.

Angestammte ethnische Minderheiten sind [Dänen](#) (je nach Definition und Quelle etwa 15.000 bis 50.000^[18]), [Friesen](#) (etwa 50.000–60.000^[19]), [Jenische](#) (etwa 412.000), [Sorben](#) (etwa 60.000^[20]) und [Sinti](#) (etwa 70.000^[21]).

Siehe auch: [Ruhrpolen](#)

Sprachen und Dialekte

Die in Deutschland gebräuchlichste Sprache ist [Deutsch](#). Deutsch ist Amtssprache, wird als [Standardsprache](#) in den überregionalen Medien und als Schriftsprache verwendet. Als Sprache des Alltags wird es in vielen Regionen fast ausschließlich gesprochen (oft regional leicht eingefärbt). Daneben gibt es unterschiedlich stark vertretene [Dialekte](#).

Neben der deutschen Sprache sind regional auch die Sprachen der seit langem in Deutschland ansässigen Minderheiten als offizielle Sprachen anerkannt: [Dänisch](#), [Friesisch](#), [Niederdeutsch](#)^[22] und [Sorbisch](#).^[23] Die Sprache der [Sinti](#) und [Roma](#), [Romanes](#) sowie die [jenische Sprache](#) der [Jenischen](#) sind keine Amtssprachen. Die Zahl der Sprecher dieser Minderheitensprachen und Dialekte ist jedoch vergleichsweise klein und nimmt tendenziell ab. Es gibt Bestrebungen, diesem Trend durch Unterricht in Kindergarten und Grundschule entgegen zu wirken.

Ehemals verbreitete Sprachen wie [Moselromanisch](#) (im 11. Jahrhundert ausgestorben), [Polabisch](#) (im 18. Jahrhundert ausgestorben) oder [Jiddisch](#) werden heute nicht mehr gesprochen.

Die Verwendung von Dialekten wird von manchen Menschen als Makel, von anderen als kulturelle Bereicherung empfunden. Im norddeutschen Raum verwenden Angehörige der höheren Bildungsschichten seltener die regionale Mundart, während im süddeutschen Sprachraum selbst in akademischen Kreisen der Gebrauch des Dialekts üblich ist. Da das Standarddeutsche sich aus hochdeutschen (mittel- und oberdeutschen) Sprachformen entwickelt hat und die niederdeutschen Dialekte verdrängt hat, sprechen Norddeutsche tendenziell eher ein dialektfreies Deutsch als die Bevölkerung in den südlichen zwei Dritteln des Landes.

Die von [Gehörlosen](#) verwendete [Deutsche Gebärdensprache](#) ist seit 2002 in Deutschland als eigenständige Sprache anerkannt.

Seit der Einwanderung der [Germanen](#) in das heutige Gebiet Deutschlands sind immer wieder neuere [Zuwanderer](#) hinzugekommen, die auch ihre jeweiligen Sprachen mitbrachten (zum Beispiel die [Römer](#) in den [Kolonien](#) Germaniens, die [Hunnen](#) während der [Völkerwanderung](#), die [Hugenotten](#) seit dem 17. Jahrhundert, die [Ruhrpolen](#) im 19. Jahrhundert). Während die Nachkommen der älteren Zuwanderungswellen inzwischen sprachlich weitestgehend [assimiliert](#) sind, verwenden diejenigen Zuwanderer, die erst in den vergangenen Jahrzehnten gekommen sind (unter anderem die sogenannten [Gastarbeiter](#), aber auch Flüchtlinge), untereinander neben dem Deutschen noch häufig ihre Muttersprache, vor allem [Türkisch](#) (ca. zwei Millionen). Daneben ist auch die [russische Sprache](#) verbreitet, zum einen unter [jüdischen Kontingentflüchtlingen](#), aber auch unter [Russlanddeutschen](#), die zum Teil russische Muttersprachler sind. Die Angaben zur Anzahl russischer Muttersprachler variieren je nach Quelle stark. Auch die Zahl der Personen, deren Alltagssprache [Polnisch](#) ist, wird relativ hoch vermutet. Hierbei variiert die Zahl ebenfalls je nach Quelle.

Die an Schulen vorrangig gelehrt [Fremdsprache](#) ist [Englisch](#), gefolgt von [Französisch](#) und [Latein](#) und danach von [Russisch](#). In den letzten Jahren ist auch [Spanisch](#) immer beliebter geworden. Die Entscheidung über die unterrichteten Fremdsprachen haben die Schulministerien in den einzelnen Bundesländern. Weitere Fremdsprachen wie zum Beispiel [Chinesisch](#) oder [Italienisch](#) können Schüler an manchen Schulen als [Arbeitsgemeinschaft](#) (AG) wählen.

Siehe auch: [Deutsche Sprache](#), [Deutsche Mundarten](#)

Religionen

→ Hauptartikel: [Religionen in Deutschland](#)



[Martin Luther](#)



Joseph Kardinal Ratzinger, seit 2005 [Papst Benedikt XVI.](#)



Die [Sehitlik-Moschee](#) in Berlin ist eine der wenigen architektonisch voll ausgeprägten Moscheen in Deutschland.

In Deutschland wird die [Religionsfreiheit](#) als [Grundrecht](#) garantiert. Gleichwohl ist die [Trennung von Kirche und Staat](#) nicht vollständig: In vielen sozialen und schulisch-kulturellen Bereichen bestehen Verflechtungen, beispielsweise über kirchliche, aber staatlich mitfinanzierte, Trägerschaft von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern oder Pflegeheimen. Ebenso berufen sich einige deutsche Parteien auf die christliche Tradition des Landes. Die christlichen Kirchen besitzen den Status von [Amtskirchen](#), sie sind demnach zwar keine staatliche Institution, aber [Körperschaften des öffentlichen Rechts](#).

Wie der größte Teil West- und Mitteleuropas ist das heutige Deutschland in einem bis zur Antike zurückreichenden historischen und kulturellen Kontext christlich-abendländisch, und seit etwa dem 18. Jahrhundert ebenso aufgeklärt-wissenschaftlich geprägt. Dieser Prägung liegen Einflüsse aus der antiken griechischen und römischen Kultur ebenso zugrunde wie jüdische und christliche Traditionen, die sich seit Beginn der Christianisierung Nordwesteuropas, ab etwa dem 4. Jahrhundert, mit germanischen Traditionen vermischt hatten. Das Gebiet des heutigen Deutschland wurde seit dem frühen Mittelalter [christianisiert](#). In der [fränkischen](#) Zeit wurde im Reich Karls des Großen die entsprechende Missionierung, teilweise durch Zwangsmaßnahmen abgeschlossen. Im [Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation](#) begann die christliche [Reformation](#) Anfang des 16. Jahrhunderts, angeführt von [Martin Luther](#). Sie prägt die religiöse Landschaft im deutschen Sprachraum bis heute mit.

Die Mehrheit der deutschen Staatsbürger gehört einer [christlichen Konfession](#) an: [Römisch-Katholische Kirche](#) 31,2 Prozent (tendenziell überwiegend in West- und Süddeutschland), [Evangelische Kirche in Deutschland](#) ([Lutheraner](#), [Reformierte](#) und [Unierte](#)) 30,8 Prozent (tendenziell vor allem in Nord- und historisch in Ostdeutschland), [orthodoxe Kirche](#) und orientalische Kirchen insgesamt 3 Prozent, [Neuapostolische Kirche](#) 0,46 Prozent, [Zeugen Jehovas](#) 0,2 Prozent, und ein geringer Anteil von Angehörigen christlicher [Freikirchen](#). Die Anzahl der Gottesdienstbesucher ist geringer. Durchschnittlich 3,6 Millionen Menschen (oder 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung) besuchten 2006 die sonntäglichen Gottesdienste der Katholischen Kirche, eine Million (oder 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung) jene der Evangelischen Kirche.

38,0 Prozent der Gesamtbevölkerung gehören keiner der beiden großen [Religionsgemeinschaften](#) an. In den neuen Bundesländern liegt der prozentuelle Anteil zwischen 66,1 Prozent (Thüringen) und 80,6 Prozent (Sachsen-Anhalt). Die DDR hatte eine [atheistische](#) Weltanschauung propagiert und vermittelt (siehe [Jugendweihe](#)) und den [Kirchenaustritt](#) gefördert. In den [alten Bundesländern](#) ist die Anzahl der Konfessionslosen geringer, deren Anteil liegt zwischen 20,9 Prozent in Bayern und 69,0 Prozent in Berlin (letzteres allerdings einschließlich dem ehemaligen Ost-Berlin). (Statistik der EKD, Stand: 31. Dezember 2005.)^[24]

[Islamische Gemeinden](#) haben etwa 3,2 Millionen Mitglieder (3,9 Prozent der Einwohner) und sind vorwiegend ausländischer Herkunft, davon mittlerweile etwa 732.000 deutsche Staatsangehörige (knapp 0,9 Prozent der deutschen Staatsbürger); 9,1 Prozent aller 2004 geborenen Kinder haben muslimische Eltern.^[25] Um für die Vielzahl an islamischen Organisationen einen Dachverband zu erhalten, der für Außenstehende als Ansprechpartner fungieren kann, wurde der [Koordinierungsrat der Muslime](#) gegründet.

Die [Deutsche Buddhistische Union](#) geht von einer Zahl von 250.000 aktiven Buddhisten in Deutschland aus, die Hälfte davon eingewanderte Asiaten.^[26] Dies entspricht 0,3 Prozent der Bevölkerung.

106.000 Personen der Bevölkerung gehören [jüdischen Gemeinden](#) an. Seit den 1990er Jahren verzeichnen diese einen starken Zuwachs durch Zuwanderer aus [Osteuropa](#), vor allem aus der [Ukraine](#) und aus [Russland](#). Nach Frankreich und dem Vereinigten Königreich ist in Deutschland die drittgrößte jüdische Gemeinschaft Europas.

Von den Mitgliedern bestimmter christlicher Kirchen sowie der jüdischen Gemeinden erhebt der [Staat](#) traditionell eine [Kirchensteuer](#) und leitet diese an die jeweiligen Kirchen (bzw. an den [Zentralrat der Juden in Deutschland](#)) weiter.

Des Weiteren ist der [Religionsunterricht](#) laut Grundgesetz fakultatives, aber dennoch ordentliches Unterrichtsfach in den Schulen (mit Ausnahme weniger Länder wie Bremen, Berlin und Brandenburg). Dieser Unterricht wird oft von einem Vertreter einer der beiden großen christlichen Amtskirchen abgehalten.

Wirtschaft

→ *Hauptartikel:* [Wirtschaft Deutschlands](#)



[Frankfurt am Main](#), Deutschlands Finanzzentrum

Deutschland ist relativ [rohstoffarm](#), seine Wirtschaft ist vorwiegend auf den sekundären (Industrie) und tertiären (Dienstleistung) [Wirtschaftssektor](#) konzentriert. Mehr als die Hälfte der Landesfläche wird [landwirtschaftlich](#) genutzt, jedoch sind nur zwei bis drei Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Deutschland ist mit einem [Bruttoinlandsprodukt](#) von etwa 2,4 Billionen Euro (Stand: 2007) die drittgrößte [Volkswirtschaft](#) und [Industriation](#) der Welt.

Zudem ist Deutschland die weltgrößte Exportnation. Beim Lebensstandard liegt Deutschland laut dem [Human Development Index](#) auf Platz 22 in der Welt. In der [EU](#) nimmt Deutschland nach dem [BIP](#) je Einwohner den elften Rang ein.

Im Jahre 2006 zog die Binnennachfrage wieder an, so dass 2006 ein Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent erreicht wurde. Ob dies nur ein vorübergehender Effekt durch die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung 2007 war, bleibt abzuwarten. Auch die Zahl der Arbeitslosen stieg im Winter 2006/2007 bei weitem nicht so stark wie in den fünf vorgehenden Wintern. Im Außenhandel ist Deutschland weiterhin sehr erfolgreich (Exporte 2006: +13 Prozent auf 894 Milliarden Euro). Das Land verzeichnet seit Jahrzehnten mit großem Abstand mehr Exporte als jedes andere Land der Welt und wird daher oft mit dem Schlagwort „[Exportweltmeister](#)“ bezeichnet. Die [Arbeitslosigkeit](#) stieg zwar seit der [Ölkrise](#) in 1970er Jahren von [Konjunkturzyklus](#) zu Konjunkturzyklus an und wird, insbesondere in [Ostdeutschland](#), weiterhin als hoch empfunden, ist aber in den Aufschwungjahren seit 2006 wieder rückläufig.



Das [Volkswagenwerk](#) in [Wolfsburg](#)

Die Suche nach der Ursache der relativ hohen Arbeitslosenrate spaltet derzeit die Gesellschaft: Unternehmerverbände und [neoliberale](#) Ökonomen sehen den in Deutschland traditionell stark ausgebauten [Sozialstaat](#) als Verursacher weiteren Arbeitsplatzabbaus, da die geringen Lohnkosten in osteuropäischen Nachbarstaaten zur Verlagerung der Produktion in eben diese verleiten, obwohl auch Länder mit einem ausgebauten Sozialstaat und einer hohen Staatsquote eine hohe Wirtschaftsdynamik aufweisen (Schweden, Finnland, Norwegen, Österreich).

[Gewerkschaften](#) und [Globalisierungskritiker](#) argumentieren mit [keynesianistischen](#) Modellen und behaupten, dass die Binnennachfrage durch Kürzungen im Sozialbereich geschwächt werde.

Als Ursache gilt auch, dass die Staatsausgaben zu einem großen Teil über Sozialabgaben finanziert werden, die die Arbeitsplätze verteuern anstatt den Staat stärker über arbeitsplatzunabhängige Steuern zu finanzieren. Zudem fehlte nach der Wiedervereinigung eine ausreichende ökonomische Basis für die politisch motivierte Angleichung ostdeutscher [Löhne](#) an das Westniveau.

Als weltweit konkurrenzfähigste Branchen der deutschen Industrie gelten die [Automobil-](#), [Nutzfahrzeug-](#), [elektrotechnische](#), [Maschinenbau-](#) und [Chemieindustrie](#).

Siehe auch: [Liste der Länder nach Bruttoinlandsprodukt](#)

Steuern

In Deutschland werden viele verschiedene Steuern erhoben. Neben verschiedenen Verkehrsteuern (zum Beispiel Umsatzsteuer) erzielt der Staat einen Großteil seiner Einnahmen aus Steuern vom Einkommen und Ertrag: Hierzu zählen die [Einkommen-](#), die [Körperschaft-](#) sowie die [Gewerbsteuer](#).

Insofern Produkte oder Dienstleistungen der [Umsatzsteuer](#) unterliegen, beträgt der Steuersatz in Deutschland 19 (allgemeiner Satz) oder 7 Prozent (ermäßigter Satz, zum Beispiel Lebensmittel etc.). Umgangssprachlich bzw. EU-rechtlich wird die Umsatzsteuer auch Mehrwertsteuer genannt.

Recht

Geschichte

Das Deutsche Recht hat eine lange, bis in germanische Zeit zurückreichende, Tradition. Im Mittelalter wurden bedeutende Rechtssammlungen wie der [Sachsenspiegel](#) angelegt, die nicht Recht setzen, sondern vorhandenes Gewohnheitsrecht fixieren sollten. Ab dem 12. Jahrhundert wurde im Heiligen Römischen Reich vermehrt das [Römische Recht](#) eingeführt und

übernommen, welches wegen seiner Rationalität und Wissenschaftlichkeit als dem einheimischen germanischen Recht überlegen empfunden wurde. Aufgrund der staatlichen Zersplitterung gab es aber bis ins 19. Jahrhundert hinein kein einheitliches deutsches Recht. Nur wenige Kodifikationen galten für das ganze [deutsche Reich](#) („Altes Reich“), beispielsweise die [Constitutio Criminalis Carolina](#). Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war die Einrichtung des [Reichskammergerichts](#) im Jahr 1495 als Rechtsmittelgericht des Reichs gegen Entscheidungen der Gerichte der einzelnen deutschen Staaten. Allerdings wurde dessen Funktionsfähigkeit dadurch geschmälert, dass bestimmte deutsche Staaten das [Privilegium de non appellando](#) besaßen, also das Privileg, dass gegen Entscheidungen der Gerichte dieser Staaten kein Rechtsmittel zum Reichskammergericht gegeben war. Im 18. Jahrhundert erließen einzelne deutsche Staaten, zum Beispiel Preußen und Österreich, einzelne wegweisende und vom Geist der [Aufklärung](#) geprägte Gesetzeskodifikationen wie das [Allgemeine Preußische Landrecht](#).

Nach der napoleonischen Ära herrschte im Deutschen Bund weiterhin Rechtszersplitterung: In den ehemaligen [Rheinbund](#)-Staaten galt der [Code Civil](#), in Preußen das Allgemeine Preußische Landrecht, während in den übrigen Staaten teilweise noch römisches und germanisches Recht angewendet wurde.

Erst mit Schaffung der staatlichen Einheit im Jahr 1871 war schließlich die Voraussetzung für eine einheitliche Gesetzeskodifikation im gegründeten Deutschen Reich gegeben: Bereits 1871 wurde das [Reichsstrafgesetzbuch](#) verabschiedet, zum 1. Oktober 1879 traten die [Reichsjustizgesetze](#) in Kraft, die die Rechtspflege regelten und vereinheitlichten: [Gerichtsverfassungsgesetz](#), [Zivilprozessordnung](#), [Strafprozessordnung](#), [Konkursordnung](#) und weitere Einführungs- und Nebengesetze. Zum 1. Oktober 1879 nahm auch das [Reichsgericht](#) als oberstes Gericht des Reichs seine Arbeit auf. Im symbolträchtigen Jahr 1900 traten schließlich das [Bürgerliche Gesetzbuch](#) und das [Handelsgesetzbuch](#) in Kraft und schufen auch auf dem Gebiet des [Zivilrechts](#) und des [Handelsrechts](#) Rechtseinheit.

Die nationalsozialistische Herrschaft führte zur völligen Pervertierung des Rechts als Mittel der Gewaltherrschaft, wofür hier stellvertretend die Terrorurteile des [Volksgerichtshofs](#) zu nennen sind. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde in Deutschland dann wieder ein Rechtsstaat geschaffen. Auf dem Gebiet der DDR hingegen, wo die Doktrin der „einheitlichen sozialistischen Staatsmacht“ galt und Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichte unbekannt waren, kehrten erst mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit im Jahr 1990 wieder rechtsstaatliche Verhältnisse ein.

Rechtswesen

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als [Rechtsstaat](#) ([Art. 28](#) Abs. 1 Satz 1 [GG](#)), was bedeutet, dass staatliche Tätigkeit nur durch das Recht begründet werden kann und durch das Recht begrenzt wird. Wer durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt wird, hat das Recht, bei Gericht um Rechtsschutz hiergegen nachzusuchen ([Art. 19](#) Abs. 4 [GG](#)). Die [Richter](#) sind unabhängig und unterliegen keinerlei Weisungen.

Die [Rechtsprechung](#) wird im Wesentlichen von Gerichten der Bundesländer ausgeübt: In [Zivilsachen](#) und [Strafsachen](#) durch die [Amtsgerichte](#), die [Landgerichte](#) und die [Oberlandesgerichte](#), in Arbeitssachen durch die [Arbeitsgerichte](#) und die Landesarbeitsgerichte, in [Verwaltungsrechtssachen](#) durch die [Verwaltungsgerichte](#) und die Oberverwaltungsgerichte (in manchen Bundesländern Verwaltungsgerichtshof genannt), in Sozialrechtssachen durch die [Sozialgerichte](#) und die Landessozialgerichte und in Finanzgerichtssachen durch die [Finanzgerichte](#). Als Bundesgericht besteht für den gewerblichen Rechtsschutz das

[Bundespatentgericht](#). Daneben existieren als Rechtsmittelgerichte die obersten Gerichtshöfe des Bundes ([Art. 95 GG](#)): Der [Bundesgerichtshof](#) als oberstes Zivil- und Strafgericht, das [Bundesarbeitsgericht](#), das [Bundesverwaltungsgericht](#), das [Bundessozialgericht](#) und der [Bundesfinanzhof](#). Für verfassungsrechtliche Streitigkeiten besteht außerdem das [Bundesverfassungsgericht](#) ([Art. 93 GG](#)).

Siehe auch: [Systematische Struktur Deutsches Recht](#)

Verkehr



[Verkehrswegebündelung](#) im europäischen Korridorkonzept

Aufgrund dessen zentraler Lage in Europa besteht in Deutschland ein sehr hohes Verkehrsaufkommen. Insbesondere für den [Güterverkehr](#) stellt es ein wichtiges [Transitland](#) dar. Durch das Konzept der [Transeuropäischen Netze](#) soll Deutschland als Transferraum zwischen dem ersten europäischen [Kernwirtschaftsraum](#) (der sogenannten [Blauen Banane](#), zu der auch Westdeutschland gehört) und dem Kernwirtschaftsraum in [Ostmitteleuropa](#), zu dem auch Ostdeutschland gehört, gefördert werden. Wichtige Projekte in diesen Netzen sind die [Eisenbahnachse Berlin–Palermo](#) und die [Magistrale für Europa](#). Ferner ist Deutschland der westliche Ausgangspunkt einiger [Paneuropäischer Verkehrskorridore](#).

Der Güterverkehr hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stetig von der Schiene auf die Straße verlagert, so dass die Bundesregierung 2005 eine [Autobahnmaut](#) für LKW eingeführt hat. Aber auch der [Individualverkehr](#) hat stark zugenommen, so dass auf deutschen Straßen ein im internationalen Vergleich sehr hohes Verkehrsaufkommen herrscht, auch wegen des regen Transitverkehrs, der durch Deutschlands geographische Kernlage in Europa bedingt ist. Dennoch wurden im Bereich des Schienenverkehrs vor allem Nebenstrecken sowie [Güter-](#) und [Rangierbahnhöfe](#) stillgelegt sowie Personenfernverkehrsverbindungen eingestellt. Auch für die Zukunft wird eine starke Zunahme des Verkehrs erwartet. Deshalb sieht der [Bundesverkehrswegeplan](#) 2003 im Zeitraum 2001–2015 ein Investitionsvolumen von insgesamt etwa 150 Milliarden Euro vor, um den erwarteten Zuwachs im motorisierten Personenverkehr um 20 Prozent (1997–2015) und im Güterverkehr um 64 Prozent (1997–2005) zu bewältigen.

Straße

→ Hauptartikel: [Straße](#) und [Straßenverkehr](#)



Verlauf der [Autobahnen](#)

Bereits die Römer legten gepflasterte [Straßen in Deutschland](#) an, die aber wieder verfielen. Die ersten [Chausseen](#) wurden im 18. Jahrhundert erbaut. Die Erfindung des Automobils gab dem Straßenbau neue Impulse. Die erste Autobahn der Welt, die [AVUS](#) in Berlin, wurde 1921 in Deutschland gebaut. Der [Straßenverkehr](#) hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die [Eisenbahn](#) als wichtigsten Verkehrsträger abgelöst. Deutschland besitzt eines der dichtesten [Straßennetze](#) der Welt. Das [Bundesfernstraßennetz](#) umfasste am 1. Januar 2007 12.531 Kilometer [Autobahnen](#) und 40.711 Kilometer [Bundesstraßen](#). Weiterhin umfasste das überörtliche Straßennetz 86.597 Kilometer [Landesstraßen](#), 91.520 Kilometer [Kreisstraßen](#) und die [Gemeindeverbindungsstraßen](#).

Im Jahr 2006 starben 5.094 Menschen im Straßenverkehr; diese Zahl der Verkehrstoten sinkt jedoch stetig. Um die Gefahren und Belastungen des Straßenverkehrs zu reduzieren, wurden in vielen deutschen Städten [Fußgängerzonen](#), [verkehrsberuhigte Zonen](#) und [Tempo-30-Zonen](#) eingerichtet.

[Eisenbahn](#)

→ *Hauptartikel:* [Geschichte der Eisenbahn in Deutschland](#)



[ICE 3](#) im [Kölner Hauptbahnhof](#)

Deutschland verfügt über ein [Eisenbahnnetz](#) von etwa 35.000 Kilometern Länge. Es wird täglich von bis zu etwa 50.000 Personen- und Güterzügen befahren.

Im Rahmen der [Bahnreform](#) wurden die [Staatsbahnen Deutsche Bundesbahn](#) (West) und [Deutsche Reichsbahn](#) (Ost) zum 1. Januar 1994 in das privatwirtschaftliche Unternehmen [Deutsche Bahn AG](#) überführt. Es organisiert den Großteil des Eisenbahnverkehrs in Deutschland. Neben der DB AG befahren rund 350 weitere [Eisenbahnverkehrsunternehmen](#) (zumeist [nichtbundeseigene Eisenbahnen](#)) das deutsche Eisenbahnnetz. Während sich der Staat aus dem operativen Betrieb zurückgezogen hat, finanziert er den Großteil des Netzerhalts und -ausbaus sowie (über [Regionalisierungsmittel](#)) weitgehend den Regionalverkehr.

Regionalverkehr ([Regional-Express](#) (RE), [Regionalbahn](#) (RB), [S-Bahnen](#) und [Interregio-Express](#) (IRE)) und Fernverkehr ([InterCity](#) (IC) und [Intercity-Express](#) (ICE)) fahren weitgehend nach [Taktfahrplan](#). Für Fernzüge stehen [Schnellfahrstrecken](#) in einer Gesamtlänge von etwa 2000 Kilometer zur Verfügung.

Während die [Marktanteile](#) der Eisenbahn über lange Jahre kontinuierlich zurückgingen und deshalb umfangreiche [Rationalisierungsmaßnahmen](#) durchgeführt wurden, steigen ihre Anteile seit etwa 2005 wieder, insbesondere im Güterverkehr, kontinuierlich. Mit einem Wachstum der Verkehrsleistung von über zehn Prozent pro Jahr ist der Schienengüterverkehr der am schnellsten wachsende Verkehrsträger in Deutschland.

Die dritte Stufe der Bahnreform, in Form einer teilweisen [Kapitalprivatisierung](#) der Deutschen Bahn AG, steht im Kreuzfeuer öffentlicher Kritik.

Siehe auch: [Liste deutscher Eisenbahngesellschaften](#), [Liste von Eisenbahnstrecken in Deutschland](#)

Luftverkehr

→ *Hauptartikel:* [Luftverkehr](#)

Der [Flughafen Frankfurt am Main](#) ist das Drehkreuz der deutschen Fluggesellschaft [Lufthansa](#) und gemessen an der Anzahl abgefertigter Passagiere der drittgrößte Flughafen Europas, gemessen am Frachtaufkommen der größte Flughafen Europas. Der [Flughafen München](#) hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen, bleibt mit knapp 32 Millionen Passagieren jährlich aber noch weit hinter Frankfurt mit 52,8 Millionen Passagieren zurück. Im Bau befindet sich derzeit der Großflughafen [Berlin Brandenburg International](#), der nach seiner für das Jahr 2011 geplanten Inbetriebnahme voraussichtlich der drittgrößte Flughafen Deutschlands nach Frankfurt/Main und München sein wird.

Mit rund 430 [Flughäfen](#) und [Flugplätzen](#) verfügt Deutschland über die größte Dichte an Start- und Landeplätzen weltweit.

Siehe auch: [Liste der Verkehrsflughäfen](#) und [Liste deutscher Flugplätze](#)

Seeverkehr und Schifffahrt





Die [Landungsbrücken](#) in [Hamburg-Sankt Pauli](#)

Aufgrund des überproportional hohen [Außenhandelsanteils](#) ist Deutschland in erheblicher Weise auf den [Seehandel](#) angewiesen. Es verfügt über eine Anzahl moderner [Seehäfen](#), wickelt aber auch große Anteile seines Handels nach [Übersee](#) über die Häfen von Nachbarländern, vor allem der [Niederlande](#), ab. Um künftig wieder größere Anteile in eigenen Häfen umzuschlagen, gibt es derzeit mehrere große Bauprojekte. Dazu gehört der Bau eines vierten [Container-Terminals in Bremerhaven](#), die geplante – und sehr umstrittene – Vertiefung von [Weser](#) und [Elbe](#) und der neue [Tiefwasserhafen JadeWeserPort](#) in [Wilhelmshaven](#). Er wird als einziger echter Tiefwasserhafen in Deutschland ab 2010 die größten dann in Fahrt befindlichen [Containerschiffe](#) abfertigen können. Die drei umschlagstärksten Seehäfen in Deutschland sind [Hamburg](#), [Wilhelmshaven](#) und [Bremen](#) mit [Bremerhaven](#). Der wichtigste Ostseehafen ist [Lübeck](#).

Wichtigste Seeschiffahrtsstraßen sind Unterelbe und Unterweser. Der [Nord-Ostsee-Kanal](#) ist auch für den Transitverkehr bedeutsam. Vor der deutschen Ostseeküste liegt mit der [Kadetrinne](#) die meistbefahrene und unfallgefährdete Schiffsroute der Ostsee.

Es gibt in Deutschland ein gut ausgebautes Netz von [Wasserstraßen](#) für die [Binnenschifffahrt](#). Die wichtigsten schiffbaren Flüsse sind [Rhein](#), [Main](#), [Weser](#) und [Elbe](#). Bedeutende Binnenkanäle sind der [Mittellandkanal](#), der [Dortmund-Ems-Kanal](#), der [Rhein-Herne-Kanal](#) und der [Elbeseitenkanal](#). Der [Main-Donau-Kanal](#) überwindet die große europäische [Wasserscheide](#) und ermöglicht so einen direkten Schifffahrtsweg von der Nord- und Ostsee zum [Schwarzen Meer](#). Der Komplex der [Duisburg-Ruhrorter Häfen](#) ist mit einem Umschlag von mehr als 70 Millionen Tonnen der wichtigste und umschlagsstärkste [Binnenhafen](#) Deutschlands und zudem der größte Binnenhafen der Welt, gefolgt vom [Mannheimer Hafen](#).

Gesellschaft

Soziales, Sozialpolitik

In Deutschland ist die rechtliche [Gleichstellung](#) der Geschlechter weitgehend verwirklicht. Auch bietet Deutschland seinen Bewohnern vergleichsweise umfangreiche rechtliche Ansprüche auf soziale Absicherung. Für Arbeitnehmer besteht eine Pflichtmitgliedschaft in der [Sozialversicherung](#), die aus fünf sogenannten Säulen besteht: [Krankenversicherung](#), [Unfallversicherung](#), [Rentenversicherung](#), [Arbeitslosenversicherung](#) und [Pflegeversicherung](#). Diese soziale Grundsicherung wird grundsätzlich durch Beiträge der Versicherten finanziert, die Defizite allerdings durch Steuergelder ausgeglichen.

Ungeachtet dieser sozialrechtlichen Ansprüche lebten in Deutschland 2003 etwa 15 Prozent der Kinder bis 15 Jahre und mehr als 19 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren unterhalb der Armutsgrenze, wobei die Armut von Kindern in Deutschland nach UN-Angaben stärker wächst als in den meisten anderen Industrieländern. Auch die Zahl der funktionalen Analphabeten liegt in Deutschland noch immer, je nach Abgrenzungsmethode, zwischen etwa 6,5 Prozent und mehr als 11 Prozent der erwachsenen Bevölkerung.

Die [Geschichte der Sozialversicherung](#) beginnt im Kaiserreich. Spätere Regierungen haben sie nach und nach erweitert und um zusätzliche soziale Transferleistungen ergänzt, wodurch heute ein großer Teil des Staatshaushaltes für Soziales verwendet wird.

unwahrscheinlicher, dass Arbeiterkinder das [Abitur](#) oder einen Hochschulabschluss erreichen, als Kinder aus den Mittel- oder Oberschichten. Die Ausgaben für Bildung (4,6 Prozent des [Bruttoinlandsprodukts](#)) liegen im OECD-Vergleich unter dem Durchschnitt. Die schulische Förderung im Grundschulalter gilt als verbesserungswürdig, insbesondere was Betreuungsmöglichkeiten und gezielte Förderung schwächerer Schüler angeht.

Wissenschaft

In Deutschland sind [Universitäten](#), [Technische Universitäten](#) und [Fachhochschulen](#) Einrichtungen der Forschung und wissenschaftlichen [Lehre](#). Die (Technischen) Universitäten sind zu [Promotions-](#) und [Habilitationsverfahren](#) berechtigt. Beide Verfahren sollen Bildung nachweisen und wissenschaftliche Erkenntnisse enthalten. Mit der Einführung internationaler Abschlussbezeichnungen im Zuge des [Bologna-Prozess](#) wird die bisherige Trennung in den Bezeichnungen im [tertiären, akademischen Bildungsbereich](#) zwischen Fachhochschulen und Universitäten aufgeweicht. Einzelne Hochschuleinrichtungen bilden überhaupt nicht im tertiären Bildungsbereich aus, sondern sind zur postgradualen Bildung oder ausschließlich zur Promotion und Habilitation eingerichtet. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Hochschulen sind in öffentlicher Trägerschaft, werden aber in ihrer Forschung über [Drittmittel](#) finanziert ([Deutsche Forschungsgemeinschaft](#), [Stiftungen](#), Unternehmen und andere).

Neben den Universitäten gibt es eine größere Anzahl von Forschungsorganisationen, die deutschlandweit und darüber hinaus tätig sind. Dabei wurde in Deutschland ein System der Arbeitsteilung zwischen der außeruniversitären Forschung und den Universitäten aber auch zwischen den Organisationen geschaffen. Die [Max-Planck-Gesellschaft](#) verpflichtet sich der [Grundlagenforschung](#). Sie führt 78 Institute in Deutschland und besitzt ein Jahresbudget von 1,3 Milliarden Euro. Die [Helmholtz-Gemeinschaft](#) ist die größte wissenschaftliche Gesellschaft in Deutschland und betreibt 15 sogenannte Großforschungszentren, die fächerübergreifend an wissenschaftlichen Komplexen arbeiten. Die [Fraunhofer-Gesellschaft](#) ist die größte Organisation der [angewandten Forschung](#). Sie greift in ihren 56 Instituten Ergebnisse der Grundlagenforschung auf und versucht sie wirtschaftlich zu erschließen. Sie stellt der Wirtschaft die Dienstleistung der [Auftragsforschung](#) bereit. Weltweite Bekanntheit erlangte sie durch die Entwicklung des [MP3](#)-Audioformats. Sie gehört zu den wichtigsten [Patentanmeldern](#) und -besitzern in Deutschland. Die [Leibniz-Gemeinschaft](#) ist ein Verbund eigenständiger Forschungseinrichtungen, die sowohl in der Grundlagenforschung als auch in der angewandten Forschung arbeiten.



[Alexander von Humboldt](#) (1769–1859)

Aus Deutschland stammen zahlreiche Forscher aus allen Bereichen der modernen Wissenschaften. [Albert Einstein](#) und [Max Planck](#) begründeten mit ihren Theorien wichtige Säulen der [theoretischen Physik](#), auf denen beispielsweise [Werner Heisenberg](#) und [Max Born](#) weiter aufbauen konnten. [Wilhelm Conrad Röntgen](#), der erste Physik-Nobelpreisträger, entdeckte und untersuchte die nach ihm benannten [Strahlen](#), die heute eine kaum wegzudenkende Rolle unter anderem in der medizinischen Diagnostik und der Werkstoffprüfung spielen. [Heinrich Rudolf Hertz](#) schrieb bedeutende Arbeiten zur elektromagnetischen Strahlung, die für die heutige [Telekommunikationstechnik](#) maßgeblich sind. Die Entwicklungen von [Nikolaus Otto](#), [Rudolf Diesel](#), [Gottlieb Daimler](#) und [Carl Benz](#) haben das [Verkehrswesen](#) revolutioniert, die nach Ihren Erfindern benannten [Bunsenbrenner](#) und [Zeppeline](#) sind weltweit ein Begriff. Die [chemische Forschung](#) wurde unter anderem von [Otto Hahn](#) und [Justus von Liebig](#) mit geprägt. Mit ihren erfolgreichen Erfindungen sind Namen wie [Johann Gutenberg](#), [Werner von Siemens](#), [Wernher von Braun](#), [Konrad Zuse](#) und [Johann Philipp Reis](#) Bestandteile der der technologischen Allgemeinbildung. Auch viele bedeutende Mathematiker wurden in Deutschland geboren, so zum Beispiel [Adam Riese](#), [Friedrich Bessel](#), [Richard Dedekind](#), [Carl Friedrich Gauß](#), [David Hilbert](#), [Emmy Noether](#), [Bernhard Riemann](#), [Karl Weierstraß](#) und [Johannes Müller \(Regiomontanus\)](#). Weitere wichtige deutsche Forscher und Wissenschaftler sind [Christiane Nüsslein-Volhard](#), [Gottfried Wilhelm Leibniz](#), [Alexander von Humboldt](#), [Max Müller](#), [Theodor Mommsen](#), [Robert Koch](#) und [Max Weber](#).

Feiern und Feste

Eine der größten touristischen Attraktionen ist das [Oktoberfest](#) in München (mundartlich auch „d' Wiesn“), das größte [Volksfest](#) der Welt. Bedeutende Veranstaltungen von [Karneval](#), [Fastnacht](#) und [Fasching](#) sind unter anderem der [Kölner Karneval](#), die [Mainzer Fastnacht](#) und die [Schwäbisch-alemannische Fastnacht](#). In [Hannover](#) findet alljährlich das größte [Schützenfest](#) der Welt statt.

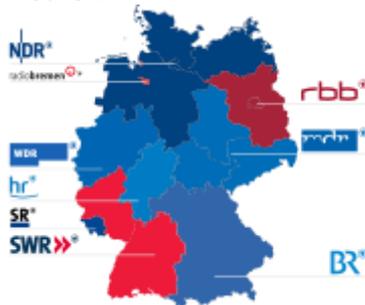
Feiertage

→ *Hauptartikel:* [Feiertage in Deutschland](#)

Der [Nationalfeiertag](#) ist der [Tag der Deutschen Einheit](#) am 3. Oktober. Er ist der einzige vom Bund festgelegte Feiertag. Alle anderen Feiertage sind Angelegenheit der Länder. Es gibt acht weitere Tage, die in allen 16 Ländern Feiertage sind: mit christlichem Hintergrund: [Karfreitag](#), [Ostermontag](#), [Christi Himmelfahrt](#), [Pfingstmontag](#) und die beiden [Weihnachtsfeiertage](#); ohne christlichen Hintergrund [Neujahr](#) und der [Tag der Arbeit](#).

Zusammen mit allen Sonntagen gelten die Feiertage als „Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“.

Medien



Die neun [Landesrundfunkanstalten](#) der [ARD](#)

[Radio](#) und Fernsehen sind auch von deutschen Erfindern geprägt worden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Sendungen zu allen Themen erfolgte bisher über analog verbreitetes [terrestrisches Fernsehen](#) (UHF/VHF), örtliche [Kabelunternehmen](#) (meist analog) und per [Satellit](#). Seit 2003 erfolgt die Versorgung mit terrestrischem Fernsehen in Ballungsgebieten digital, das heißt über den [DVB-T](#)-Standard. Eine komplette Digitalisierung des Fernsehens und des [Hörfunks](#) ist geplant. Einige Anbieter bieten ihr Programm inzwischen auch über das Internet an, also im Rahmen von (oft kostenpflichtigem) [IPTV](#) bzw. als [Internetradio](#)-Angebote.

Deutschland hat ein vom Gesetzgeber gewolltes [duales Rundfunksystem](#), das heißt neben dem gebührenfinanzierten [öffentlich-rechtlichen Rundfunk](#) existieren zahlreiche private Rundfunkanbieter, deren Programme meist werbefinanziert sind.

Beim [Fernsehen in Deutschland](#) gibt es neben dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen, dem unter anderem die Sender der [ARD](#) und des [ZDF](#) angehören, auch [private Fernsehanbieter](#). Zu ihnen gehören unter anderem die [ProSiebenSat.1 Media AG](#), die [RTL Group](#), [MTV Networks Deutschland](#), [NBC Universal Deutschland](#), die [Tele München Gruppe](#) sowie regionale Anbieter. Neben frei empfangbaren Fernsehsendern existieren außerdem digitale [Bezahlfernseh](#)-Angebote von [Kabelnetzbetreibern](#) sowie die Bezahlfernsehsender [Premiere](#) und [arena](#).

Die Hörfunklandschaft Deutschlands ist stark von Regionalsendern geprägt, die meist nur in einem oder einigen aneinander grenzenden Bundesländern senden. Diese Radioprogramme sind oft öffentlich-rechtlich dominiert und werden von den jeweiligen [Landesrundfunkanstalten](#), wie dem [Westdeutschen Rundfunk](#) (WDR) oder dem [Bayerischen Rundfunk](#) (BR), aber auch von [privaten Radioanbietern](#) ausgestrahlt.

Die [Presselandschaft](#) des Landes ist sehr vielfältig, zu den meistgelesenen Tageszeitungen gehören zum Beispiel die [Bild](#), die [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) sowie die [Süddeutsche Zeitung](#). Wöchentlich erscheinende Nachrichtenmagazine sind unter anderem [Der Spiegel](#) und der [Focus](#).

Sport

Sport hat eine hohe gesellschaftliche Bedeutung. 2006 waren etwa 27 Millionen Deutsche in 89.000 Sportvereinen organisiert. Deutschland ist Dritter im [ewigen Medaillenspiegel](#) der [Olympischen Spiele](#).

Die meisten Sportvereine sind im neuen [Deutschen Olympischen Sportbund \(DOSB\)](#) zusammen gefasst.



[Deutsche Fußballnationalmannschaft](#) 2004

Die beliebteste Sportart in Deutschland ist [Fußball](#). Über sechs Millionen Mitglieder und 170.000 Mannschaften sind im [Deutschen Fußball-Bund](#) organisiert, der die [Fußball-Weltmeisterschaften 1974](#) und [2006](#) ausrichtete und weltweit einer der größten und erfolgreichsten Sportfachverbände ist. Deutschland ist bisher das einzige Land, das im Fußball sowohl bei den Frauen als auch den Männern Europa- und Weltmeister werden konnte.

Die [Handball-Bundesliga](#) wird oft als die beste Spielklasse der Welt angesehen, die Herren-Nationalmannschaft wurde 2007 zum dritten Mal Weltmeister.

Im [Feldhockey](#) wurde Deutschlands Herrenmannschaft 2002 und 2006 Weltmeister. Die Damen sind seit 2004 Olympiasieger.

Zu den ältesten Sportarten zählt das [Sportschießen](#). Der [Deutsche Schützenbund](#) hat etwa 1,5 Millionen Mitglieder.

[Basketball](#) und [Eishockey](#) erfreuen sich steigender Beliebtheit, sind jedoch in Bezug auf die Fernsehzuschauerzahlen und die Medienpräsenz nicht mit dem Fußball zu vergleichen. Im Basketball ist der deutsche [Dirk Nowitzki](#), der 2007 zum [MVP](#) (wertvollster Spieler) in der nordamerikanischen Profiliga [NBA](#) gewählt wurde, einer der besten Spieler der Welt.

[Tennis](#) erlebte in den 1980er und 1990er Jahren durch die Erfolge der deutschen Berufssportler [Michael Stich](#), [Boris Becker](#) und [Stefanie Graf](#) einen Boom, hat seitdem aber wieder etwas an Popularität verloren.

Beim [Motorsport](#) richtet sich das öffentliche Interesse besonders auf die [Formel 1](#) und die [DTM](#), wo deutsche Fahrer jeweils Spitzenerfolge erzielten, insbesondere der inzwischen nicht mehr aktive [Michael Schumacher](#), der mit sieben Weltmeistertiteln der erfolgreichste Formel-1-Fahrer aller [Zeiten](#) ist.

Die Beliebtheit des Radsports hängt in starkem Maße von den aktuellen Erfolgen deutscher Fahrer ab. [Jan Ullrich](#) gehörte Ende der 1990er Jahre und Anfang des 21. Jahrhunderts zu den erfolgreichsten Radsportlern der Welt.

Auch im Boxen kann Deutschland auf Erfolge zurückblicken. Herausragende Sportler waren unter anderem [Max Schmeling](#) und [Henry Maske](#).

Im Tischtennis gilt [Timo Boll](#) als einer der besten Spieler der Welt.

Große Erfolge konnten deutsche Sportler auch in weiteren Sportarten wie [Fechten](#), [Reiten](#), [Ringen](#), [Rudern](#), [Kanusport](#), der [Leichtathletik](#) und im [Schwimmsport](#) erreichen.

Im Wintersport sind deutsche Sportler ebenfalls sehr erfolgreich. Im [Bobsport](#), [Rennrodeln](#), [Biathlon](#), [Langlauf](#) und [Eisschnelllauf](#) konnten sie regelmäßig Medaillen bei Welt- und [Europameisterschaften](#) sowie bei den Olympischen Spielen gewinnen. Populäre Wintersportarten mit langer Tradition sind auch das [Skispringen](#), bei dem [Sven Hannawald](#) und [Jens Weißflog](#) Geschichte schreiben konnten, und der [alpine Skisport](#), wo allerdings die Damen deutlich erfolgreicher abschneiden als die Herren.

Kultur

Allgemeines

Die deutsche Kultur hat sich, da Deutschland lange nicht als Nationalstaat existierte, über Jahrhunderte vor allem über die gemeinsame Sprache definiert. Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde der Begriff zunehmend auf Kulturbeiträge von Deutschen bzw. innerhalb deutscher Territorien bezogen. Daher sind viele Kulturschaffende zu ihrer Zeit nicht Deutsche im heutigen Sinne gewesen, an ihrer deutschen Identität bestehen aber keine Zweifel. Nicht wenige berühmte Vertreter aus Kultur und Wissenschaft waren allerdings zu ihrer Zeit in Deutschland selbst vornehmlich aus politischen oder religiösen Gründen verfeimt; teilweise wurden sie ausgebürgert oder sahen sich zur [Emigration](#) veranlasst – unter ihnen beispielsweise [Karl Marx](#), [Friedrich Engels](#), [Heinrich Heine](#), [Kurt Tucholsky](#), [Thomas](#) und [Heinrich Mann](#), [Albert Einstein](#), [Hannah Arendt](#) und viele andere.

Vor 1871 war aufgrund mangelnder Identifikationsmöglichkeiten über gemeinsame staatliche Zugehörigkeit das kulturelle, aber auch wissenschaftliche Erbe ein wichtiges Element des deutschen Nationalbewusstseins. Aus dieser Zeit stammt der Begriff „*Land der Dichter und Denker*“, der noch heute patriotische Verwendung findet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Deutschland die weltweit führende wissenschaftliche Nation, die auch kulturell, etwa im Film, einen der vorderen Plätze einnahm.

Der personelle Aderlass durch Emigration ab der nationalsozialistischen Machtergreifung zerstörte diesen Status. Die Folgen sind in einigen Bereichen noch heute zu spüren.

Der Verbreitung der deutschen Sprache und Kultur in der Welt dienen die [Goethe-Institute](#) mit weltweit 128 Standorten.

Laut einer Umfrage für die [BBC](#) genießt Deutschland weltweit das höchste Ansehen unter 22 untersuchten Ländern. Durchschnittlich bewerten 56 Prozent der Befragten Deutschlands Einfluss als positiv. 18 Prozent haben ein negatives Bild.^[27]

Philosophie



[Friedrich Nietzsche](#), 1882 (Photographie von [Gustav-Adolf Schultze](#))

→ Hauptartikel: [Deutsche Philosophie](#)

Zu den einflussreichsten deutschen Philosophen zählen [Nikolaus von Kues](#), [Gottfried Wilhelm Leibniz](#), [Immanuel Kant](#), [Georg Wilhelm Friedrich Hegel](#), [Karl Marx](#), [Arthur Schopenhauer](#), [Friedrich Nietzsche](#) und [Martin Heidegger](#). Mehrere bedeutsame philosophische Strömungen gingen von deutschen Philosophen aus: Der [Deutsche Idealismus](#) ebenso wie der von Karl Marx und [Friedrich Engels](#) begründete [Marxismus](#). Im 20. Jahrhundert war vor allem die [Kritische Theorie](#) der sogenannten [Frankfurter Schule](#) von [Theodor Adorno](#) und [Max Horkheimer](#) bedeutsam. In ihrer Nachfolge wurde [Jürgen Habermas](#) zu einem der weltweit bekanntesten lebenden Philosophen.

Literatur

→ Hauptartikel: [Deutschsprachige Literatur](#)



[Johann Wolfgang von Goethe](#)

1828, gemalt von [Joseph Karl Stieler](#)

Die deutsche Literatur reicht zurück bis in das Mittelalter, hervorzuheben ist zum Beispiel [Walther von der Vogelweide](#). Als die bedeutendsten deutschen Autoren gelten [Johann Wolfgang Goethe](#) und [Friedrich Schiller](#) sowie die [Brüder Grimm](#); im 20. Jahrhundert waren deutsche [Nobelpreisträger](#) für Literatur [Theodor Mommsen](#) (1902), [Paul Heyse](#) (1910), [Gerhart Hauptmann](#) (1912), [Thomas Mann](#) (1929), [Hermann Hesse](#) (1946), [Heinrich Böll](#) (1972) und [Günter Grass](#) (1999).

Musik - historisch



[Ludwig van Beethoven](#) (1770–1827)

Die Weltgeschichte der Musik ist in nahezu allen Zeiten in besonderem Maß von deutschen Komponisten geprägt, oft entwickelt worden.

Deutsche klassische Komponisten mit Weltruf: [Heinrich Schütz](#), [Johann Hermann Schein](#), [Samuel Scheidt](#), [Dietrich Buxtehude](#), [Johannes Eccard](#), [Valentin Rathgeber](#), [Michael Praetorius](#), [Johann Pachelbel](#), [Georg Philipp Telemann](#), [Johann Friedrich Fasch](#), [Georg Friedrich Händel](#), [Friedrich der Große](#), [Johann Sebastian Bach](#), [Carl Philipp Emanuel Bach](#), [Wilhelm Friedemann Bach](#), [Johann Christian Bach](#), [Ludwig van Beethoven](#), [Clara](#) und [Robert Schumann](#), [Felix Mendelssohn Bartholdy](#), [Louis Spohr](#), [Richard Wagner](#), [Johannes Brahms](#), [Giacomo Meyerbeer](#), [Carl Maria von Weber](#), [Albert Lortzing](#), [Richard Strauss](#), [Carl Orff](#), [Max Reger](#), [Werner Egm](#), [Franz Biebl](#), [Paul Hindemith](#), [Günter Bialas](#), [Max Bruch](#), [Hans Werner Henze](#), [Georg Ratzinger](#), [Karl Amadeus Hartmann](#), [Karlheinz Stockhausen](#). Deutschland und Österreich beanspruchen [Wolfgang Amadeus Mozart](#) für sich.

Ebenso in den Bereichen [Orchester](#), [Dirigenten](#), [Musiker](#) und [Sänger](#) ist Deutschland von jeher prägend gewesen.

Die (blühende) Entwicklung des Chorgesanges in Deutschland wurde durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen und auch in der Folgezeit stark gebremst. Erst seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts findet in dieser Richtung wieder ein Aufschwung von internationaler Bedeutung statt.

Musik – Gegenwart

Deutschland ist heute der viertgrößte Musikmarkt der Welt und hat auch die [Pop-](#) und [Rockmusik](#) durch Künstler wie [Udo Lindenberg](#), [Herbert Grönemeyer](#), [Nena](#), [Dieter Bohlen](#) und [Xavier Naidoo](#) weitgehend beeinflusst. Darüber hinaus verfügt Deutschland über eine ansehnliche Zahl an international bedeutenden [Jazzmusikern](#) wie [Albert Mangelsdorff](#), [Peter Brötzmann](#), [Theo Jörgensmann](#) und [Eberhard Weber](#). Auch bei der Entwicklung der elektronischen Musik haben Interpreten aus Deutschland, insbesondere die Band [Kraftwerk](#) sowie [Klaus Schulze](#), bedeutende Pionierarbeit geleistet. Weitere deutsche Exportschlager sind und waren [Blind Guardian](#), [Modern Talking](#), [Scorpions](#) und [Rammstein](#). Rammstein ist derzeit die einzige Band, die weltweit mit deutschen Texten dauerhaft in den Charts ist.

In letzter Zeit ist deutschsprachige Popmusik im Land wieder populärer geworden. Wichtige Vertreter dieses Genres sind unter anderem die Bands [Wir sind Helden](#), [Juli](#) und [Silbermond](#). Ein weiteres aktuelles Phänomen der deutschen Musikkultur ist auch die Band [Tokio Hotel](#), welche vor allem bei weiblichen [Teenagern](#) beliebt ist. Seit Ende der 1990er Jahre tauchen auch immer mehr deutschsprachige [Hip-Hop](#)-Künstler nach amerikanischem Gangster-Rap-Vorbild auf, wie zum Beispiel [Bushido](#), [Kool Savas](#) oder [Sido](#). Die Musikkultur der Jugend wird stark durch die Fernsehsender [MTV](#) und [VIVA](#) beeinflusst. Seit der Entstehung in den 1980er Jahren ist deutschsprachiger [Punkrock](#) verbreitet. Zu den erfolgreichsten Punkbands gehören [Die Toten Hosen](#) und [Die Ärzte](#).

Malerei





[Albrecht Dürer](#) (1471–1528)

Bedeutende deutsche [Renaissancekünstler](#) sind unter anderem [Albrecht Altdorfer](#), [Lucas Cranach der Ältere](#), [Matthias Grünewald](#), dessen Hauptwerk der berühmte Schongauer Altar ist, [Hans Holbein der Jüngere](#) und der wohl bekannteste unter ihnen [Albrecht Dürer](#). Die bedeutendsten aus Deutschland stammenden Barockmeister sind [Cosmas Damian Asam](#), sowie der in Siegen geborene, aber nach Antwerpen ausgewanderte [Peter Paul Rubens](#). Weitere Künstler von Weltruf sind der [Romantiker Caspar David Friedrich](#), der [Surrealist Max Ernst](#), der Expressionist [Otto Dix](#), der Konzeptualist [Joseph Beuys](#) oder der Neoexpressionist [Georg Baselitz](#).

Architektur



Der [Kölner Dom](#)

→ *Hauptartikel:* [Architektur \(Deutschland\)](#)

Deutschland hat eine reiche und vielfältige [Architekturgeschichte](#), die eng verwoben mit der abendländischen Architekturgeschichte der Nachbarländer ist. Grundlage war vor Allem die [Architektur der römischen Antike](#), aus der zahlreiche Bauwerke erhalten sind. Einige [Vorromanische](#) Bauten wie zum Beispiel die [Torhalle Lorsch](#) zeigen heute noch die Entwicklung zur [Romanik](#), die im Heiligen Römischen Reich etwa 1030 einsetzt. Die [Gotik](#) begann in Frankreich, die ersten gotischen Bauwerke im Heiligen Römischen Reich wurden ab etwa 1230 errichtet, zum Beispiel die [Liebfrauenkirche](#) in [Trier](#). Um etwa 1520 kam die [Renaissance](#) aus dem Gebiet des heutigen Italien in das Heilige Römische Reich, als herausragendes Beispiel gilt das [Augsburger Rathaus](#). Auch der [Barock](#) setzte im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation erst verzögert (ab 1650) ein. Einige Beispiele sind die Werke von [Balthasar Neumann](#), die [Wieskirche](#) und das [Residenzschloss Ludwigsburg](#). Etwa 1770 setzt die Stilepoche des [Klassizismus](#) ein. Prominente Bauwerke sind das [Alte Museum](#) in Berlin, das [Schloss Charlottenhof](#) und das [Brandenburger Tor](#). Einige der bekanntesten Bauwerke Deutschlands wurden in der Stilepoche des [Historismus](#) (1840–1900) gebaut, als Beispiele genannt seien [Neuschwanstein](#) und der [Berliner Dom](#).



[Olympiastadion München](#) 1972

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren deutsche Architekten Vorreiter der [Klassischen Moderne](#). [Walter Gropius](#), [Ludwig Mies van der Rohe](#) und das [Bauhaus](#) setzten Impulse, die die Architektur bis heute weltweit prägen. Die monumentale [Architektur im Nationalsozialismus](#) stellte einen markanten Einschnitt in der deutschen Architekturgeschichte dar. In der Zeit des Wiederaufbaus herrschte Pragmatismus vor, erst allmählich fand die Architekturszene zu neuen Ausdrucksformen. In der Bundesrepublik war das 1972 fertig gestellte [Olympiastadion in München](#) ein wichtiges Projekt, das das neue Selbstverständnis deutscher Architektur in die Welt trug.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Entwicklung der Architektur globalisiert. Deutsche Architekten sind weltweit aktiv, sind jedoch auf dem internationalen Architekturmarkt eher unauffällig und konnten nicht wieder an die frühere Bedeutung anknüpfen. Dennoch arbeitet die deutsche Baubranche heute insgesamt auf höchstem internationalen Niveau in Hinsicht auf Gestaltung und Baukonstruktion. Um die Wahrnehmung der Architektur im In- und Ausland zu verbessern wurde 2007 die [Bundesstiftung Baukultur](#) gegründet.

[Kultur- und Baudenkmäler](#)



Schloss [Neuschwanstein](#), Blick von Süden

Die [UNESCO](#) führt über dreißig deutsche Beiträge zum [Weltkulturerbe](#) auf, die auf 15 der 16 deutschen Länder verteilt sind. Die Liste wurde mit dem [Aachener Dom](#) 1978 eröffnet, jüngster Neuzugang war 2006 die Altstadt von [Regensburg](#). Zudem führt die UNESCO mit der [Grube Messel](#) ein [Weltnaturerbe](#) auf (*siehe Leiste am Ende des Kapitels*).





Das Schloss [Sanssouci](#) in [Potsdam](#)

Besonders hohe Besucherzahlen erreichen Kulturdenkmäler, die eine Vorstellung von deutscher Romantik erwecken und nicht zwingend als Weltkulturerbe ausgezeichnet sein müssen. So gehören die Schlösser [Neuschwanstein](#) und [Heidelberg](#), die [Walhalla](#), die mittelalterlichen Stadtkerne von [Rüdesheim am Rhein](#) und [Rothenburg ob der Tauber](#) zu den weltweit bekannten touristischen Zielen. Zunehmender Beliebtheit erfreuen sich aber auch Denkmäler und Stadtbilder aus der Zeit der [Industriellen Revolution](#). Geschlossene historische Stadtbilder sind in den deutschen Großstädten heute kaum noch anzutreffen, da der Zweite Weltkrieg und der Wiederaufbau der Nachkriegszeit einen Großteil der Kulturdenkmäler unwiederbringlich zerstört hat. Klein- und Mittelstädte mit weitgehend geschlossenen historischen Altstadtbildern sind aber in Deutschland noch recht häufig anzutreffen.

Siehe auch: [Liste technischer Denkmäler in Deutschland](#)

[Ausklappen](#)

[Welterbestätten](#) in **Deutschland**

Museen



[Alte Nationalgalerie](#)

Es existieren mehr als 6.000 Museen, wozu auch private und öffentliche Sammlungen, Schlösser und Gärten gehören. Zu den größten und bekanntesten musealen Einrichtungen gehören das [Deutsche Museum](#) in München, weltweit größtes naturwissenschaftlich-technisches Museum, das [Germanische Nationalmuseum](#) in Nürnberg mit einer der bedeutendsten Sammlungen zu Kultur und Kunst von der Vor- und Frühgeschichte bis zur unmittelbaren Gegenwart. Auch bildet Berlin mit der [Museumsinsel](#) und zahlreichen weltweit bedeutsamen Museen einen Schwerpunkt in der Museumslandschaft.

Siehe auch: [Liste deutscher Museen nach Themen](#)

Popkultur, Buchmessen und Filmpreise

Seit ungefähr 1970 hat Deutschland eine blühende Popkultur, die nun vermehrt von der neuen alten Hauptstadt Berlin ausgeht, und eine selbstbewusste Musik- und Kunstszene (*siehe zum Beispiel* [Deutschrock](#)). Die [Frankfurter Buchmesse](#) ist ein Treffpunkt der internationalen Literaturszene. Das größte Ereignis des deutschen Films ist die [Berlinale](#).

Siehe auch: [Liste bedeutender deutscher Filme](#)

Küche

→ Hauptartikel: [Deutsche Küche](#)



[Münchener Weißwürste](#) mit [Brezel](#) (Brezn) und süßem Senf

Die deutsche Küche ist äußerst vielfältig und variiert stark von Region zu Region. Bekannt ist Deutschland vor allem für seine deftigen und schweren Gerichte wie gepökeltes [Eisbein](#) oder auch [Kasseler](#) mit [Sauerkraut](#), [Grünkohl](#) mit geräucherter [Mettwurst](#) oder [Bregenwurst](#) sowie verschiedene [Eintöpfe](#). Dies ist mit Deutschlands relativ weit nördlicher Lage zu begründen, weshalb vor allem im Winter auf ausreichende Kalorienversorgung geachtet werden muss. Aber auch sehr alte und einfache Speisen wie zum Beispiel [Arme Ritter](#) sind Tradition. Die regionale Küche variiert jedoch stark und ist außerdem von den umliegenden Ländern beeinflusst.

Vor allem in Norddeutschland werden sehr viele Kartoffeln in vielseitigen Zubereitungsformen gegessen, im Süden kommen jedoch die traditionellen Knödel, [Spätzle](#) und Nudeln hinzu. Regionale Besonderheiten sind zum Beispiel die [Weißwurst](#) in Altbayern, die [Bratwurst](#) der Franken, der [Schwenkbraten](#) im Saarland, die [Maultaschen](#) in Baden-Württemberg, [Thüringer Rostbratwurst](#), der [Pfälzer Saumagen](#), in Hessen der [Handkäse](#) „mit Musik“ ([Kümmel](#) und Zwiebeln) und der [Apfelwein](#).

Die Deutschen lieben ihr regional sehr verschiedenartiges [Bier](#) sowie die verschiedenen [Weinsorten](#) (aus klimatischen Gründen ist der Weinanbau und -konsum im Westen und Süden verbreiteter als im Norden und Osten). [Mineralwasser](#), meistens mit [Kohlensäure](#) versetzt, ist das in Deutschland am häufigsten konsumierte Erfrischungsgetränk. Auch wird verhältnismäßig viel Obstsaft, vor allem Apfelsaft getrunken.

Ähnlich wie in anderen europäischen Staaten gibt es auch in Deutschland einen Trend weg von den traditionellen „schweren“ Speisen zu „leichterer“, fettärmerer Kost.

In Deutschland findet man eine landestypisch große Variationsbreite an herzhaften Brotsorten und Wurstaufschnitten. Traditionell wird mittags die warme Mahlzeit und abends eine Brotmahlzeit eingenommen. Der Tag beginnt meist mit einem Frühstück auf der Grundlage von Brot oder Brötchen/Semmeln, neben herzhaften sind süße Brotaufstriche ([Honig](#), [Marmeladen](#), Schokocremes, ...) und ein gekochtes Ei sehr beliebt. Dazu wird [Kaffee](#), im Norden verstärkt auch [Tee](#) getrunken.

Süßes Gebäck und große Buttercreme- oder Sahnetorten wie [Schwarzwälder Kirschtorte](#) oder [Frankfurter Kranz](#) gehören in Deutschland zum traditionellen Festtagsprogramm. Sie werden zum Nachmittagskaffee gereicht. Im Bergischen Land wird die [Bergische Kaffeetafel](#) mit frischen [Waffeln](#) serviert.

Wirtschaft Deutschlands

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)



Dieser Artikel oder Abschnitt bedarf einer Überarbeitung. Näheres ist auf der [Diskussionsseite](#) angegeben. Hilf bitte mit, ihn zu [verbessern](#), und entferne anschließend diese Markierung.



Die [Neutralität](#) dieses Artikels oder Abschnitts ist umstritten. Die Gründe stehen auf der [Diskussionsseite](#). Entferne diesen Baustein bitte erst, wenn er nicht mehr nötig ist.

[Deutschland](#) ist mit einem [Bruttoinlandsprodukt](#) von 2.423,00 Mrd. Euro (Stand: 15. Januar 2008, für das Jahr 2007, Quelle: Statistisches Bundesamt) die größte [Volkswirtschaft](#) in [Europa](#), die drittgrößte der Welt und der [größte Exporteur der Welt](#) noch vor den [USA](#) und [Japan](#). Es zählt zu den weltweit technologisch am weitesten entwickelten Volkswirtschaften, eine wesentliche Voraussetzung für seine führende Position im weltweiten Warenhandel.

Da Deutschland relativ rohstoffarm ist, konzentriert sich seine Wirtschaft vorwiegend auf den sekundären und tertiären [Sektor](#). Große Flächen des Landes werden allerdings landwirtschaftlich genutzt (jedoch sind nur 2 % - 3 % der Beschäftigten in der [Landwirtschaft](#) tätig).

In den letzten Jahrzehnten war das Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich jedoch zumeist unterdurchschnittlich. Anhaltende Probleme bei der Integration der neuen Bundesländer trugen dazu bei.



[Ludwig Erhard](#) war maßgeblich an wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die mit dem "[Wirtschaftswunder](#)" in Verbindung gebracht werden, beteiligt

Inhaltsverzeichnis

[\[Anzeigen\]](#)

•

Soziale Marktwirtschaft [\[Bearbeiten\]](#)

Die deutsche Wirtschaft wird oft als soziale Marktwirtschaft beschrieben.

Obwohl der Staat in einigen Sektoren die Wirtschaft durch Subventionen unterstützt, sind Wettbewerb und Marktwirtschaft Grundpfeiler in der Wirtschaftspolitik. Die Bundesregierungen der 1990er und 2000er Jahre haben durch die Privatisierung von Bundesbahn und Bundespost für mehr Wettbewerb gesorgt. Gleichzeitig bietet der deutsche Staat insbesondere über das System der Sozialversicherungen ein umfangreiches Angebot von sozialen Dienstleistungen an.

Die deutsche Wirtschaft ist mit einer Exportrate von mehr als einem Drittel des Inlandproduktes stark Export-orientiert. Aus diesem Grund war für Deutschland der Export immer ein Schlüsselement des wirtschaftlichen Wachstums. Deutschland ist deswegen ein starker Befürworter starker wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Wirtschaftsgeschichte [\[Bearbeiten\]](#)



Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1850-2005

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag Deutschland wirtschaftlich und sozial am Boden. Nach der Währungsreform 1948 gelang der wirtschaftliche Wiederaufbau im so genannten Wirtschaftswunder, gleichzeitig wurden die Bürger durch den Sozialstaat abgesichert.

Deutschland wurde zum Exportweltmeister; Produktivität und Qualität deutscher Produkte insbesondere des Maschinenbaus genossen und genießen noch heute weltweit einen guten Ruf.

Bis in die frühen 1970er erlebte Westdeutschland ein beinahe durchgehend hohes wirtschaftliches Wachstum, welches aber danach - mit Rezessionen 1974 und 1981/82 sowie einer Wachstumsspitze 1979 - geringer wurde. In den 1970er und 1980er Jahren gehörte Westdeutschland zusammen mit Dänemark und Luxemburg zu den Staaten mit dem höchsten Durchschnittseinkommen der EG. Nach einem Wachstumshoch 1988/89 und dem westdeutschen Wiedervereinigungsboom 1990/91 folgte die Rezession von 1993. Seit 1994 gab es wieder acht Jahre lang Wachstum, das durchschnittlich etwa 1,5% betrug. Nach einer Stagnation von 2001 - 2003 wuchs die Wirtschaft 2004 um 1,2 %, 2005 um 0,9 % sowie 2006 um 2,8 %. Die

[Arbeitslosigkeit](#) ist von etwa 2,5 Mio. (1992) auf etwa 4,8 Mio. (2005) gestiegen, bis Juli 2008 sank die Arbeitslosenzahl wieder auf ca. 3,2 Mio; die Quote liegt damit bei 7,7 %. Für das Jahr 2008 wird ein weiterer Rückgang auf ca. 3,0 Mio. prognostiziert. Die Quote läge dann bei ca. 7,5 %.

[Industrialisierung](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Hauptartikel: [Industrielle Revolution in Deutschland](#), [Hochindustrialisierung in Deutschland](#)

Mit dem [deutschen Zollverein](#) von 1833 wurde das wirtschaftliche Ziel eines Binnenmarktes und die Vereinheitlichung fiskalisch-ökonomischer Rahmenbedingungen erreicht. Die damit verbundenen Vorteile zeigten sich in der [Gründerzeit](#), deren Anfänge in den 1840er-Jahren liegen und die bis zum großen Börsenkrach („[Gründerkrach](#)“) von 1873 ging. Dem folgte ein wirtschaftlicher Aufschwung und eine weitere Rezession um ca. 1879. Dennoch war das schon die Zeit in der sich die Hochindustrialisierung in Deutschland anbahnte. Sie war gekennzeichnet durch die Entstehung, die Verbreitung und den starken Gegensatz von wirtschaftlichen Interessenverbänden, wie den Gewerkschaften, den Industriellenverbänden und den Interessenorganisationen der Landwirtschaft. Ab etwa 1886 dauerte das mit nur wenigen Unterbrechungen hohe Wirtschaftswachstum bis zum Ersten Weltkrieg an.

[Weltkriege](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Hauptartikel: [Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland](#), [Zwangsarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus](#)

In der Zeit der Weltkriege war die Wirtschaft als [Kriegsökonomie](#) organisiert. Die [Goldmark](#) wurde zu Beginn des ersten Weltkrieges inoffiziell gegen die [Papiermark](#) ausgetauscht, indem der [Goldstandard](#) aufgehoben wurde. Damit begann die Zeit der [deutschen Inflation von 1914 bis 1923](#), bei der im November 1923 der Kurs für 1 US-Dollar bei 4,2 Billionen Mark lag. Die [Rentenmark](#) löste schließlich 1923 die Mark im Verhältnis 1:1 Billion ab.

Im zweiten Weltkrieg kam es zur [Zwangsarbeit](#) und [Arisierung](#).

[Wiederaufbau](#) [\[Bearbeiten\]](#)

The image shows a historical document titled "Ablieferung von Reichsgeld und Anrechnung von Reichsmarknoten bei Geldnotizen". It is a form used for the exchange of Reichsmark notes for Reichsbanknotes during the currency reform in 1948. The document includes a header with the title and a date of 1948. Below the title, there is a section for "Anrechnung von Reichsmarknoten bei Geldnotizen" with a table for recording the exchange. The table has columns for "Reichsmarknoten", "Reichsbanknoten", "Anzahl", and "Betrag". There are handwritten entries in the table, including "1000 Reichsmarknoten" and "100 Reichsbanknoten". At the bottom of the form, there are several lines of text and a signature area.



Währungsreform: Formular 1948

Der schnelle Wiederaufbau in Westdeutschland nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges wird als „[Wirtschaftswunder](#)“ bezeichnet. Ausgangspunkt war die [Währungsreform](#) von 1948, das Wiederaufbauprogramm der USA - der [Marshallplan](#) - und die Eingliederung Westdeutschlands in die von der USA geführte Weltwirtschaft. Dazu gehörte ebenfalls die Teilnahme in der [Europäischen Zahlungsunion](#) im September 1950 und die Mitgliedschaft in der [Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl](#) (die Vorläuferorganisation der [EU](#)) 1951. 1948 wurde der Wechselkurs zwischen US-Dollar und DM mit 1 \$ = 3 DM festgesetzt und 1949 die [Dollarklausel](#) abgeschafft. Mit dem [Luxemburger Abkommen](#) vom September 1952 und dem [Londoner Schuldenabkommen](#) vom Februar 1953 wurden die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands aus der Vorkriegszeit, die durch die Kriegszeit entstanden [Reparationen](#) und die Entschädigung der jüdischen Verfolgten derart geregelt, dass die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches nicht mit zu großen finanziellen Lasten beladen wurde.

Die DDR wurde im September 1950 in den von der Sowjetunion geführten [Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe](#) aufgenommen. Mit der Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent sollten wirtschaftliche Schwierigkeiten begegnet werden, doch kam es deshalb unter anderem zum [Volksaufstand vom siebzehnten Juni 1953](#). Seit den 1950er Jahren gab es den sogenannten [Interzonenhandel](#), später „innerdeutscher Handel“ genannt, der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Form eines Tauschhandels abgewickelt wurde.^[1] Bis zum 13. August 1961, dem Beginn des Baus der [Berliner Mauer](#) und der Verstärkung der Grenzbefestigung an der [Innerdeutsche Grenze](#) flüchteten viele Millionen Ostdeutsche nach Westdeutschland, was nicht folgenlos für die Wirtschaft blieb.

siehe auch: [Deutsche Demokratische Republik - Wirtschaft](#)

[Bipolare Welt](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Mit dem Ende des [Bretton-Woods-System](#) 1971 und der folgende Aufwertung der DM gegenüber dem US-Dollar, sowie der [Ölkrise](#) von 1973 endete die Zeit des durchgehend hohen wirtschaftlichen Wachstums in Westdeutschland und die Arbeitslosenquote überstieg auf Dauer zwei Prozent. Die Begriffe [Deutschland AG](#) und [Soziale Marktwirtschaft](#) beschreiben die damals für die westdeutsche Wirtschaft geschaffenen Rahmenbedingungen. Es entstand ein [Wohlfahrtsstaat](#), der allerdings ab den achtziger Jahre unter dem Einfluss des [Thatcherismus](#) zurück entwickelt wurde. Es gab große [Privatisierungen](#) von Bundesvermögen, die Unternehmen orientierten sich verstärkt am [Shareholder Value](#) und die Investitionen deutscher Unternehmen wurden internationaler.

Ab 1962 gab es die Einzelhandelskette [Intershop](#) mit dem Ziel „[Westgeld](#)“ zu erwirtschaften. Ab 1966 bestand der Bereich [Kommerzielle Koordinierung](#) im Ministerium für Außenhandel, der mit legalen und illegalen Mitteln arbeitete. Notwendig wurden diese Maßnahmen, da westliche Produktionsanlagen für Export- und Konsumgüter gekauft und mit Westgeld oder mittels [Kompensationsgeschäften](#) bezahlt werden mussten.

[Wiedervereinigung](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Ein Ausgangspunkt der [deutschen Wiedervereinigung](#) war die schlechte wirtschaftliche Situation gegen Ende der DDR. Speziell im Vergleich zu Westdeutschland war der Rückstand der DDR erheblich, während sie im Vergleich zu den anderen [RGW-Staaten](#) gut dastand. Da die ostdeutsche Regierung sich der sowjetischen [Perestroika](#) nicht anschloss, verlor sie die sowjetische Unterstützung und damit die Sicherheit einen Aufstand der eigenen Bevölkerung

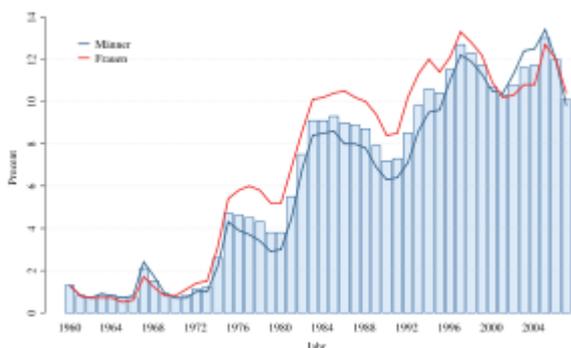
Niederschlagen zu können. Mit der sogenannten [Wende](#) vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 leitete die ostdeutsche Bevölkerung das Ende der DDR ein.

Nach der deutschen Wiedervereinigung trat die [Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion](#) am [1. Juli 1990](#) in Kraft. Die [Volkseigenen Betriebe](#) wurden der [Treuhandanstalt](#) übergeben mit dem Ziel diese zu privatisieren oder zu schließen. Am 31. Dezember 1994 wurde die Treuhandanstalt aufgelöst, die verbliebenen Aufgaben auf mehrere Folgegesellschaften verteilt und die angefallenen Schulden in den [Erblastentilgungsfonds](#) eingebracht.

Zur Finanzierung der ostdeutschen Bundesländern wurden die [Solidarpakte I und II](#) vereinbart. Der Bund finanziert sich wiederum zum Teil über den [Solidaritätszuschlag](#). Darüber hinaus wurde die [Neuverschuldung](#) des Bundeshaushaltes stark erhöht und das soziale Sicherungssystem durch stark steigende Kosten wegen der etwa doppelt so hohen Arbeitslosigkeit im Osten belastet.

Die Wirkung der Maßnahmen zeigen sich in den großen Fortschritten in der Erhöhung des ostdeutschen Lebensstandards, die Marktwirtschaft ist etabliert und die [Infrastruktur](#) wurde verbessert. Die Produktivität je Arbeitnehmer ist deutlich gestiegen, obwohl die Lohnstückkosten noch höher als in Westdeutschland sind. Gleichzeitig dauert der Angleichungsprozess zwischen Ost und West länger als ursprünglich angenommen an, nach manchen Maßstäben stagniert er sogar bereits seit Mitte der [1990er](#) Jahre.

Globalisierung [\[Bearbeiten\]](#)



Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland von 1960 bis 2007. (Werte bis 1990 nur West-, ab 1991 Gesamtdeutschland) *Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)*

Zwar gab es die [Globalisierung](#) schon immer, doch seitdem internationale Unternehmen in Teilen ihre Produktion aus Deutschland weg in Entwicklungsländer verlagern, wurde sie in der deutschen Öffentlichkeit zum Problem. Die großen Parteien suchten nach einer Wirtschaftspolitik die zu einer Verringerung der in der Spitze im Jahr 2005 bei 13 % liegenden [Arbeitslosenquote](#) führte. Ein früher Schritt war die Schaffung der [Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion](#), wodurch beispielsweise die deutsche Wirtschaft zu festen Wechselkursen mit großen Teilen des europäischen Auslandes handeln konnte. Allerdings konnte das Problem nicht gelöst werden, wie gering qualifizierte Arbeitnehmer in Deutschland mit vergleichbaren Arbeitnehmern in Entwicklungsländern um einen bezahlten Arbeitsplatz konkurrieren können. Die Politik entschied sich die Beschäftigung für [Niedriglohn](#) auszuweiten, wobei um den „richtigen“ Weg diesen niedrigen Lohn von Seiten des Staates zu Subventionieren heftig gestritten wurde. Seit Januar 2005 gibt es das vom Staat bezahlte [Arbeitslosengeld II](#) für die sogenannten [Aufstocker](#), welches die frühere [Arbeitslosenhilfe](#) und die [Sozialhilfe](#)

zusammenfasst und teilweise neu formuliert. Als weitere Konzepte wurden verschiedene [Kombilohn](#)-Modelle und [Mindestlohn](#)-Modelle genannt.

Die Folge dieser Politik bestand darin, dass sich Deutschland 2007 noch als „[Exportweltmeister](#)“ - knapp vor der [Volksrepublik China](#) - bezeichnen durfte und dass die Arbeitslosenquote im Dezember 2007 auf 8,1 % fiel. Außerdem entstand mit der 2007 gegründeten Partei - [Die Linke](#) - eine neue Partei der [politischen Linke](#), die speziell in Ostdeutschland den Stellenwert einer Volkspartei hat. Mit dieser Verschiebung des deutschen Parteiensystems nach Links zerbrach der Konsens in der Politik eine eindeutig [marktliberale](#) Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Die internationale [Finanzkrise 2007/2008](#) stürzte viele Banken, darunter auch [Landesbanken](#) und die [IKB Deutsche Industriebank](#), in eine Krise. In der Folge kam es weltweit zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums, was für die Bundesrepublik 2008 zu wirtschaftlichen Problemen führte. Ein weiterer negativer Faktor waren die stark gestiegenen Preise einiger [Rohstoffe](#), beispielsweise Kohle, Erdöl, Stahl und Kupfer. Erstmals kam es auch zu einzelnen Rückverlagerungen von Teilen der Produktion aus der VR China, wegen stark gestiegenen Lohnkosten und [Transportkosten](#) (1 [Barrel](#) der Rohölsorte [Brent](#) erreichte im Juli 2008 mit 146,40 US-Dollar^[2] seinen vorläufigen Höchststand. 2002 waren noch Preise von 20–30 US-Dollar bezahlt worden.).

Aktuelle Konjunktorentwicklung [\[Bearbeiten\]](#)

Ähnlich schwach wie Deutschland ist seit Anfang der 90er Jahre bis einschließlich 2005 kaum ein anderes Industrieland gewachsen. Die sogenannte [Trendwachstumsrate](#) der deutschen Wirtschaft ging in diesem Zeitraum stetig bis auf ein Prozent zurück. In Europa lag die Trendwachstumsrate dagegen bei rund 2 Prozent, in den USA sogar bei rund 3 Prozent.

Die deutschen [Konjunkturforschungsinstitute](#) zogen vor diesem Hintergrund in ihrer [Gemeinschaftsdiagnose](#) im Frühjahr 2005 die Schlussfolgerung: „Deutschland hat kein Konjunktur-, sondern ein Wachstumsproblem.“ Sie fordern weitreichende wirtschaftspolitische Reformen.

Mittlerweile hat das [Wirtschaftswachstum](#) in Deutschland deutlich angezogen. Es wird zunehmend von der [Inlandsnachfrage](#) getragen, insbesondere von den rasch wachsenden Investitionen der Unternehmen. Viele Beobachter sehen die deutsche Wirtschaft in einem [Konjunkturzyklus](#) nach gewohntem Muster: Zunächst kamen die Wachstumsimpulse von der Außenwirtschaft. Mit zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten steigen seit 2006 die Investitionen im Inland beschleunigt. Die Lage auf dem [Arbeitsmarkt](#) verbessert sich: Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Mit wachsenden Einkommen wird schließlich auch der private Verbrauch spürbar erhöht werden können.

Rückblick auf die Konjunktorentwicklung 2005/2006/2007 [\[Bearbeiten\]](#)

2005: schwaches Wachstum, Rekordarbeitslosigkeit, hohes Haushaltsdefizit [\[Bearbeiten\]](#)

2005 hat sich das Wachstum des [Bruttoinlandsprodukts](#) auf 0,8 % verringert. Nach wie vor wurde die Konjunktur hauptsächlich von der Auslandsnachfrage getragen. Die Inlandsnachfrage nahm kaum zu. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnierten. Die Kaufkraft der Haushalte wurde zwar durch Entlastungen bei der Einkommensteuer gestärkt, durch stark gestiegene Energiepreise aber geschwächt.

Die [Arbeitslosenzahl](#) nahm im Jahresdurchschnitt 2005 um weitere 480.000 Personen auf den Rekordstand von 4,861 Millionen zu. Der sprunghafte Anstieg war jedoch kaum konjunkturell bestimmt, sondern weit überwiegend durch die erstmalige Aufnahme erwerbsfähiger Empfänger von [Sozialhilfe](#) in die Arbeitslosenstatistik bedingt. Allerdings hielt auch der Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze an. Insgesamt verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Jahresdurchschnitt 2005 weiter.

Auch bei der Verringerung der [öffentlichen Defizite](#) konnten 2005 keine deutlichen Fortschritte erzielt werden. Das gesamtstaatliche Defizit näherte sich nur sehr langsam der „Maastricht-Grenze“ (3 % des Bruttoinlandsprodukts), die es seit 2002 deutlich überschritten hat. 2005 ist es auf 3,4 % des BIP gesunken. Dazu trugen allerdings vor allem verschiedene „Sondereffekte“ bei, z.B. Zahlungen von Landesbanken an die Länder.

2006: starker Aufschwung, Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizit sinken [[Bearbeiten](#)]

2006 wurde der [Aufschwung](#) der deutschen Wirtschaft deutlich sichtbar. Das Wachstumstempo hat sich bei einer weiterhin rasch wachsenden Weltwirtschaft reichlich verdreifacht. Es erreichte 2,9 %.

Anders als 2005 kam auch die Binnenkonjunktur in Schwung. Der Anstieg der [Inlandsnachfrage](#) erhöhte sich auf 1,9 % und leistete damit einen höheren Wachstumsbeitrag als die Außenwirtschaft. Die Anlageinvestitionen stiegen um 6,1 %, wobei die Ausrüstungsinvestitionen weiter beschleunigt zunahmten. Auch die Bauinvestitionen wuchsen nach langjährigem Rückgang deutlich. Der private Verbrauch erhielt zwar Impulse von der 2007 bevorstehenden [Mehrwertsteuererhöhung](#) um 3 Prozentpunkte, weil Käufe vorgezogen wurden. Sein Anstieg blieb jedoch schwach (+ 1,0 %).

Die konjunkturelle Wende war auch auf dem [Arbeitsmarkt](#) zu spüren. Die Arbeitslosenzahl sank deutlich um 374.000 Personen (- 7,7 %) auf 4,487 Millionen, die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 0,7 %.

Der kräftige Aufschwung sorgte dafür, dass das [Haushaltsdefizit](#) 2006 mit 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts die Maastricht-Grenze (3 % des BIP) deutlich unterschritt.

2007: Anhaltender Aufschwung, aber keine Konsumbelebung [[Bearbeiten](#)]

Das [Wachstum](#) der deutschen Wirtschaft verlangsamte sich 2007 nur wenig, obwohl die [Konjunktur](#) durch mehrere Faktoren belastet wurde. Zum einen dämpfte die [Finanzpolitik](#) die [Inlandsnachfrage](#). Insbesondere der private Konsum wurde durch die [Mehrwertsteuererhöhung](#) beeinträchtigt. Hinzu kamen der erneute Anstieg des Ölpreises und die [Aufwertung](#) des [Euro](#) im Verlauf des Jahres 2007. Zudem lösten die von der [Immobilienkrise](#) in den USA ausgelösten Turbulenzen auch auf den deutschen Finanzmärkten Unsicherheit aus.

Das reale Wachstum des [Bruttoinlandsprodukts](#) sank 2007 lediglich auf 2,5 % (2006: + 2,9 %).

Getragen wurde es vor allem vom anhaltend starken Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen (+ 8,2 %). Das Wachstum der Bauinvestitionen halbierte sich hingegen fast (+ 2,3 %).

Die privaten Konsumausgaben sanken sogar etwas (- 0,4 %). Die Anfang 2007 vorgenommene kräftige [Mehrwertsteuererhöhung](#) trug dazu beträchtlich bei. Die Außenwirtschaft lieferte einen höheren Beitrag zum Wachstum (1,6 Prozentpunkte) als die Inlandsnachfrage (0,9 Prozentpunkte).

Dank des anhaltend kräftigen Wachstums konnte im staatlichen Gesamthaushalt erstmals seit vielen Jahren ein geringer Überschuss verzeichnet werden.

Ausblick auf die Konjunkturentwicklung 2008/2009 [\[Bearbeiten\]](#)

Die Projektgruppe [Gemeinschaftsdiagnose](#) legte in ihrem Gutachten zur Konjunkturentwicklung 2008/2009 am 15. April 2008 folgende Prognosen für 2008 vor:

2008 fällt das Wachstum weiter auf 1,8 %. Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur ergeben sich vor allem aus der Immobilienkrise in den USA und den dadurch ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten.

Die Gemeinschaftsdiagnose unterstellt zwar einen „glimpfligen Ausgang“ dieser Krise, erwartet aber vom [Außenhandel](#) nur noch einen deutlich geringeren Wachstumsbeitrag. Ursachen dafür sind das etwas schwächere Wachstum der Weltwirtschaft und die [Euro-Aufwertung](#).

Zudem halbiert sich das Wachstum der Anlageinvestitionen fast (+ 2,6 %). Zum einen verschlechtern sich bei steigenden Kreditzinsen die Finanzierungsbedingungen. Zum anderen wurden die [Abschreibungsmöglichkeiten](#) zum Jahresende 2007 eingeschränkt.

Anders als 2007 erhöhen sich 2008 aber die privaten [Konsumausgaben](#) etwas (+0,8 %). Die verfügbaren [Einkommen](#) nehmen bei höheren Tarifabschlüssen deutlich zu und die [Finanzpolitik](#) dämpft den privaten Verbrauch nicht mehr durch Steuererhöhungen.

Zur Konsumbelebung trägt auch die anhaltende Verbesserung der Lage auf dem [Arbeitsmarkt](#) bei. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt 2008 auf 3,2 Millionen ab (- 15 %).

Der Anstieg der [Verbraucherpreise](#), 2007 insbesondere wegen der Mehrwertsteuererhöhung auf 2,3 % beschleunigt, steigt 2008 weiter (+ 2,6 %). Dabei wird ein Anstieg des Ölpreises auf 98 \$/Barrel im Jahresdurchschnitt angenommen. Zum rascheren Anstieg der Preise trägt auch die weltweite Verteuerung von Nahrungsmitteln erheblich bei.

Der [Staatshaushalt](#) dürfte auch 2008 annähernd ausgeglichen schließen.

Nachdem Mitte Mai das Statistische Bundesamt das Wachstum der deutschen Wirtschaft im ersten Quartal 2008 im Vergleich zum vierten Quartal 2007 unerwartet hoch schätzte (+ 1,5 %), hoben einige der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Forschungsinstitute ihre Wachstumsprognose für 2008 jedoch deutlich an. So rechnet das ifo Institut in seiner Juni-Prognose mit 2,4 %.

2009 dürfte die deutsche Wirtschaft nach Einschätzung des ifo Instituts hingegen nur noch um 1 % wachsen. In der Gemeinschaftsdiagnose vom April 2008 war noch mit 1,4 % gerechnet worden.

Wirtschaftspolitische Forderungen der Institute [\[Bearbeiten\]](#)

In ihrem Herbstgutachten 2007 empfehlen die Institute der Bundesregierung, an ihrem eingeschlagenen Reformkurs konsequent festzuhalten. Die Politik müsse den Kurs der Haushaltskonsolidierung und konsequenter Arbeitsmarktreformen auch vor dem Hintergrund 2008 anstehenden zahlreichen Landtagswahlen fortführen.

In der Arbeitsmarktpolitik seien angesichts der immer noch hohen strukturellen Arbeitslosigkeit Maßnahmen erforderlich, die insbesondere im Niedriglohnbereich die Anreize für Arbeit erhöhten und die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt verbesserten.

In der Finanzpolitik sei eine Fortsetzung der Konsolidierung im Herbst 2007 aber nicht zu erkennen. Vielmehr würden die konsumtiven Staatsausgaben 2008 wieder verstärkt steigen. Die prognostizierte Verbesserung des Budgetsaldos von 0,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr auf 0,3 Prozent im Jahr 2008 sei überwiegend auf die gute Konjunktur zurückzuführen.

Die [Geldpolitik](#) steht nach Einschätzung der Institute vor einer schwierigen Abwägung zwischen weiter bestehenden Inflationsrisiken einerseits, der immer noch anhaltenden Verunsicherung der Finanzmärkte und höheren Risiken für die Konjunktur andererseits. Die Inflationsrisiken würden dafür sprechen, dass die [Europäische Zentralbank](#) (EZB) die geldpolitischen Zügel anzieht. Die Konjunkturrisiken legen hingegen eine abwartende Geldpolitik nahe. Die Institute erwarten, dass die EZB ihren [Leitzins](#) fürs Erste unverändert lässt. Um steigenden Inflationserwartungen entgegen zu treten, dürfte sie aber ihre schon für den September 2007 angekündigte Zinsanhebung in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres nachholen.

Die Forschungsinstitute forderten bereits in ihrem Frühjahrsgutachten 2005 weitreichende wirtschaftspolitische Reformen, um die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft zu überwinden. Der Staat müsse seinen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen verringern und den Freiraum für private Initiative erhöhen. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, die [Staatsquote](#), soll reduziert werden. Der Staat soll die [Subventionen](#) kürzen, die [Steuern](#) und seine [Neuverschuldung](#) senken. Im Bereich der [Sozialpolitik](#) sollen die Bürger mehr Eigenverantwortung übernehmen. Der Staat soll lediglich für eine Grundsicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter sorgen.

Zur Finanzpolitik bemängelten die Institute im Herbstgutachten 2006: „Die qualitative Konsolidierung kommt kaum voran.“ So würden die Bildungsinvestitionen nicht spürbar gesteigert während Einsparmöglichkeiten bei Steuervergünstigungen und Finanzhilfen ungenutzt blieben.

Wie dringlich die qualitative Konsolidierung des Staatshaushalts ist, lässt sich, so die Institute im Frühjahrsgutachten 2007, daran ablesen, dass der Anteil der staatlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1999 und 2005 von 1,9 auf 1,3 % gesunken ist, das im langfristigen Vergleich niedrigste Niveau.

Wachstumsgerecht wäre nach Ansicht der Institute auch, die Sozialabgabenbelastung zu senken. Sie liegt nach wie vor über 40 % der beitragspflichtigen Entgelte.

Nach Angaben des [OECD](#)-Reports "Revenue Statistics" ist Deutschland hingegen ein Niedrigabgabenland. Der Vergleich mit den EU 15-Staaten, dem Kernbereich der bisherigen Mitglieder der EU, zeigt: Im Jahre 2003 nahm Deutschland aus Steuern und Sozialabgaben 35,5 Prozent des BIP ein. In der EU 15 waren es dagegen 40,5 Prozent. Selbst unter Einschluss der Beitrittsländer liegt dieser Wert immer noch weit oberhalb dieses Wertes bei 39,4 Prozent.

Um die Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozess zu ermöglichen, soll nach Ansicht der Institute der Anstieg der Tariflöhne im gesamtwirtschaftlichen Schnitt unter der Summe aus der trendmäßigen Inflationserwartung und dem trendmäßigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum liegen. Tarifsteigerungen, so die Institute im Frühjahr 2007, steigern die Beschäftigung nur, wenn sie 2007 den Verteilungsspielraum zwischen 2,5 und 3 % nicht

vollständig ausschöpfen. Der guten Konjunktur können die Tarifparteien nach Ansicht der Institute in Form von Einmalzahlungen Rechnung tragen.

Der moderate Lohnanstieg in den vergangenen Jahren habe den Beschäftigungsaufbau begünstigt, wodurch sich auch die Einkommenssituation der privaten Haushalte verbessert habe. Die Institute sehen die Gefahr, dass diese Erfolge durch die von den Gewerkschaften geführten Nachschlagdebatte gefährdet werden.

In ihrem Herbstgutachten 2006 kritisierten die Institute die Reformvorhaben der großen Koalition scharf. Die Entwürfe in den Bereichen Gesundheit, Arbeitsmarkt und Unternehmenssteuern blieben weit hinter dem zurück, was zur Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen notwendig wäre. Die von den Instituten vorgeschlagene Entkoppelung von Gesundheits- und Arbeitskosten komme durch die [Gesundheitsreform](#) nicht voran. Außerdem forderten sie den Ausbau eines [Niedriglohnbereiches](#). Einen [Mindestlohn](#) lehnen sie ab.

Bei der [Unternehmenssteuerreform](#) sehen die Institute im Frühjahrsgutachten 2007 weiteren Reformbedarf, da die für 2008 vorgesehene Reform nicht sehr ehrgeizig sei. Mit ihr würden zwar die Steuersätze spürbar gesenkt, um Deutschlands Stellung im Wettbewerb um international mobiles Kapital zu stärken, jedoch werde die Bemessungsgrundlage verbreitert, wobei einige Maßnahmen für sich genommen die Investitionsbedingungen verschlechterten. In vielen Bereichen, so etwa bei der Vereinfachung des Steuersystems, bleibe die Reform deutlich hinter den Vorschlägen zurück, die im Vorfeld erarbeitet worden seien. Die Institute rechnen insgesamt mit allenfalls geringen Wachstumsimpulsen durch die Unternehmenssteuerreform.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Institute entsprechen dem Konzept der sogenannten [angebotsorientierten Wirtschaftspolitik](#). Anhänger der „nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik“ empfehlen demgegenüber oft staatliche Maßnahmen zur Stärkung der schwachen Inlandsnachfrage, zum Beispiel die Aufnahme weiterer Schulden durch den Staat, um staatliche Investitionsprogramme finanzieren zu können, Zinssenkungen zur Erleichterung von Investitionen sowie Lohnsteigerungen, die den Anstieg der Produktivität zumindest voll ausschöpfen.

Langfristige strukturelle Probleme [\[Bearbeiten\]](#)

Bürokratische Hindernisse [\[Bearbeiten\]](#)

Trotz der hohen Anfälligkeit gegenüber externen Einflüssen halten die meisten Experten die inneren strukturellen Probleme für den Hauptgrund der schwachen Konjunkturlage. Ein inflexibler [Arbeitsmarkt](#) wird als Hauptursache der beharrlich hohen Arbeitslosigkeit genannt. Behauptet wird, dass starke [bürokratische](#) Einschränkungen viele Firmen und den [Gründungsprozess](#) von neuen Firmen behindern würden.

Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten oder [Subventionen](#) geben deutschen Investoren den Anreiz, im Ausland zu investieren, anstatt im Inland durch Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist jedoch zu betonen, dass die neuen Politischen Reformen und der Wirtschaftliche Aufschwung, die Arbeitslosenrate deutlich gesenkt haben.

[Sozialabgaben statt Steuern](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Viele Experten halten darüber hinaus die hohen deutschen Sozialabgaben für ein Wachstumshindernis. [Sozialabgaben](#) sind die Beiträge zu Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Diese gelten als überhöht, weil versicherungsfremde Leistungen im Umfang von etwa 80 Mrd. Euro durch Beiträge finanziert werden. Unter solche versicherungsfremden Leistungen fallen beispielsweise Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Weiterbildungs- und Frühverrentungsprogramme, die aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Steigende Sozialversicherungsbeiträge erhöhen die Kosten je Arbeitsplatz und erhöhen so den Anreiz, Arbeitsplätze abzubauen. Werden viele Arbeitnehmer durch Stellenabbau arbeitslos, steigen wiederum die Sozialbeiträge - ein Teufelskreis. Es wird daher gefordert, die Sozialversicherungen wie in europäischen Nachbarländern stärker über allgemeine [Steuern](#) zu finanzieren.

[Bevölkerungsstruktur](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Wie in vielen europäischen Ländern ist die Geburtenrate in Deutschland auf ein niedriges Niveau gesunken. Die daraus zu erwartenden zukünftigen Veränderungen in der [Bevölkerungsstruktur](#) (weniger junge Menschen haben mehr alte Menschen zu versorgen) stellen neue Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme. Beiträge zur [Krankenversicherung](#) und [Rentenversicherung](#) werden in Deutschland hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Höhere Beitragssätze führen zu höheren Kosten pro Arbeitsstunde. Diese werden nur zum Teil durch eine steigende Produktivität ausgeglichen. In Frankreich und Skandinavien ist die Geburtenrate nach familienpolitischen Maßnahmen wie z. B. ausgeweiteten Betreuungsangeboten und Erziehungsgeld wieder gestiegen.

[Kostendruck durch Globalisierung und Billiglohnländer](#) [\[Bearbeiten\]](#)

Wachsende [Globalisierung](#) seit den [1980er](#) Jahren sowie erstarkte Wirtschaftssysteme in Asien und seit den [1990ern](#) auch in [Osteuropa](#) führten dazu, dass insbesondere niedrig qualifizierte, aber lohnintensive Industriearbeitsplätze im sekundären Sektor in Deutschland abgebaut wurden. Ein zunehmender [Kostendruck](#) insbesondere durch günstige osteuropäische Arbeiter führte zudem im Bereich des [Handwerks](#) zu einem gegenwärtig extrem hohen Anteil an [Schwarzarbeit](#).

Fehlende Einnahmen der sozialen Sicherungssysteme wurde lange Zeit über eine Erhöhung der [Lohnnebenkosten](#) auf den verbleibenden Arbeitsverhältnissen des regulären Arbeitsmarktes abgefangen. Dies verschärfte das Problem zusätzlich.

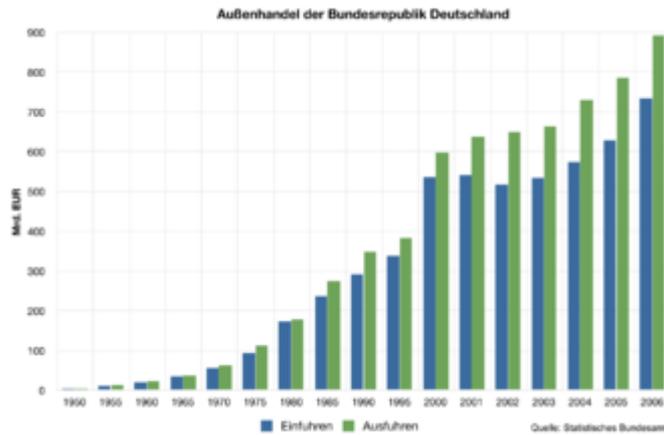
Die Entwicklung führte zur allgemeinen Einschätzung einer "Krisensituation" der deutschen Wirtschaft, die etwa Anfang der neunziger Jahre aufkam und seitdem im Wesentlichen nicht mehr abflaute. Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Erholung um die Jahrtausendwende wurden durch das Platzen der [New-Economy](#)-Blase und die weltwirtschaftlich schlechte Situation seit dem [11. September 2001](#) zunichte gemacht.

[Staatsausgaben für Gesundheit, Bildung und Verteidigung](#) [\[Bearbeiten\]](#)

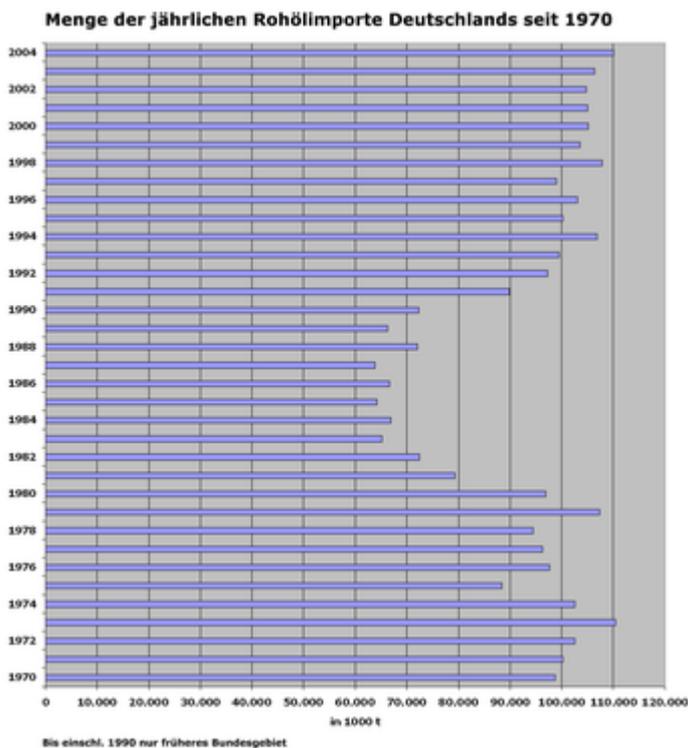
Zwischen [1992](#) und [2000](#) lag der Anteil der Staatsausgaben für

- das [Gesundheitswesen](#) bei 17%
- das [Bildungswesen](#) bei 1%
- das [Militär](#) bei 7%

Handelspartner [\[Bearbeiten\]](#)



Deutsche Import- und Exportzahlen



Rohölimporte der Bundesrepublik Deutschland seit 1970

[Frankreich](#) ist Deutschlands wichtigster Handelspartner. Der Gesamtwert der Ausföhren dorthin belief sich im Jahr 2006 auf 86,1 Mrd. Euro, der Gesamtwert der Waren, die aus [Frankreich](#) nach Deutschland eingeföhrt wurden, belief sich 2006 auf 63,5 Mrd. Euro. Insgesamt wurden im Jahr 2006 Waren im Wert von 149,6 Mrd. Euro zwischen den beiden Ländern ausgetauscht. Die [USA](#) sind der zweitgrößte Handelspartner Deutschlands. Insgesamt wurden im Jahr 2006 Güter und Dienstleistungen im Wert von 126,5 Mrd. Euro zwischen Deutschland und den [USA](#) ausgetauscht. Dabei beliefen sich die Importe nach Deutschland auf 48,5 Mrd. Euro, die Exporte in die USA beliefen sich auf 78,0 Mrd. Euro. Deutschland exportiert hauptsächlich Automobile,

Maschinen, Chemierzeugnisse und schweres elektrisches Gerät. Ein Großteil der Handelsaktivitäten findet innerhalb der gleichen Industrie oder sogar der gleichen Firma statt.

Insgesamt wurden 2006 Waren im Wert von 893,6 Mrd. Euro exportiert und für 731,5 Mrd. importiert. Dies bedeutet im Vergleich zum Jahr 2005 einen Anstieg der Exporte um 13,7 Prozent und einen Anstieg der Importe um 16,5 Prozent. Die Außenhandelsbilanz schloss im Jahr 2006 mit einem Überschuss von 162,1 Mrd. Euro ab (2005: 158,2 Mrd. Euro).

Der starke Euro, der deutsche Waren in Ländern, die nicht der [Eurozone](#) angehören, erheblich teurer machte, wirkte sich nur gering aus, da ein Großteil der ausgeführten Waren in Länder der EU geht. Im Jahr 2006 lag dieser Wert bei 62 Prozent. Lediglich 12 Prozent der deutschen Exporte gehen nach Amerika, 11 Prozent gehen nach Asien.

In diesem Zusammenhang warnen Ökonomen aber auch vor einer Rekord-Euphorie. Die [Außenhandelsbilanz](#) dürfe nicht als Erfolgsmesser für eine Volkswirtschaft angesehen werden. Das Ungleichgewicht zugunsten der Ausfuhren bedeute nämlich auch, dass Kapital aus Deutschland abfließe und Investoren andere Standorte bevorzugen.

Der Exporterfolg deutscher Unternehmen relativiert sich auch, wenn man berücksichtigt, dass den deutschen Exporten immer mehr importierte Vorleistungen zugrunde liegen. In diesem Zusammenhang warnen sogar manche Ökonomen davor, dass Deutschland zu einer [Basarökonomie](#) verkomme.

Deutsche Industrieunternehmen [\[Bearbeiten\]](#)

Die Tabelle zeigt die 10 größten deutschen Industrieunternehmen geordnet nach Umsatz. (Stand: 2005)

Platz	Unternehmen	Umsatz (in Mio. Euro)	Überschuss (in Mio. Euro)	Beschäftigte (in 1000)
1	Volkswagen AG	104 000	1 120,0	345,0
2	Daimler AG	99 000	2 846,0	382,7
3	Siemens AG	75 445	2 420,0	460,8
4	E.ON AG	56 399	7 407,0	79,9
5	BMW Group	46 656	3 287,0	105,8
6	ThyssenKrupp AG	42 927	1 079,0	185,9
7	BASF-Gruppe	42 745	3 007,0	80,9
8	RWE AG	41 819	2 587,0	85,9
9	Robert Bosch GmbH	41 461	2 450,0	249,0

10	Bayer AG	27 383	1 597,0	110,2
----	--------------------------	--------	---------	-------

Siehe auch: [Liste der größten Unternehmen in Deutschland](#)

Wettbewerbsfähigkeit [\[Bearbeiten\]](#)

Gemäß zwei voneinander unabhängigen Ranglisten ist Deutschland bezüglich Wettbewerbsfähigkeit weltweit im 5., bzw. 16. Rang:

- [Growth Competitiveness Index](#) 2007-2008:
 1. USA
 2. Schweiz
 3. Dänemark
 4. Schweden
 5. Deutschland
 6. Finnland
 7. Singapur
 8. Japan
 9. Großbritannien
 10. Niederlande
 11. Südkorea
 12. Hong Kong
 13. Großbritannien,
 14. Kanada,
 15. Taiwan,China

Erfasst wurden 131 Länder. Quelle: World Economic Forum, Genf. www.weforum.org.

- [World Competitiveness Scoreboard](#) 2008:
 1. USA
 2. Singapur
 3. Hong Kong
 4. Schweiz
 5. Luxemburg
 6. Dänemark
 7. Australien
 8. Kanada
 9. Schweden
 10. Niederlande

Österreich ist im 14. Rang, Deutschland im 16. Rang (von 55 Ländern).

Quelle: IMD Lausanne, 2008, www.imd.ch

Einzelnachweise [\[Bearbeiten\]](#)

1. [↑](#) Peter Gey: [Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1949-1989](#)
2. [↑](#) Artikel auf n-tv.de: [Über 143 Dollar](#)

Literatur [\[Bearbeiten\]](#)

- Stefan Müller; Martin Kornmeier: *Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Irrungen und Wirrungen der Standort-Diskussion*, München 2000, [ISBN 3-8006-2570-9](#).
- [Ulrich van Suntum](#): *Masterplan Deutschland. Mit dem Prinzip Einfachheit zurück zum Erfolg*. 2005. [ISBN 3423509015](#). – Der Autor, Prof. der Volkswirtschaftslehre, fasst auf 148 Seiten Reformideen zusammen.
- André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*. München 2004.

Weblinks [\[Bearbeiten\]](#)

- [Statistisches Bundesamt Deutschland](#)
- [Statistisches Bundesamt: Datenreport 2006, September 2006; mit Kapiteln zur Wirtschaft Deutschlands](#)
- [„Tatsachen über Deutschland“ informiert aktuell über Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Lifestyle in Deutschland - ein Internetangebot des Societäts-Verlags und des Auswärtigen Amts.](#)
- [„Volkswirtschaft Special“ des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken mit Zusammenfassungen der Gutachten der Forschungsinstitute und des Sachverständigenrates](#)
- [www.deutsche-wirtschaft.de](#)
- [OECD Fact Book; Wirtschafts- und Sozialdaten Deutschlands im internationalen Vergleich; Tabellen und Grafiken](#) (englisch)
- [Despite Corporate Scandals and Car Trouble, Germany's Economy Is Steaming Ahead](#) Knowledge@[Wharton](#), special section (englisch)